

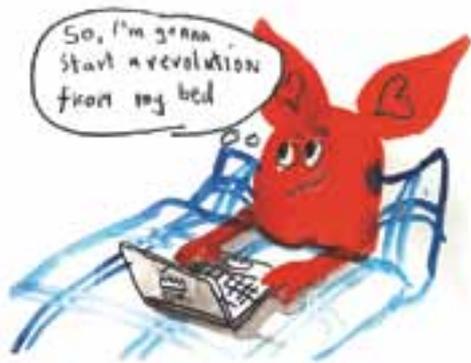
COMÚN

MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

#3/Mai 2020



EDITORIAL



Ja, es gibt uns noch: Wir melden uns von unseren Schreibtischen, Sofas, Fenstern, Balkonen und Gemeinschaftsgärten zu Wort – die stadtpolitische Intervention findet größtenteils vom Home Office aus statt. Zugegeben: In diesem Raum zwischen dem „davor“ und „danach“, in dem der Sound der wohnungs- und stadtpolitischen Proteste nahezu verstummt ist, die Común zu produzieren, fühlt sich anders an. Stadtpolitische Interventionen sind etwas Reales, sie sind ohne physische Präsenz, ohne Begegnungen, ohne Sicht- und Hörbarkeit im öffentlichen Raum nicht denkbar. So wären zehntausende Menschen (allein hierzulande) beim Housing Action Day am 28. März ein kraftvoller Ausdruck der zahlreichen laufenden Proteste und Organisationen gegen den Mietenwahnsinn in vielen Städten gewesen. Noch Anfang März waren bundesweit Tausende bei den Seebrücke-Demos auf der Straße, um die sofortige Aufnahme von Geflüchteten zu fordern. Das 6. Recht auf Stadt Forum, bei dem sich Mitte Mai mehrere hundert stadtpolitische Aktivist*innen in Weimar getroffen hätten, musste immerhin nicht ausfallen: Die Organisator*innen verlegten es kurzfristig in den virtuellen Raum.

Der schmerzliche Mangel der gewohnten Formen von Öffentlichkeit und des Gemeinsamen bestimmt derzeit unseren politischen Alltag und damit auch die Verunsicherung darüber, ob und wie sich „danach“ an die (stadt)politische Praxis anknüpfen lässt und wann dieses Danach eigentlich beginnt.

Klar ist: Die Corona-Krise verschärft die Situation für Menschen, die in Armut leben, die wohnungslos sind, auf zu engem

Raum, in schlechten Wohnverhältnissen oder in engen Unterkünften ausharren müssen, die prekär und ohne soziale Absicherung leben, die Gewaltverhältnissen ausgeliefert sind, die Verantwortung für Sorgearbeit übernehmen. Für sie und viele andere wird die gesellschaftliche Dauerkrise nun zur Existenzbedrohung. Klar ist auch: Öffentliche Daseinsvorsorge, breite Gesundheitsversorgung, Care-Arbeit und verlässliche Nahversorgung haben eine existenzielle Bedeutung für die Gesellschaft. Überdeutlich wird, dass „der Markt“ gar nichts lösen kann, sondern die Krise bloß verstärkt.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe, die wir in unseren Städten austragen, machen real keine Pause. Jetzt – im Krisenbewältigungsmodus – finden sie sogar noch stärkeren Widerhall. Einmal mehr zeigt sich: Nur ein solidarisches Gemeinwesen kann solche Krisen bewältigen und Gemeinwohlorientierung ist die einzig sinnvolle Art und Weise die soziale Infrastruktur, die wir zum guten Leben brauchen, zu organisieren und bereitzustellen. Die Kämpfe für bezahlbares Wohnen und gegen Verdrängung sind und bleiben zentral und werden jetzt sogar noch akuter.

Trotz stark eingeschränkter politischer Öffentlichkeit – ruhig ist es auch in der Corona-Krise glücklicherweise nicht: In Analysen, neuen Plattformen und solidarischen Vernetzungen, virtuellen Diskussionsformaten, neuen Aktionsformen, offenen Briefen, Petitionen, Forderungen und mehr wird sich überall eingemischt und mitgemischt. „So, I gonna start a Revolution from my bed!“ war das dazu passende trotzig-kämpferische Motto zum Housing Action Day in Hamburg (siehe die Illustrationen von Christoph Schäfer in diesem Heft). Schließlich haben John Lennon und Yoko Ono mit ihrem „Bed-In“ gegen den Vietnamkrieg bereits 1969 das Bett als Interventionsraum etabliert...

In Común #3 werfen wir auch Schlaglichter auf stadtpolitische Interventionen und solidarische Praxen in Zeiten von Corona. Vor allem aber versammeln wir hier wieder Beiträge zu stadtpolitischen

Themen und aus Recht auf Stadt-Bewegungen quer durch die Republik und über Deutschland und Europa hinaus, die vor oder mit Beginn der Corona-Krise verfasst wurden, sich also nicht unmittelbar darauf beziehen. Und im Schwerpunkt geht es um eine ganz andere Form von #NachbarschaftsChallenge, nämlich um die Frage, wie widerständige Nachbarschaften Stadt mitgestalten und verändern.

An alle, die zu diesem Heft beigetragen, dabei geholfen, unterstützt und dafür gespendet haben, ein ganz dickes: Danke! Nur mit euch allen gemeinsam wurde Común #3 möglich.

Viel Spaß beim Lesen und bleibt solidarisch und rebellisch!

die Redaktion (Mai 2020)

Dear COMÚNity, we need your money!

Común #3 wurde nur möglich durch Rückspenden und eine solidarische Finanzierung. Die Arbeit am Magazin ist komplett ehrenamtlich, Druck und Vertrieb kosten aber viel Geld. Común braucht dringend eure Unterstützung, damit es weitergehen kann! Wenn es eine Spendendose dort gibt, wo ihr das Magazin mitgenommen habt, werft euren Beitrag bitte dort ein. Wenn ihr Común fördern wollt, überweist eure Spende bitte auf das Konto des multitudes e.V.:

DE72 4306 0967 1162 4935 00
(GLS Bank) Verwendungszweck:
„Spende Común-Magazin“.

Danke an alle bisherigen und künftigen Spender*innen!

- **Illustration Umschlag:** Jonas Heidebrecht ist Illustrator, Graphic Recorder und Trainer in der politischen Bildung. Er lebt und arbeitet im Ruhrgebiet. ► jonasheidebrecht.com
- **Illustration Editorial:** © Christoph Schäfer

INHALT

- 04 **Wir so – ihr so**
Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #2
- 06 **„Eyes On The Street“ – Raum und Sozialität**
Die Aktivistin, Journalistin und Stadtforscherin
Jane Jacobs
-
- 08 **DAS RECHT AUF STADT IN ZEITEN VON CORONA**
- 08 **Die Krisenlösung heißt Gemeinwohl**
Wohnungs- und stadtpolitische Forderungen und
Positionen zur Corona-Krise
- 10 **Geschichten als Inspiration für Post-Corona Städte**
Das internationale Projekt »Spread stories, not the virus«
sammelt weltweit Erzählungen von Menschen in der
Coronakrise
- 12 **„Es ist wichtig einen Ort der Solidarität
offen zu halten“**
Wie »La Cantine« in Paris solidarische Versorgung
im Viertel organisiert
- 13 **So, I start a revolution from my Smartphone**
Unzählige Forderungen, Aufrufe und Hilfsangebote
durchfluteten mit Beginn der Krise die Social Media-
Kanäle – Eine kleine Auswahl
- 14 **Es geht um uns alle: Solidarische Städte in Zeiten
von Corona**
Ein Interview zur Situation in den Städten mit Mario
Neumann, Aktivist und Mitautor von „Solidarische Städte
in Europa“
-
- 16 **Dekoration und Irritation**
Die Street Art Künstlerin Ursula Meyer
-
- 20 **WIDERSTÄNDIGE NACHBARSCHAFTEN**
- 21 **Nachbar*innen aller Stadtteile, organisiert euch!**
Die postmigrantische, postkapitalistische Stadt für alle
wird aus dem politischen Community Organizing in
Nachbarschaften entstehen. Die Corona-Krise kann dem
einen entscheidenden Schub geben.
- 24 **„Man muss Nachbarschaft auch durch positive
Momente schaffen“**
In Berlin Kreuzberg wehren sich Initiativen im
»NaGe-Netz« gegen Verdrängung und erschaffen
dabei auch „Nachbarschaft“ neu
- 26 **„Der nachbarschaftliche Raum wird in einen
politischen Raum verwandelt“**
Interview mit dem chilenischen Soziologen und
Geographen Francisco Letelier über ein Projekt in Talca,
in dem Bewohner*innen erfolgreich eine neue Ebene
der Mitbestimmung ausloteten
- 29 **Mit der Sprache des Beispiels**
Der nachbarschaftlich organisierte Navarinou-Park
in Athen
-
- 32 **Die Revolution der Städte**
Murray Bookchins Theorie des neuen Munizipalismus
- 34 **Wer hat die Expertise für unsere Städte?**
Unternehmensberatungen wie McKinsey oder Roland
Berger beraten das „Unternehmen Stadt“
- 36 **Mit Sicherheit?– Waffenverbotszone
im Leipziger Osten**
Ein Stadtteil zwischen Kriminalisierung, sozialen
Problemen und gelebter Solidarität.
- 38 **Wissen aneignen, mehr werden, Druck aufbauen**
Mieter*innenorganisation in Jena
- 40 **Das „Rote Wien“ selber machen**
Ein gemeinsames »habiTAT« als Mietshäuser Syndikat
in Österreich
- 42 **Schafft mehr urbane Unordnung!**
Kämpfe für ein Recht auf Stadt in Düsseldorf
- 44 **Kein Grund zur Ohnmacht: »Berlin vs. Amazon«**
Amazon plant, sich im höchsten Haus Berlins
niederzulassen. Der Protest scheint vorprogrammiert –
und ist nach dem Erfolg gegen Google stärker und
breiter aufgestellt
- 47 **Ne Da(vi)mo Beograd – Fearless Cities
auf Serbisch**
Aus der Bewegung gegen ein Stadtentwicklungsprojekt
wurde eine Plattform, die in der serbischen Hauptstadt
für Demokratisierung kämpft
- 50 **Toolbox – kollektives kritisches Kartieren**
Methodenbeispiele zum Nachmachen für die politische
Praxis
- 53 **Rezensionen**
- 55 **Impressum**

#AUSSPEKULIERT MÜNCHEN

WER IHR SEID IN 150 WORTEN

#ausspekuliert steht für bezahlbaren Wohnraum und gegen soziale Ausgrenzung. Wir sind eine Bürgerinitiative, die sich aus der Mobilisierung der gleichnamigen Demonstration im September 2018 in München entwickelt hat. Lokal organisieren wir Protestaktionen, vor allem den alle zwei Monate stattfindenden Münchner Mieter*innenstammtisch, eine offene Plattform zur Vernetzung gegen den Mietenwahnsinn in unserer Stadt. Als loser Verband an aktiven Unterstützer*innen schaffen wir online und offline vor allem Sichtbarkeit, um das öffentliche Bewusstsein für unsere Thematik zu vergrößern. Wir engagieren uns im Trägerkreis des bundesweiten »Netzwerks Wohnen ist Menschenrecht« und sind für das bundesweite »Aktionsbündnis gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung« aktiv.

Weil das Thema Mieten eng mit vielen Bereichen des Lebens verzahnt ist und sich nicht nur auf den Wohnungsmarkt beschränkt, verstärken wir unsere Vernetzungsarbeit auch in Richtung Sozialverbände sowie in den Bereich der Kunst & Kulturschaffenden. Erste Kooperationen laufen zum Beispiel mit dem Sozialverband VdK und »#EXIST – Raum für Kunst in München«.

**EUER POLITISCHES ANLIEGEN IN EINEM EINZIGEN DEMO-SLOGAN ZUSAMMENGEFASST:
„BEZAHLBARE MIETEN STATT HOHER RENDITEN!
SOZIALES KLIMA RETTEN!“**

► Mehr Infos: ► ausspekuliert.de | Foto: #ausspekuliert



WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Nische oder Gegenentwurf?



Wohnen betrifft jede*n und kann keine Nische sein. Wir sind gegen die Kapitalisierung von Grundbedürfnissen und stehen somit für einen Gegenentwurf zu den turbokapitalistischen Entwicklungen der letzten Jahre.

...mit der oder gegen die Politik?



Gegen die aktuelle Politik, aber auf jeden Fall geht es nur gemeinsam mit der Politik: Offen sind wir hier für alle Parteien, die unsere Werte einer solidarischen, ausgrenzungs- und rassismussfreien Gesellschaft teilen.

...Realpolitik oder Utopie?



Ist es utopisch an bezahlbaren Wohnraum für ALLE zu glauben?

...Diskussion oder Aktion?



Diskussion und Aktion, vor allem aber Partizipation.

...Verhandlung oder Protest?



Durch unsere Aktionen und Proteste sind wir als Initiative Ansprechpartnerin für Akteur*innen in der Politik geworden. Wir wollen die Entscheider*innen aus Politik und Gesellschaft an den Verhandlungstisch bringen: Aktuell arbeiten wir gemeinsam mit der SPD, den Linken, dem DGB und dem Mieterbund als Mitinitiator*innen des bayerischen Volksbegehrens »6 Jahre Mietenstopp« im Trägerkreis.

...Fester Kreis oder wachsende Bewegung?



Wir organisieren uns von unten nach oben und regen zur Eigeninitiative in den Stadtvierteln an, damit eine wirkliche Bewegung entstehen kann. Bundesweit gelingt das viel besser als in München selbst; in den letzten Monaten hat sich aber einiges getan, also Prognose: positiv!

...solidarische Unterstützung oder politische Organisation?



Sowohl als auch, je nach Projekt und Kapazitäten. Wir arbeiten ja alle ehrenamtlich, neben ein oder zwei Jobs. Eine wirklich solidarische Stadtgesellschaft als Basis ist erstrebenswert.

...Fordern oder Mitgestalten?



Natürlich fordern und mitgestalten: Die Entwicklungen zeigen, dass der Macht der Wirtschaftslobbies, die die aktuelle Politik bestimmen, etwas entgegengesetzt werden muss – nur fordern und alle paar Jahre ein Kreuzchen auf dem Wahlzettel setzen, ist nicht ausreichend.

HAUS- UND WAGENRAT E.V. LEIPZIG



WER IHR SEID IN 150 WORTEN

Der Haus- und WagenRat e.V. ist ein regionaler Verband von selbstorganisierten Hausprojekten und Wagenplätzen in und um Leipzig, der 2014 aus der Zusammenarbeit von Leipziger Projekten hervorging. Wir beraten bestehende Wohn-, Gewerbe- und Kulturprojekte sowie Gruppen in der Gründungsphase, die gemeinschaftliche Wohn- und Eigentumsformen anstreben, wobei wir nicht auf bestimmte Rechtsformen (wie e.V., GmbH, eG) festgelegt sind. Wir unterstützen Initiativen bei Kauf- und Bankverhandlungen und begleiten Gruppen in Krisenphasen und Entscheidungssituationen. Darüber hinaus verstehen wir uns als Lobby einer solidarischen Stadt und intervenieren auf allen Ebenen in die Stadtentwicklung und Wohnungspolitik, um die Rahmenbedingungen für kollektive Projekte zu verbessern.

Schon zur Gründung des Vereins zeichnete sich der rasanten Wandel des Leipziger Immobilienmarkts ab. Die aktuellen Schwerpunkte sind entsprechend die Beratung und Begleitung von Mieter*innengemeinschaften in Leipzig, die ihr Wohnhaus in ihr kollektives Eigentum überführen möchten, und von neuen Projekten im Leipziger Umland und in Mittel- und Kleinstädten zwischen Göttingen und Görlitz.

EUER POLITISCHES ANLIEGEN IN EINEM EINZIGEN DEMO-SLOGAN ZUSAMMENGEFASST:
„UNSERE VERMIETER*INNEN SIND WIR SELBST!“

► Mehr Infos: ► hwr-leipzig.org | Foto: Haus- und WagenRat e.V.

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Nische oder Gegenentwurf?



Wir wollen kollektive Nischen ausdehnen und ausbauen und als Gegenentwürfe zum klassischen Mietmodell für Viele erlebbar werden lassen.

...mit der oder gegen die Politik?



Wir setzen uns für eine Förderung kollektiver Wohnprojekte und Wagenplätze ein, da ohne politische Unterstützung, vergünstigte Grundstücke und/oder staatliche Förderungen neue Projekte für die meisten Menschen nicht bezahlbar sind. Gleichzeitig helfen wir schon länger bestehenden und neuen Projekten dabei, sich gegen kommunale Politik und Verwaltung zu behaupten.

...Realpolitik oder Utopie?



In unserer alltäglichen Arbeit geht es zumeist um realpolitische Verbesserungen für Wohnprojekte im kollektiven Eigentum der Mieter*innen und für Wagenplätze, also eher um kleine Schritte – wie die Unterstützung bei einem ganz konkreten Problem mit der Stadtverwaltung – auf dem langen Weg zur Realisierung unserer Utopien.

...Diskussion oder Aktion?



Unsere Praxis liegt größtenteils in der Beratung von konkreten Initiativen sowie in den Aushandlungen mit Politik und Verwaltung über bessere Rahmenbedingungen und Problemlösungen.

...Verhandlung oder Protest?



Die Verhandlungen mit Kommunen oder privaten Eigentümer*innen z.B. über günstige Grundstücke fallen umso leichter, je stärker der Druck von der Straße ist; deswegen bringen wir uns auch bei Demonstrationen und Veranstaltungen zur Wohnungspolitik, zu Freiräumen und zum „Recht auf Stadt“ ein.

...Fester Kreis oder wachsende Bewegung?



Unsere Mitgliederzahl wächst langsam, aber kontinuierlich; unser Team von Beratern ist ein relativ fester Kreis, den wir gern noch weiter öffnen würden.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisation?



Im Alltag liegt der Schwerpunkt auf der solidarischen Unterstützung und Beratung, aber selbstorganisierte Wohnprojekte sind eine gute Übung und Basis für politische Organisation und Bewegung.

...Fordern oder Mitgestalten?



Die Politik kann Rahmenbedingungen für selbstorganisierte Kollektivprojekte verbessern – diese gilt es einzufordern. Gestalten und mit Leben füllen müssen die Aktiven ihre Projekte selbst.

„EYES ON THE STREET“ RAUM UND SOZIALITÄT

Die Aktivistin, Journalistin und Stadtforscherin Jane Jacobs

RAINER MIDLASZEWSKI

In New York wird Jane Jacobs als Heldin verehrt. Mit ihrer Kampagne gegen den Ausbau der Fifth Avenue in eine vier-spurige Stadtautobahn, der auch der beliebte Washington Square Park zum Opfer gefallen wäre, überzeugte sie Ende der 1950er Jahre die New Yorker Öffentlichkeit davon, dass dieser Eingriff ein Verbrechen an der Stadt und ihren Bewohner*innen sei. Sie setzte sich damit gegen die Planungen des Stadtplaners Robert Moses durch, der viele Jahrzehnte die Veränderungen im städtebaulichen Gesicht New Yorks bestimmt hatte. An Jane Jacobs' organisiertem Bürger*innenprotest scheiterten auch Moses' Pläne für den Abriss ganzer Häuserblocks in Jacobs' Wohnviertel Greenwich Village, die als „verslumt“ galten.

Mit Jane Jacobs' Engagement gegen Kahlschlagsanierungen und gegen eine autogerechte Stadt wurde zum ersten Mal eine Kritik an Großprojekten des Stadtumbaus wahrnehmbar, wie sie von den Stadtplanern der Moderne, zum Beispiel in Le Corbusiers „Plan Voisin“ und der „Charta von Athen“, gefordert wurden. Ihrem städtebaulichen Leitbild der funktionalen Trennung folgend wollten die fortschrittsgläubigen Stadtplaner gewachsene städtische Strukturen mit brachialer Gewalt in ein Nebeneinander von Arbeit, Wohnen, Konsum und Freizeit zerstückeln.

1961 erschien Jane Jacobs' Streitschrift „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“. Das sehr emotional verfasste Buch – ein Mix aus Literatur, Journalismus und Soziologie – wurde ein Bestseller. Jane Jacobs reflektiert darin persönliche Beobachtungen in Greenwich Village und ähnlichen Stadträumen wie dem Bostoner North End. Sie spricht sich dagegen aus, die Stadt lediglich als funktionales System zu begreifen und richtet ihren Blick auf das Alltägliche, auf die zufälligen Begegnungen und die produktive Unordnung gemischter Nutzungsstrukturen eines Stadtteils. Sie entdeckt in den lebendigen gewachsenen Nachbarschaften, in den informellen Beziehungen und Strukturen eine Resilienz gegen Verwahrlosung und Kriminalität. Jane Jacobs feiert in ihrem Buch das Leben auf der Straße: Die intensivere Nutzung öffentlicher Räume bewirke eine positive soziale Kontrolle und steigere das Vertrauen der Bewohner*innen.

Jane Jacobs' Vorgehen war von der Theorie und Praxis der »Chicago School of Sociology« und des Soziologen Saul Alinsky inspiriert, die schon in den 1930er und 1940er Jahren in Chicago die Methode der teilnehmenden Beobachtung entwickelt hatten und sich mit Community Organizing beschäftigten. Jacobs' Skepsis gegenüber Top-Down-Strategien und administrativer Planung drückte sich in ihren Plädoyers für nichtlineare ergebnisoffene Entwicklungen aus, in deren Planung die Bewohner*innen einbezogen werden müssen. Sie entwickelte die Vorstellung, dass sich direkte Demokratie am besten aus Nachbarschaften entwickeln lasse, die sich in Bürger*innenversammlungen organisieren und dann ein stadtweites Netzwerk lokaler „Zellen“ bilden.

Die Planungseliten kritisierten Jane Jacobs' teilweise polemische Ausführungen als „unwissenschaftlich“ und diffamierten sie als „Hausfrau“, die sich nicht einzumischen habe, weil ihr der akademischen Hintergrund fehle. Ihre Kritik an der

orthodoxen Stadtplanung und ihre Popularität ließen sich jedoch nicht aufhalten. Ihr Buch und ihr Aktivismus fielen in die Zeit der entstehenden Studierenden- und der Bürgerrechtsbewegung, die mit ihrer Zurückweisung von Autoritäten und den Forderungen nach Mit- und Selbstbestimmung politische Veränderungen erzwangen.

Jane Jacobs wurde auch international wahrgenommen. In Deutschland griffen Städtebaukritiker wie Alexander Mitscherlich („Die Unwirtlichkeit unserer Städte; Thesen zur Stadt der Zukunft“) oder Wolf Jobst Siedler die Thesen von Jane Jacobs auf. Hier kam spätestens Ende der 1970er Jahre die „fordistische Stadterneuerung“ ins Stolpern, indem etwa die Hausbesetzerbewegungen im Frankfurter Westend und in Berlin-Kreuzberg großflächige Kahlschlagsanierungen stoppten.

1968 verließ Jane Jacobs mit ihrem Mann, dem Architekten Robert H. Jacobs, und ihren drei Kindern New York – aus Empörung über den Vietnamkrieg und aus familiären Gründen. Sie wanderte nach Toronto (Kanada) aus und unterstützte dort mit ihrer Prominenz die Verhinderung eines ähnlichen Stadtautobahnprojekts wie in New York – mit Erfolg. 2006 starb Jane Jacobs mit 89 Jahren.

Jane Jacobs ist heute eine der bedeutendsten US-amerikanischen Persönlichkeiten des stadtpolitischen Aktivismus und der Stadtforschung. Mit ihrer Kritik modernistischer Planungsexzesse und ihren kleinräumlichen Beobachtungen etablierte sie ein neues Verständnis städtischer Entwicklungsdynamiken und urbaner Mikropolitiken, das auch heute noch unsere stadtpolitische Praxis inspirieren kann.

► **Rainer Midlaszewski** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion

► **„Eyes On The Street“** ist ein Slogan von Jane Jacobs mit dem sie die Herstellung einer positiven sozialen Kontrolle durch die extensive Nutzung des öffentlichen Raums beschreibt. (Siehe auch das Interview zum Navarinou-Park in Athen in dieser Ausgabe.)

► **Zum Weiterlesen**

► Jacobs, Jane (1963): »Tod und Leben großer amerikanischer Städte«, Ullstein Verlag, Berlin/Frankfurt am Main/Wien (nur noch antiquarisch oder als Reprint erhältlich)

► Sennett, Richard (2018): »Die offene Stadt – Eine Ethik des Bauens und Bewohnens«, Hanser Berlin

► Schubert, Dirk (2011): »50 Jahre Jane Jacobs' Tod und Leben grosser amerikanischer Städte: Paradigmenwechsel in der Stadtplanung auf dem Weg zum erhaltenden Stadtumbau«, in: Forum Stadt 1/2011

► **Illustration:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung von Fotos von Luke Stackpoole und Vasco Carvalho (Unsplash)

DIE KRISENLösUNG HEISST GEMEINWOHL

Wohnungs- und stadtpolitische Forderungen und Positionen zur Corona-Krise

KRISTIN SCHWIERZ

Die Corona-Krise und die Lockdown-Maßnahmen haben die gesellschaftlichen Verwerfungen sichtbar gemacht und verschärft. Dort, wo staatliche Maßnahmen nicht greifen, federn die Selbstorganisation und das Ehrenamt die Situation für die am stärksten Betroffenen ab. Ein funktionierendes solidarisches Gemeinwesen – das zeigt sich nun mehr denn je – ist unabdingbar: Wohnen und Gesundheit dürfen nicht marktwirtschaftlich organisiert sein. Die Krise muss zu einem längst überfälligen Umdenken bei der städtischen Infrastruktur in Richtung Gemeinwohl führen. Forderungen und Vorschläge liegen auf dem Tisch. Im Folgenden ein paar ausgewählte Positionierungen.

WOHNEN: MIETSCHULDEN SIND KEINE LÖSUNG

In den letzten Monaten wurde eines sehr deutlich: „Zuhause bleiben“ ist wahlweise ein Privileg, ein Bedrohungsszenario oder eine Unmöglichkeit. Ein sicheres „Zuhause“ ist für viele Menschen alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Knut Unger, Sprecher des Wittener Mietervereins, bringt es in einem Textbeitrag vom 25. März auf den Punkt: „Nie zeigte sich deutlicher, warum die Verfügung über eine Wohnung ein Menschenrecht ist“. Die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen, Leilani Farha, beziffert die Zahl der Menschen, die nicht ausreichend mit Wohnraum versorgt sind, auf weltweit 1,8 Milliarden. In ihrer Erklärung vom 18. März formuliert sie Mindestforderungen an die Staaten zum Schutz von Mieter*innen und Menschen in Obdachlosigkeit: Stopp von Zwangsräumungen, Unterbringung in leerstehenden Ferienwohnungen u.ä., Stundung von Miet- und Hypothekenschulden, Reduzierung der Mieten, finanzielle Unterstützung für Miet- und Hypothekenzahlungen, ein



An einem Haus in Freiburg im April 2020 | Foto: Janika Kuge

Moratorium für Räumungen und mehr. Weltweit – auch in Deutschland – wurden diese und weitergehende Forderungen auch von Bündnissen, Verbänden, Initiativen und Wissenschaftler*innen vielfach formuliert.

Der Deutsche Bundestag beschloss am 25. März ein Maßnahmenpaket zum Mieter*innenschutz, das im Wesentlichen folgende Punkte umfasst: Schutz vor Kündigung, wenn die Miete die nächsten drei Monate nicht gezahlt werden kann, zweijährige Zahlungsfrist für die nicht gezahlte Miete (plus Zinsen), Deckung höherer Wohnkosten bei Hartz IV für ein halbes Jahr sowie die Möglichkeit Abschlüsse für Wasser und Energie auf Antrag befristet auszusetzen. Die Maßnahmen werden von vielen Seiten als völlig unzureichend und fehlgeleitet kritisiert.

Der wohnungs- und mietenpolitische Referent für die Bundestagsfraktion DIE LINKE, Armin Kuhn, weist darauf hin, dass solche und ähnliche Regelungen – die auf Stundung, nicht auf Erlass hinauslaufen – auch von Regierungen vieler anderer europäischer Länder beschlossen worden sind. In Spanien riefen im April über 200 Initiativen einen Mietstreik aus, weil Mietschulden für die Menschen keine Lösung, sondern ein weiteres Problem sind.

Knut Unger verdeutlicht, dass die Maßnahmen der Regierung vor allem „die Einkommen der Vermieter stabilisieren.“ Mietschulden müssten erlassen werden und ein Mietendeckel müsse her. Armin Kuhn geht davon aus, dass die Zahl der Haushalte, die ihre Miete nicht zahlen können, von 1,6 auf 4 Millionen steigen wird. Er schlägt eine Krisenmiete vor: „Wer unter Corona-bedingten Einkommensausfällen leidet, soll die Miete halbieren können, solange die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie deren wirtschaftlich gravierende Folgen anhalten.“ Wenn Mietausfälle kleine Vermieter*innen in eine wirtschaftliche Notlage

bringen, könne ein Unterstützungsfonds mit langfristigen zinslosen Darlehen helfen. Auf diese Weise gäbe es „einen fairen Lastenausgleich zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen.“

In diese Richtung geht auch der offene Brief „Immobilienwirtschaft an den Kosten der Corona-Krise beteiligen“, in dem Wissenschaftler*innen u.a. forderten, dass Mietschulden nicht zurückgezahlt, sondern von der Immobilienwirtschaft getragen werden – ebenfalls mit Abfederung durch einen Hilfsfonds für in Not geratene Vermieter*innen. Eine ähnliche Initiative, die von österreichischen Wissenschaftler*innen und Stadtplaner*innen gestartet wurde, forderte sogar eine noch weitergehende Beteiligung der Immobilienwirtschaft: So sollen die Immobilieneigentümer*innen Mietausfälle nicht nur selbst tragen, der Härtefonds zur Unterstützung von notleidenden Vermieter*innen soll auch aus den Gewinnen der Immobilienwirtschaft gespeist werden.

Vom Deutschen Mieterbund war dagegen zuletzt leider weiterhin nur die Forderung nach einem „Sichere Wohnen-Fonds“ zu lesen, bei dem den Mieter*innen bei Zahlungsrückständen ein zinsloses Darlehen gewährt wird, dass

bei Zahlungsunfähigkeit bis 30.06.2022 in einen Zuschuss umgewandelt wird.

Einen originellen Vorschlag zur krisenbedingten Mietminderung hat Magnus Henge von der Berliner Initiative »Bizim Kiez« zur Diskussion gestellt. Analog zur Kurzarbeit schlägt er die Kurzmiete vor, bei dem Vermieter*innen 60% der Ausfallmiete vom Staat bekommen. Und das Hamburger »Netzwerk Recht auf Stadt« forderte eine stadtweite Mietpause von sechs Monaten – vor allem für Wohnungsmieter*innen und für Kleingewerbetreibende in Not.

KAUM SCHUTZ FÜR MENSCHEN IN NOT

Zur Aussetzung von Zwangsräumungen während der Corona-Krise gab es keine bundeseinheitlichen Beschlüsse. In Berlin und in Hamburg wurde sie zwischen den zuständigen Justizverwaltungen und den Amtsgerichten vereinbart, in Köln zum Beispiel wurden Zwangsräumungen gerichtlich ausgesetzt, in Saarbrücken kam es noch Anfang April zu einer Zwangsräumung, die Landesregierung im Saarland lehnte es ab die Aussetzung anzuweisen.

Die von unzähligen Seiten formulierte Forderung in leerstehenden Hotels und Ferienwohnungen wohnungslose Menschen, Geflüchtete und Opfer häuslicher Gewalt unterzubringen fand nur vereinzelt Umsetzung: So mietete das Land Berlin Hotelzimmer für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder an. Wie anderswo auch mangelt es hier an Frauenhausplätzen und die häusliche Gewalt während des Lockdowns nahm zu. In Hamburg wurde die Anmietung von Hotelzimmern für Wohnungslose nur durch eine Großspende und das Engagement von Wohnungslosen-Projekten sowie der Diakonie ermöglicht.

In den Sammelunterkünften, Erstaufnahmeeinrichtungen und »Ankerzentren« für Geflüchtete, wo sich die Bewohner*innen aufgrund der katastrophalen Bedingungen gar nicht schützen können, kam es zu hohen Infektionszahlen: In Ellwangen, Halberstadt, Landshut oder in einem Ankerzentrum in Bayern etwa infizierten sich Hunderte und ganze Einrichtungen wurden wochenlang unter Quarantäne gestellt. Die Bundesländer wollten auch während der Corona-Krise an den Massenunterkünften festhalten. In der Bremer Erstaufnahmeeinrichtung »Lindenstraße« protestieren Bewohner*innen, Mitarbeiter*innen, Unterstützer*innen und Organisationen massiv gegen die desaströse Situation. Mindestens ein Drittel der Bewohner*innen infizierte sich dort, ohne dass der Senat etwas unternahm, um die Menschen zu schützen.

PERSPEKTIVEN EINER POST-CORONA-STADT

Die schwerwiegende Krise hat bei den Regierenden und Verantwortlichen bisher kein grundsätzliches Umdenken bewirkt. Alle Maßnahmen bewegen sich im Modus der tagesaktuellen Krisenbewältigung. Die zahlreichen stadt- und zivilgesellschaftlichen Initiativen bündelten dagegen nicht nur verschiedene Forderungen – ein gutes Beispiel ist hier der »Offene Brief an die Stadt Freiburg« von Freiburger Initiativen – sondern unterbreiteten auch Vorschläge, wie es anders gehen kann und soll. Sie knüpfen vielfach an vorangegangene Debatten an. Die Krisenerfahrung lässt fundamentale Veränderungen allerdings um so dringlicher erscheinen. So schreiben die oben erwähnten österreichischen Wissenschaftler*innen in ihrem offenen Brief: »Für die Zukunft sollte die Chance genutzt werden, um [...] eine verlässliche, zugängliche und sozial-ökologisch nachhaltige öffentliche Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.«

Die Forderung nach Vergesellschaftung von Wohnraum, die ja spätestens seit der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co Enteignen« öffentlich diskutiert wird, wird jetzt vielfach als Lösung formuliert, um das Menschenrecht auf Wohnen zu garantieren. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, wie sie der Verein demokratischer Ärzt*innen (VdÄÄ) und andere schon länger fordern, kommt mit neuer Dringlichkeit in die Diskussion.

Das erste umfassende Diskussionspapier zur »Post-Corona-Stadt« hat das Wuppertal-Institut im April vorgelegt:

Die Autor*innen schlagen darin vor, die Städte »näher«, »öffentlicher« und »agiler« zu gestalten. Mit »näher« meinen sie u.a. die Stärkung von Nachbarschaften und Naherholungsgebieten sowie den Ausbau lokaler Wirtschaftskreisläufe. Unter dem Stichwort »öffentlicher« schlagen sie vor, die Daseinsvorsorge und die Grundversorgung in die kommunale Hand zu übergeben und verschuldete Kommunen zu entschulden. Zudem müsste städtische Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Grünflächenpolitik zusammengedacht werden. Unter »agiler« findet sich neben anderen Punkten (zum Beispiel zur nachhaltigen Mobilität) auch ein Aspekt zur demokratischen Mitbestimmung. Die Autor*innen sind optimistisch und gehen nicht von einer »Rückkehr in Prä-Corona-Zeiten« aus. In der »Wiederbelebung der Stadt« sehen sie Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Partizipation und »eine seltene Möglichkeit der Diskussion über Gestaltungsmacht«. Zusammenfassend betonen sie: »Worum es dabei letztlich geht, ist eine neue Form urbanen Wohlstandes, der sich nicht nur in klassischen ökonomischen Wachstumsraten, sondern auch in einer Krisenfestigkeit – einer »urbanen Resilienz« – manifestiert.«

Ob der aktuelle Ausnahmezustand nicht einfach wieder zum immer schon krisenhaften Normalzustand zurückkehrt, bleibt derzeit offen. Allerdings gibt es wenig Grund zu Optimismus, dass jetzt aus Vernunftgründen mal eben alles umorganisiert wird. Darum wird man wohl – wie vor der Corona-Krise auch – kämpfen müssen. Die in der Krise neu geknüpften solidarischen Beziehungen könnten hier noch eine entscheidende Rolle spielen.

► **Kristin Schwierz** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion

► Zitierte Texte

► Henge, Magnus (2020): Zur Kurzarbeit gehört die Kurzmiete, auf: <https://nage-netz.de/2020/04/zur-kurzarbeit-gehört-die-kurzmiete>, 12.04.2020

► Kuhn, Armin (2020): Krisenmiete statt Schuldenfalle, in: Zeitschrift Luxemburg, www.zeitschrift-luxemburg.de/krisenmiete-statt-schuldenfalle-fuer-eine-sozial-gerechte-mietenpolitik-in-zeiten-von-covid-19, 01.04.2020

► Offener Brief von Wissenschaftler*innen zur Wohnungsfrage in Zeiten von Corona (27.03.2020): Immobilienwirtschaft an den Kosten der Corona-Krise beteiligen, auf: www.zeitschrift-suburban.de

► Offener Brief (18.04.2020): Wer zahlt die Krise? Forderungen zur Wohnungspolitik in und nach Corona-Zeiten, in: Der Standard, www.derstandard.de/story/2000116946324/wer-zahlt-die-krisenforderungen-zur-wohnungspolitik-in-und-nach

► Offener Brief an die Stadt Freiburg (12.04.2020): www.rechtaufstadt-freiburg.de

► Pressemitteilung (18.03.2020): »Wohnraum, die erste Verteidigungslinie gegen den COVID-19-Ausbruch«, sagt UN-Expertin Leilani Farha, in dt. ÜS auf: www.bagw.de/de/neues~179.html, 19.03.2020

► Recht auf Stadt Hamburg (03.04.2020): GrundRECHT auf Stadt – für alle!, auf: www.rechtaufstadt.net

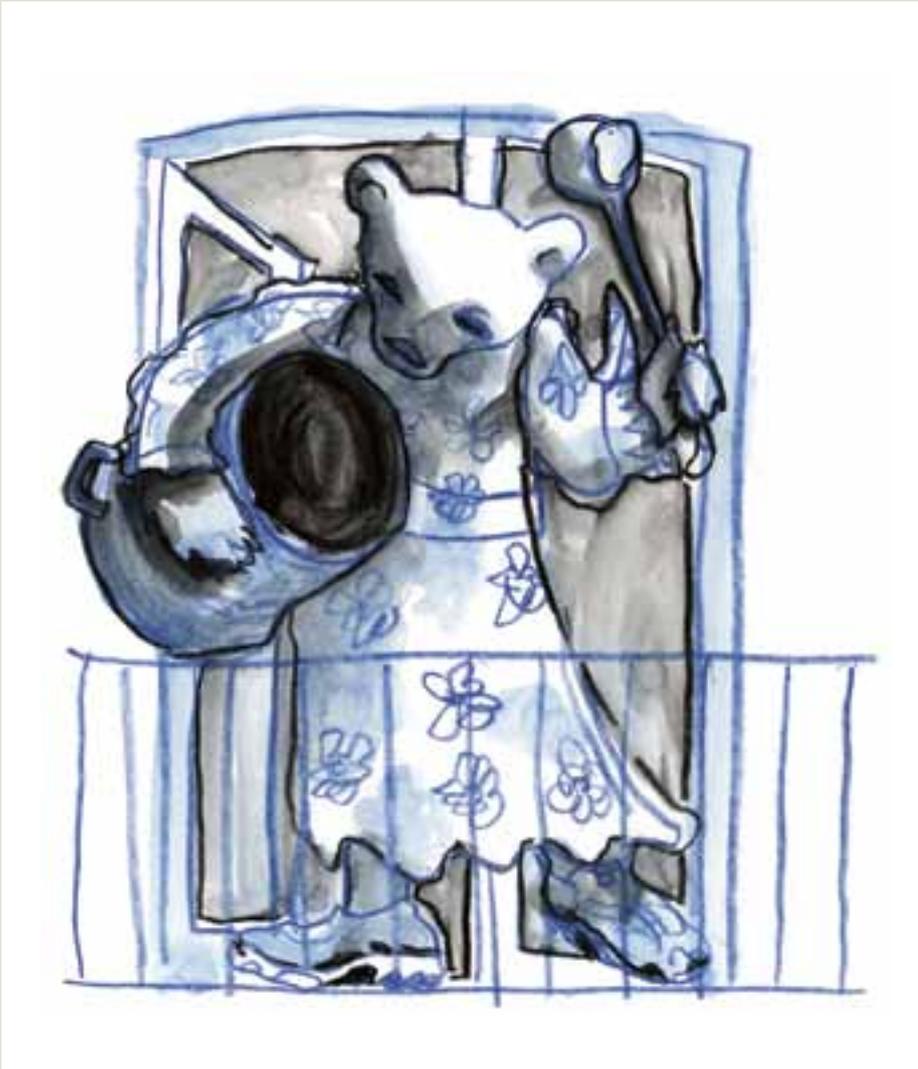
► Unger, Knut (2020): Das Recht auf Wohnen in Zeiten der Pandemie, www.rosalux.de/news/id/41847/das-recht-auf-wohnung-in-zeiten-der-pandemie, 25.03.2020

► Schneidewind, Uwe/Baedeker, Carolin et al. (2020): »Näher« – »Öffentlicher« – »Agiler« – Eckpfeiler einer resilienten »Post-Corona-Stadt«, auf: <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Post-Corona-Stadt.pdf>

GESCHICHTEN ALS INSPIRATION FÜR POST-CORONA STÄDTE

Das internationale Projekt »Spread stories, not the virus« sammelt weltweit Erzählungen von Menschen in der Coronakrise

LEA LEWITAN



Welche Kommunikationsformen und Plattformen, welche Worte, Botschaften und Appelle geben in der Corona-Krise Halt und Hoffnung und fördern Solidarität? Als globales Netzwerk von zwölf Urbanisti*innen und Masterstudent*innen des »4CITIES – Master Program« sammeln wir mit unserer am 16. März 2020 gegründeten Initiative »Spread stories, not the virus« Geschichten, Erfahrungen und Reflexionen aus der ganzen Welt. Ziel ist es, die unterschiedlichsten Eindrücke und Perspektiven auf unser von Covid-19 beeinflusstes Leben zu erhalten. Die Geschichten reichen über unsere eigenen lokalen Erfahrungen hin-

aus und geben uns einen Eindruck dessen, was außerhalb der Grenzen unserer individuellen Quarantäne passiert. Wir haben bisher über 150 verschiedene Stimmen aus diversen Regionen weltweit veröffentlicht. Geschichten von Priština bis nach Shanghai, von Kigali bis nach Brüssel, von Wollongong nach Rotterdam, von Venedig nach Tiflis. Unsere Geschichten stammen aus insgesamt mehr als 30 Ländern und über 50 Städten. Besonders seit den ersten April-Wochen haben wir Geschichten aus dem globalen Süden, aus Lahore, Lanzou, Manila und Bogotá erhalten. Als internationales Team (Mexiko, Brasilien, Kolumbien, China, England, Deutschland,

Italien und Holland) haben wir durch unsere individuellen, weitreichenden und diversen Netzwerke viele Menschen von Beginn an kontaktiert und für das Erzählen ihrer eigenen Geschichten mobilisiert, gewinnen und inspirieren können. Als eine der ersten Plattformen, die internationale Geschichten des von COVID-19 geprägten Lebens veröffentlicht haben, erhielten wir von Anfang an großen Zuspruch und Interesse. Wir erhalten täglich Erzählungen, die in Originalsprache und in einer von uns ins Englische übersetzten Version veröffentlicht werden. Es sind Fotostrecken, Erzählungen, Musik-Performances und Gedichte.

Durch unsere eingeschränkte Mobilität und begrenzte Bewegungsfreiheit entsteht eine neue Form von Wirklichkeit: Eine zutiefst menschliche Verbundenheit, auch wenn die physische Nähe dahinschwindet. Mit der Veröffentlichung der weltweiten Geschichten werden die unterschiedlichen geographischen Realitäten greifbar. Dies ermutigt uns, uns in unbekannte, soziale Kontexte hineinzusetzen, die wir oftmals in unseren Mikrokosmen übersehen.

Soziale Distanzierung und häusliche Quarantäne sind für Milliarden Menschen weltweit zum Alltag geworden. Die Aufhebung von Grundrechten, die bis vor kurzem noch undenkbar war, gilt heute als normal und „gesund“. Unsere Geschichten zeigen die Auswirkungen der radikalen Maßnahmen eines nicht allein europäischen, sondern globalen physisch-psychischen Ausnahmezustands auf die Städte. Menschen beschreiben, was sie weltweit seit Ausbruch von COVID-19 beobachten, wenn das Leben im öffentlichen Raum unerwarteter Weise und plötzlich verschwindet. Es wird untersucht, welche Art von Stadt entsteht, wenn Interaktionen zwischen Menschen auf ein Minimum reduziert werden, soziale Distanzierung gezwungenermaßen verordnet und das Leben auf die eigenen vier Wände beschränkt wird. Neue Perspektiven auf die Welt werden uns mit Hilfe der Geschichten erfahrbar. Es sind Geschichten, die Treibstoff für nachhaltige, soziale Transformationen liefern und das Menschsein

auf neuartige Weise umgestalten. Weltweit können wir beobachten, wie auf lokaler Ebene solidarische Initiativen entstehen. Es werden Aktionen ins Leben gerufen, die sich in unseren veröffentlichten Geschichten widerspiegeln.

So, wie in der Geschichte aus Priština (Kosovo), wo Bürger*innen am sechsten Tag der landesweiten Quarantäne-Maßnahmen auf Töpfen und Pfannen von ihren Balkonen und Fenstern trommelten. Dieser friedvolle und respektvolle Protest ist der Klang der Bürger*innen, die sich über die jüngsten politischen Entwicklungen im Land auflehnen und gegen einen möglichen Zusammenbruch der Regierung protestieren.

Unsere Geschichten erzählen auch von Orten, wo Menschenrechte missachtet werden, wie in Rio de Janeiro. Der rechts-

Mit der Gründung unserer Initiative stand von Beginn an die zentrale Botschaft einer globalen Solidarität fest. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Krise nicht nur in abgeschotteten Laboren oder durch Konferenzschaltungen zwischen weltweit führenden Politiker*innen gelöst werden kann, sondern auch durch den Austausch und die Koordination regionaler und lokaler Maßnahmen und Initiativen. Die bewegenden Erzählungen sind realistische Zeitaufnahmen und machen uns nicht nur auf alternative und inspirierende Projekte und Gemeinschaftsaktionen aufmerksam, sie treiben auch Lösungen für urbane Resilienz und Vitalität voran. Dies spiegelt sich beispielsweise in der von einem philippinischen Architekten (Arvin Pangilinan) aus Manila stammenden Erzählung wider: Um der Knappheit von Kranken-



sharp edge of poverty. Even for Zimbabweans who can afford to pay utility bills, there are constant electricity and water supply cuts. Now imagine what it is like for those who live in makeshift dwellings, unconnected to power or water supplies, with no internet, and who are now being asked to stay indoors.“ Dem Autor zufolge gibt die Krise allerdings auch die Möglichkeit Solidarität den Menschen gegenüber zu zeigen, für die das alltägliche Überleben sowieso immer ein ständiger Kampf ist. Tinashe sieht in der jetzigen Krise eine Chance für die Regierung, das Vertrauen der Bürger*innen zurückzugewinnen, zum Beispiel dadurch, dass sie für diejenigen, die am stärksten betroffen sind, Grundversorgung bietet.

Wir wollen mit unserem Blog solidarisches Handeln durch geteilte Erzählungen sichtbar machen. Die einzigartigen Perspektiven von »Spread stories, not the virus« sind wertvolle Einblicke und individuelle Inspirationsquellen für eine gerechte und offene Gestaltung von Post-Corona Städten. Auch ihr könnt eure individuellen Geschichten auf unserer Website veröffentlichen: Wir freuen uns auf euren Beitrag!

„NO ONE WAS PREPARED FOR THIS SITUATION: STAYING AT HOME WAS A LUXURY THAT THE MAJORITY OF URBAN LOW-INCOME ZIMBABWEANS COULD NOT AFFORD.“

extreme Präsident Jair Bolsonaro widersprach seinem eigenen Gesundheitsministerium, indem er die Menschen aufforderte, zur Arbeit und zu den Schulen zurückzukehren. Er verstärkte damit nicht nur soziales Misstrauen, sondern auch die städtische Segregation. Diese Geschichte macht uns auch auf die Kraft der Gemeinschaften aufmerksam, die sich im Kampf gegen Ungerechtigkeit in Zeiten der Coronakrise mobilisierten. Sie protestierten gemeinsam gegen falsche Berichterstattung und die verheerenden Bedingungen in den Favelas der Stadt, wo Schutz und Hygiene undenkbar sind. Mit den Worten Taisas, die diese Geschichte beigetragen hat: „Going through the pandemic in Rio de Janeiro, and in Brazil in general, is to expect the worst both from the perspective of spreading the virus and from a social upheaval. The lack of infrastructure for the most vulnerable in the population is such that part of civil society has organized itself into small collectives to try to avoid the worst.“

hausbetten entgegenzuwirken, hat das Architekturbüro »WTA Architecture and Design Studio« Notfall-Quarantäne-Einrichtungen (»Boysen x WTA Pavilion«) aus recyclebaren Materialien designt und umgesetzt. Insgesamt wurden bereits 60 solcher Einrichtungen in der Region Manilas und der weiteren Umgebung aufgebaut. Alle Designs sind Open Source und stehen frei als Download zur Verfügung, in dem solidarischen Gedanken, sie für andere nutzbar zu machen.

Tinashe Craig Dube berichtet aus Harare (Simbabwe), was die Ausgangssperre dort bedeutet, wo ein Großteil der Bevölkerung in extremer Armut lebt: „No one was prepared for this situation: staying at home was a luxury that the majority of urban low-income Zimbabweans could not afford. Many had to choose between risking being beaten up in the streets and risking dying at home. [...] Coronavirus is blind to the needs of the people whose daily lives, even in “normal” times, are spent in high-density communities at the

► **Lea Lewitan** ist Studentin des Master-Studiengangs »4CITIES« und Mitgründerin der Plattform »Spread stories, not the virus«.

► **Link zum Blog:**
► spreadstoriesnotthevirus.com

► **Illustrationen:** © Christoph Schäfer

„ES IST WICHTIG EINEN ORT DER SOLIDARITÄT OFFEN ZU HALTEN“

Wie »La Cantine« in Paris solidarische Versorgung im Viertel organisiert

ÜBERSETZUNG: SONJA LÜDDECKE

Im 20. Arrondissement von Paris, im Viertel Belleville, öffnet zu „normalen“ Zeiten täglich »La Cantine des Pyrénées« – eine selbstverwaltete Küche für alle, in der mittags bis zu 80 Mahlzeiten gegen Spende ausgegeben werden. Die Cantine wird seit 2013 von einem Kollektiv betrieben und versteht sich als solidarischen Begegnungsort und Freiraum für ganz unterschiedliche Menschen. Seit Beginn der Ausgangssperre organisiert das Kollektiv nun die Grundversorgung für die Ärmsten im Viertel.

Wir haben per Email nachgefragt, welche Erfahrungen sie damit machen.

Wie funktioniert La Cantine in Zeiten von Corona?

Nach der Verhängung der allgemeinen Ausgangssperre in Frankreich am 16. März wurde die Cantine, wie alle anderen Gastronomien auch, geschlossen. Wir haben dann im Kollektiv beschlossen, dass wir in anderer Form wieder öffnen. Es erschien uns wichtig im Stadtteil einen Ort der Solidarität geöffnet zu halten, damit die Prekarisierten nicht ohne Möglichkeit zum Überleben gelassen werden.

Seit dem 23. März geben wir sowohl Gerichte zum Mitnehmen aus als auch Hygieneartikel für den täglichen Bedarf. Und für die, die selbst kochen können, geben wir auch Grundnahrungsmittel aus.

Wie kocht ihr und wie verteilt ihr das Essen? Welche Unterstützung gibt es von anderen?

Wir haben unser Team total reduziert, um das Ansteckungsrisiko zu begrenzen und wir achten auf ausreichend Abstand in der Schlange vor der Cantine. Die »Protection Civile« (vergl. mit dem Technischen Hilfswerk, d.Ü.) liefert uns Essenspackchen, die wir dann mit selbst Zubereitetem ergänzen. Alles ist zum Mitnehmen. Wir sind auch gerade dabei einen Lieferservice für geschwächte Menschen und Risikogruppen zu organisieren.

Seit der Ankündigung, dass wir wieder öffnen, haben wir viele Angebote von Freiwilligen bekommen, die uns beim Kochen oder anders helfen wollen. Nach und nach beziehen wir sie mit ein. All dieser Enthusiasmus und die Hilfsangebote motivieren uns noch mehr und erinnern uns daran, dass es das ist, was wir jetzt weitermachen sollten.

Wir haben einen Spendenaufruf gestartet, was super gut funktioniert. Man spürt, dass die Menschen etwas tun wollen, aber davon frustriert sind, zuhause bleiben zu müssen. Wir bekommen keine finanziellen Krisenhilfen. Wir machen Druck auf den Vermieter, dass er uns Zugang zu einem Lokal neben der Cantine gibt, um die Waren für die Zeit der Ausgangssperre lagern zu können.

Für wen sind die Mahlzeiten, wer kommt sich bei euch Essen holen?

Bei uns gibt es keine Auswahlkriterien. Wir geben Essen an alle, die kommen. Aber das Publikum hat sich total verändert seit der Ausgangssperre. Vorher war es ausgeglichen zwischen Prekarisierten, Bewohner*innen des Viertels und hier Arbeitenden, die zum Essen herkamen. Und das ist genau das, was wir wollten: diese Mischung, diese Begegnungen. Seit der Ausgangssperre kommen nur noch Prekarisierte und Obdachlose. Sie sind diejenigen, die am meisten von dieser Krise betroffen sind. Vor allem mit ihnen müssen wir jetzt solidarisch sein.



Was macht ihr momentan für Erfahrungen?

Wir haben das Gefühl, etwas noch nie Dagewesenes zu erleben. Während dieser Zeit haben wir noch mehr den Eindruck, etwas wirklich Essentielles zu tun. Das Risiko dabei ist, dass wir Teil eines Krisenmanagements sind und das Versagen des Staates ausgleichen. Das ist etwas, das wir immer abgelehnt haben. Wir haben immer versucht, die Menschen, die in die Cantine kommen, mit in das Projekt einzubeziehen und das wollen wir auch weitermachen, auch wenn es gerade komplizierter ist. Jetzt kommen nur noch Leute, um sich Essen abzuholen. Da ist es viel schwieriger ins Gespräch zu kommen und Kontakte zu knüpfen. Außerdem liegen die anderen Aktivitäten der Cantine momentan brach. In normalen Zeiten gibt es hier auch eine Rechtsberatung, Französischkurse – die gehen jetzt gerade übers Internet weiter – einen Kino-Klub, Soli-Essen und mehr. Wir haben eine Notfallnummer eingerichtet, wo Leute anrufen können, um Infos für Übernachtungsmöglichkeiten, Essensausgaben, Waschmöglichkeiten etc. zu bekommen und wir können Kontakte zu Psycholog*innen vermitteln.

Wie ist die aktuelle Situation in Paris und in eurem Viertel?

Je nachdem, welcher sozialen Schicht man angehört, ist es absolut unterschiedlich. Die Ausgangssperren sind wesentlich schwieriger für die Prekarisierten und für jene, die mit einer großen Familie in schlechten Unterkünften leben oder für die Menschen auf der Straße. Sie können nicht mehr betteln oder ihren informellen Tätigkeiten nachgehen. Jetzt, wo die Straßen leergefegt sind, sind die Obdachlosen viel sichtbarer.

Unser Viertel ist eins der beliebtesten in Paris. Obwohl man auch viel Gentrifizierung sieht, gibt es viele arme Arbeiter*innen und Prekarisierte, die von der Krise hart getroffen werden. Viele haben kein Geld mehr, um sich etwas zu essen zu kaufen. Und je länger diese Ausgangssperre gilt, desto schwieriger wird es für sie. Und danach wird sich für viele, die ihre Mieten nicht mehr bezahlen können, die Wohnungsfrage stellen.

► Mehr Infos: > facebook.com/cantinedespyrenees | Foto: Google Street View

SO, I START A REVOLUTION FROM MY SMARTPHONE

Unzählige Forderungen, Aufrufe und Hilfsangebote durchfluteten mit Beginn der Krise die Social Media-Kanäle – Eine kleine Auswahl

WIR FORDERN SOFORT

- Verbot von Zwangsmaßnahmen und Energie- und Wasserentzügen
- Finanzielle Unterstützung für unbefristeten Mietern
- Beschleunigung leerstehender Wohnungen und Räumlichkeiten

Jetzt Mieter*innen schützen!

www.27hausgruppen.de

Solidarisch gegen Corona
16. April um 14:14

Beschäftigte einer McDonald's-Filiale in Marseille haben ihr Restaurant auf eigene Faust in eine Verteilstation für Lebensmittelpakete umgewandelt. Diese werden an Einwohnerinnen der nördlichen Stadtteile Marseilles verteilt, die seit Beginn der Ausgangsperre noch stärker von Armut betroffen sind. Das Unternehmen, das zurzeit viele Filialen angesichts des Risikos für die Beschäftigten wieder aufmacht, versucht, die Aktion zu verhindern. Es hat nur sehr kurze Zeit gedauert, ... Mehr anzeigen

PLAN DE CHOQUE SOCIAL

Alquiler
Suspensión del pago del alquiler de la vivienda y de los suministros básicos (gas, agua y gas) para quien pierda ingresos

Ingresos
Wichtig: Después de tener acceso a los ingresos, se puede solicitar ingresos

Sanidad
Incremento la capacidad pública de diagnóstico por COVID-19

Poliklinik Veddel
18. März um 17:06

"Veddel Solidarisch" jetzt praktisch werden!
Wir rufen zur radikalen Nachbarschaft auf. Hier die Telefonnummer der Veddel Hotline: 01520 2563582
Bist du erkrankt, hast wegen des Virus Angst nach draußen zu... Mehr

<p>Veddel Solidarisch Nachbarschaftshilfe in Zeiten des Coronavirus</p> <p>Wie du erkrankt, hast wegen des Virus Angst nach draußen zu gehen oder dich in Quarantäne zu Hause? Wir organisieren jemanden, der oder die für dich einkaufen geht und Post und Kurierdienste geht.</p> <p>Lebst du alleine und hast das Licht oder die Heizung für einen gewissen Zeitraum? Wir haben jemanden, der oder die dich abholt, wenn er oder sie dir einen Rucksack bringt.</p> <p>Hast du Sorgen, dass du dich um deinen Hund nicht kümmern kannst? Es gibt jemanden, der oder die mit deinem Hund gehen kann (Spaziergang, frisst).</p> <p>Hast du die Sorge, dass du dich um deinen Hund nicht kümmern kannst? Es gibt jemanden, der oder die mit deinem Hund gehen kann (Spaziergang, frisst).</p> <p>Wie du erkrankt, hast wegen des Virus Angst nach draußen zu gehen oder dich in Quarantäne zu Hause? Wir organisieren jemanden, der oder die für dich einkaufen geht und Post und Kurierdienste geht.</p> <p>Lebst du alleine und hast das Licht oder die Heizung für einen gewissen Zeitraum? Wir haben jemanden, der oder die dich abholt, wenn er oder sie dir einen Rucksack bringt.</p> <p>Hast du Sorgen, dass du dich um deinen Hund nicht kümmern kannst? Es gibt jemanden, der oder die mit deinem Hund gehen kann (Spaziergang, frisst).</p> <p>Hast du die Sorge, dass du dich um deinen Hund nicht kümmern kannst? Es gibt jemanden, der oder die mit deinem Hund gehen kann (Spaziergang, frisst).</p>	<p>Солідарний Veddel Помощь соседства во время Корона вируса.</p> <p>Якщо ви захворіли, маєте страх вийти на вулицю чи купити їжу, чи перебувати вдома? Ми організуємо когось, хто за вас піде за продуктами, поштою та кур'єрськими послугами.</p> <p>Живете ви самотньо і не можете оплатити світло чи опалення? Ми знаємо когось, хто прийде до вас і допоможе.</p> <p>У вас є турботи, що стосуються тварин? Ми знаємо когось, хто зможе піти з вашим тваринами на прогулянку та поїсти.</p> <p>Якщо ви захворіли, маєте страх вийти на вулицю чи купити їжу, чи перебувати вдома? Ми організуємо когось, хто за вас піде за продуктами, поштою та кур'єрськими послугами.</p> <p>Живете ви самотньо і не можете оплатити світло чи опалення? Ми знаємо когось, хто прийде до вас і допоможе.</p> <p>У вас є турботи, що стосуються тварин? Ми знаємо когось, хто зможе піти з вашим тваринами на прогулянку та поїсти.</p> <p>Якщо ви захворіли, маєте страх вийти на вулицю чи купити їжу, чи перебувати вдома? Ми організуємо когось, хто за вас піде за продуктами, поштою та кур'єрськими послугами.</p>	<p>Solidarity in Veddel Neighborhood support in times of coronavirus</p> <p>Are you feeling sick and scared of going out because of the virus? Do you need to buy groceries? We organize someone to shop for you or go to the post office and pharmacy for you.</p> <p>Are you alone and can't pay for electricity or gas? We know someone who can come to your house to help you.</p> <p>Are you worried about your pets? We know someone who can go with you to walk and feed your dog.</p> <p>Are you having trouble with your pet? We know someone who can go with you to walk and feed your dog.</p> <p>Do you have trouble with your pet? We know someone who can go with you to walk and feed your dog.</p>
--	--	---

Zwangsräumung Verhindern
18. März um 14:34

+++ Quarantäne für Gerichtsvollzieher*innen! +++
Der Gerichtsvollzieher hielt Covid-19 für eine Ausrede und wollte an der Räumung festhalten... Es ist kaum zu glauben, doch auch in Zeiten von #COVID-19, in der das öffentliche Leben weitgehend stillgelegt wird, können in Berlin weiterhin Zwangsräumungen durchgeführt. Heute bei #Mittel, gestern wurde eine Räumung bei der #Fitzinger erst wenige Stunden vorher abgesagt, der Mieter war schon dabei seine Wohnung auszuräumen. Das darauf und niemals sonst auch nicht nicht gebannt werden kann, war da schon lange klar. Aber Mieter*innen werden in Unsicherheit gelassen bis zur letzten Sekunde. Wir finden, so geht man nicht mit Menschen um, vor allem nicht in diesen unsicheren Zeiten. Wir fordern einen sofortigen Kündigungs- und Räumungsstopp. Nicht zu fressen...
<https://www.neuers-deutschland.de/artikel/1134451/coronavirus-zwangsräumung-in-berlin-in-letzten-minuten-abgesagt.html>

Wohnstadt Frankfurt
18. März um 17:06

Frankfurt schreit diese Miete in Quarantäne. BREITE BREITE WECHSEL DEN COVID-19! Einbau jetzt die WETTITION. LÄSST SICH VERMEIDEN und anschließend sehen. <https://www.27hausgruppen.de>

<p>Löhne</p> <p>100% → 67%</p> <p>€</p>	<p>Mieten</p> <p>100% → 67%</p> <p>€</p>
--	---

#AllenEinZuhause
Öffnet Hotels und Ferienwohnungen für Obdachlose und Geflüchtete! Sofort!

Berliner Hilfskreuzer
28. März um 13:15

Funktionell! Dank an T. Gerdemann von @1140. Da nur viele Zimmer in den Berliner Hotels bei uns dafließen, sollten diese untermöglichst an obdachlose und geflüchtete, mehr anfragen.

Red Cross @RedCross247 21. März
64% rise in rental properties across #Dublin in midst of #Covid-19 crisis according to property website @dufremois, as landlords start withdrawing their rentals from short term letting sites like #Airbnb and are offering them into the market instead. #ResistingCorona #CoronaCrisis

Red Cross
21. März um 13:15

ES GEHT UM UNS ALLE: SOLIDARISCHE STÄDTE IN ZEITEN VON CORONA

CAN'T STAY
AT HOME IF
YOU DON'T HAVE
ONE!

Ein Interview zur Situation in den Städten mit Mario Neumann, Aktivist und Mitautor von „Solidarische Städte in Europa“

INTERVIEW: JANIKA KUGE

Was ist der aktuelle Stand in den Städten bei der Diskussion um die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland?

Es ist schon eine etwas merkwürdige Situation im Moment, nicht nur wegen Corona: Es gibt einerseits ein weiterhin großes Echo für die Forderung, dass Städte Geflüchtete aufnehmen und auch dafür, dass Städte in Erscheinung treten als politische Akteure und diese Forderung an die Bundesregierung richten. Für diese Option haben viele lange gekämpft und sie sollte weiterhin die Perspektive sein – als Gegenentwurf dazu, dass nur Nationalstaaten über die Aufnahme von Menschen entscheiden können. Das ist ein Prozess, der seit ungefähr eineinhalb Jahren intensiv stattfindet, wenn man ihn in etwa mit den Protesten der Seebrücke beginnen lässt. Mittlerweile ist es fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden, dass Städte sich in die Diskussion aktiv einmischen.

Auf der anderen Seite gibt es meiner Meinung nach auch eine Gefahr, dass das in erster Linie eine Schaufensterpolitik wird, in der Städte sich mit dieser Forderung profilieren und in Szene setzen, ohne dass etwas Substantielles passiert. Es ist diskursiv natürlich trotzdem gut und wichtig, wenn gesagt wird: „Wir wollen auf-

nehmen“. Aber das ist natürlich für viele auch komfortabel, weil sie ja wissen, dass es folgenlos bleibt. „Wir würden ja gerne aber wir dürfen ja nicht“, so lässt sich die Geste zusammenfassen. Das ist die strategische Frage, in der der Prozess gerade steckt und in die ein bisschen mehr Bewegung reinkommen sollte. Die Frage, wie aus Städten wirklich rebellische Städte werden können, ist noch immer auf dem Tisch. Insofern ist es wichtig, auch weiterhin Druck von unten auf die Städte auszuüben und

nicht nur auf die Bundesregierung. Die Städte sind natürlich an bestimmte institutionelle Regeln gebunden, aber das sollte nicht dazu führen, dass sie sich quasi hinter der Befehlskette verstecken können. Sonst gerät die Bewegung in eine strategische Sackgasse. Wenn die Städte sich schon zu sicheren Häfen erklären, dann muss das auch irgendetwas bedeuten.

Würdest du sagen, die Corona-Krise trägt dazu bei, dass jetzt mehr Druck aufgebaut wird, weil sich die Situation in

Lagern wie Moria zuspitzt? Oder ist es eher so, dass durch Corona der Druck wegfällt, weil die Grenzen zu sind und dadurch schlechte Bedingungen für direkte Aufnahmen herrschen?

Klar ist, dass die Situation sich deutlich ändert und aktuell umgedeutet wird. Es geht nicht mehr nur um Asyl und Bleiberecht, sondern um Gesundheit und Gesundheitspolitik. Wessen Gesundheit zählt und wer wird einfach weggesperrt und sich selbst überlassen? Auch in Deutsch-



Transparent am Sitz der Stadtverwaltung von Madrid (2017) | Foto: Maria Teneva (Unsplash)

land ist das ja zu spüren: Corona-Fälle in Flüchtlingsunterkünften werden eigentlich nur so gemanagt, dass niemand außerhalb angesteckt wird. Ob das Virus in den Unterkünften zirkuliert, scheint fast egal zu sein.

Die Frage der griechischen Inseln ist auch überlagert von Corona: Was zu beobachten ist, und das wird sich sicherlich noch stark entwickeln und verändern bis zum Sommer, ist eine Art zynische Endgültigkeit, mit der die Frage verhandelt wurde: Evakuiert man oder ignoriert man schlicht, was dort passiert, Hauptsache den Deutschen geht es gut. Da ist es wichtig, die Forderungen nach Aufnahme durch die Städte nicht abreißen zu lassen. Das kann jetzt Leben retten. Gleichzeitig braucht es auch pragmatische Notlösungen, wie beispielsweise die Verbesserung der medizinischen Bedingungen vor Ort. Da könnten Städte und Bundesländer jetzt auch eine Rolle spielen und nicht nur monothematisch über Aufnahme reden, die dann – unter den aktuellen Umständen – nicht geschieht. Sie können zumindest Hilfe, zum Beispiel Personal und medizinische Ausrüstung, in die Lager senden.

Am Ende sind die Städte jetzt fein raus – wenn sie bei geschlossenen Grenzen laut aufschreien und dann nichts tun müssen...

Nein, ganz so ist es nicht. Aber es muss eben vielfältig Druck aufgebaut werden, zum Beispiel wenn ein*e Bürgermeister*in für Aufnahmen eintritt, dann kann man auch fordern, dass sie*er sich politisch und auch persönlich gegen Abschiebungen einsetzt. Warum sollte ein Bürgermeister sich nicht auch mal von einer Blockade wegtragen lassen oder eine von Abschiebung bedrohte Familie in seiner Wohnung aufnehmen, quasi ein „Bürgermeister-Asyl“? Politiker*innen müssen beim Wort genommen werden, auch an anderen Stellen der Migrationspolitik und gerne auch dort, wo es für sie etwas ungemütlicher wird. Es gibt seit Jahren Bewegungen, die fordern, dass Menschen aus

den Lagern in Deutschland rauskommen und dezentral aufgenommen werden. Es ist ja seit Jahren klar, dass die Lager auch eine sozialmedizinische Katastrophe sind. Insofern wäre es jetzt auch angesagt, die kommunalpolitischen Fragen anzugehen, wo es um die Rechte von Illegalisierten geht. Berlin hat jetzt beispielsweise in Corona-Zeiten deren medizinische Versorgung sichergestellt. Daran sollten auch die gemessen werden, die sich als solidarische Städte präsentiert haben.

Demos fallen weg, alle üblichen Aktionsformen sind unmöglich geworden. Können wir überhaupt noch laut sein? Was passiert durch die Krise?

Es gibt im Moment eine sehr starke mediale Aufmerksamkeit für die Situation in Griechenland und Italien. Moria und andere Lager sind tagtäglich in den Schlagzei-

der sich jetzt möglicherweise einstellt. Das wird auch die Städte beschäftigen. In einer Post-Corona-Situation, werden es die Bürgermeister*innen schwer haben, auf die Außen Grenzen zu schauen, wenn gleichzeitig kleine und mittlere Unternehmen in ihren Städten pleitegehen oder die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Das könnte zum Problem werden für die Bemühungen um solidarische Städte und sichere Häfen: Der Blick dreht sich nach innen. Das könnte sogar gefährden, was die Solidarity City-Bewegung bereits investiert hat. Wir brauchen daher breit aufgestellte und starke soziale Koalitionen, die klar machen, dass es nicht nur um „Deutsche“ geht, sondern um uns alle. Die Solidarity City-Bewegung wird nach der Krise deutlich machen müssen, dass Solidarität auch nach außen wirken muss. Die „Soziale

Politik emanzipatorische Möglichkeiten gibt – Möglichkeiten praktischer Solidarität, aus denen Politik werden kann. Ich glaube, dass viele der Corona-Solidaritätsgruppen auf diesen Strukturen beruhen oder zumindest aus diesen Erfahrungen heraus organisiert wurden. Das ist ja ein Klassiker: Am Anfang der solidarischen Kliniken in Griechenland ging es zunächst um die Versorgung der Geflüchteten. Nach und nach wurden die Kliniken jedoch in der Krise generell für Opfer des kaputt gesparten Staats geöffnet. Das ist ein üblicher Prozess, der auch in der Solidarity City-Diskussion wichtig war: Man fängt mit den Rändern an und am Ende öffnet es sich für alle. Vielleicht war das heute Vielen gar nicht unbedingt bewusst, dass sich die jetzigen Bewegungen an 2015 anlehnen, aber der lange Sommer der Solidarität mit Geflüchteten ist als gemeinsame Erfahrung vorhanden und damit implizit auch in den Köpfen. Dass es den Glauben gibt, dass man gemeinschaftlich Dinge bewältigen kann, dass man aufeinander Acht gibt und sich organisiert, gerade auch in Ausnahmesituationen – das ist unglaublich wichtig gerade und das wird überall wieder gelernt und vertieft.

Aber anders als 2015 gibt es erstmal keine automatische Öffnung nach außen, hin zu Neuankommenden und „Fremden“. Da ist es wichtig, jetzt nicht in eine politisch blinde Solidaritätsromantik zu verfallen und sich stattdessen explizit gegen jede nationalistische Schließung und Grenzziehung zu wenden, die durchaus mit bestimmten Formen von Solidarität kompatibel ist. Am Ende kommt man um diese politische Fragen nicht herum.

„DER RÜCKENWIND FÜR DIE SOLIDARISCHE-STÄDTE-BEWEGUNG KAM SCHLUSSENDLICH AUS DIESEN LOKALEN BEWEGUNGEN“

len. Die Corona-Krise erhöht den medialen Druck, dass jetzt wirklich etwas passieren muss. Auch in Malta steht die Regierung unter Druck nach einer skandalösen Aktion gegen ein Boot. Aber das Mediale ist im Moment fast der ausschließliche Schauplatz all dieser Auseinandersetzungen und wir wissen ja, wie wichtig – aber eben auch wie begrenzt – das Wirken über die Medien ist. Seenotrettung und Neuankünfte in Europa nehmen ab. Die Grenzen sind dichter denn je, aber die Migrationsbewegung ist zäh und wir werden schauen müssen, wie sich der gesundheitliche Notstand in einigen Ländern zukünftig in spontaneren Migrationsbewegungen ausdrückt, ob es also eine Flucht vor Corona und den Folgen (zum Beispiel politische Instabilität) geben wird. Das könnte sich über die kommenden Monate noch weiter verschärfen.

Die größte Gefahr auf lange Sicht scheint mir jedoch der Krisennationalismus zu sein,

Frage“ wird darin eine große Rolle spielen und auch, ob sie nicht-national gestellt und beantwortet wird oder ob es am Ende auf ein „Germany first“ hinausläuft. Das gilt nicht nur in der Migrationspolitik, sondern auch in der Außenpolitik, in Europa oder der Entwicklungszusammenarbeit.

Gibt es derzeit soziale oder politische Strukturen, die auch nach der Krise Bestand haben könnten?

Unbedingt! Viele der spontan entstandenen Corona-Solidaritätsgruppen machen schon jetzt gute Arbeit und könnten auch die akute Krise überstehen! Genealogisch gab es ja bereits 2015 eine große städtische und kommunale Solidarität, die Willkommensbewegung war ja genau auf dieser Ebene organisiert. Der Rückenwind für die Solidarische-Städte-Bewegung kam schlussendlich aus diesen lokalen Bewegungen. Es gab damals die Erfahrung, dass es auf der Ebene des Viertels, der Stadt und der kommunalen

► **Janika Kuge** ist Aktivistin für Solidarity Cities in Freiburg, forscht zu Sanctuary Cities in den USA und ist Teil der Común-Redaktion.

► **„Solidarische Städte in Europa“** zum Download:
 ► rosalux.de/publikation/id/40039/solidarische-staedte-in-europa



UN SINN - SPASS & WIEDER

AMT FON
DANK
MIFA
KONIA

MUMU

DEKORATION UND IRRITATION

Die Street Art Künstlerin Ursula Meyer

RAINER MIDLASZEWSKI



Street Art ist schon lange im kommerziellen Kunstbetrieb angekommen, wird jedoch im öffentlichen Raum jenseits offizieller Auftragsarbeiten immer noch sanktioniert oder nicht verstanden. Die Künstlerin Ursula Meyer bewegt sich in beiden Welten. Ihre Wandbilder wirken wie die moderne Pop-Version einer Bildsprache, die man in Ländern Afrikas und Lateinamerikas findet. Geboren und aufgewachsen in Argentinien lebte sie mit ihrer Familie auch in China, in Südafrika und im Libanon. Ihr Stilmix ist Ausdruck dieses „nomadischen“ Lebens.

Die expressiven, puppenhaften Frauenfiguren in ihren Murals, oft mit Hidschab, sind naiv-dekorativ und irritierend zugleich. Mit einem offenen und einem halb geschlossenen Auge schauen sie in eine globalisierte Welt, die für Ursula Meyer selbst schizophren ist. Im Gespräch sucht sie immer wieder nach den richtigen Worten, weil sie mit drei verschiedenen Sprachen groß geworden ist. Sie bezeichnet sich selbst als „Third Culture Kid“. Ihre oft zu Gruppen angeordneten Figuren unterschiedlicher „Colours“ versteht sie jedoch auch als ein Plädoyer für das Gemeinsame in der Differenz.

Aus der anonymen, illegalen Arbeit im urbanen Raum hat sich Ursula Meyer inzwischen zurückgezogen, weil die Realisation ihrer Bilder Ruhe und Zeit benötigt. Auf die Frage, ob das Ruhrgebiet ein guter Ort für Street Art ist, antwortet sie, dass einer durchaus lebendigen Graffiti-Szene eine Wüste im Bereich großflächiger Wandbilder gegenübersteht. Murals würden hier, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den Kommunen und dem Kulturbetrieb weder wertgeschätzt noch gefördert.

Im Ruhrgebiet muss man vieles selbst machen. Ursula Meyer hat zusammen mit befreundeten Künstler*innen Ausstellungen in zwischengenutzten Leerständen organisiert und als Teil des »Beatplantation«-Kollektivs Dekos für das gleichnamige Festival im Ruhrgebiet produziert. 2010 besetzte sie anlässlich des Kulturhauptstadtjahres zusammen mit anderen Aktivist*innen aus der Off-Kultur-Szene ein leerstehendes Gewerkschaftshaus in der Essener Innenstadt als selbstorganisierten, kreativen Raum. Sie kann inzwischen als freischaffende, interdisziplinäre Künstlerin von Verkäufen und Auftragsarbeiten leben.

Seit einigen Jahren hat Ursula Meyer nun ihre Homebase und ihre kreative Community in Essen. Das Ruhrgebiet findet sie nicht schön, aber es gibt Möglichkeitsräume. „In Berlin ist jeder zweite Künstler“, sagt sie. Die Frage, ob ihr nomadisches Leben damit ein vorläufiges Ende gefunden hat, lässt sie offen.

◀ Im Rahmen des »Urban Fine Art Meetings« (UFAM Ruhr, 2016) realisierte Ursula Meyer in Kollaboration mit dem Künstler E.v.U. das Mural in der Dortmunder Sundermannstraße. Es ist eine böse Anspielung auf die Ausstellung „Entartete Kunst“, die 1937 in München eröffnet wurde.





► **Ursula Meyer**

Geboren 1987 in San Juan, Argentinien
 2007 Studium an der Art Faculty Nelson Mandela Metropolitan University, South Africa
 2007–2013 Studium Kommunikationsdesign an der Folkwang Universität der Künste, Essen
 Zahlreiche Ausstellungen, Installationen und Projektarbeiten im In- und Ausland

► ursulameyer.info

► **Fotos:** © Ursula Meyer

► **Rainer Midlaszewski** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion



WIDERSTÄNDIGE NACHBARSCHAFTEN

ILLUSTRATIONEN: JONAS HEIDEBRECHT

Mit dem Beginn der Corona-Krise wurde die Nachbarschaft zum Symbol der schnellen und solidarischen Direkthilfe, gerade angesichts des drohenden Kollapses öffentlicher Versorgungsstrukturen. In den Sozialen Netzwerken wurden nachbarschaftliche Hilfsangebote zur „Challenge“ erklärt und von unzähligen Hilfsbereiten angenommen. Diese sich schnell und weit verbreitende Mobilisierung der Nachbarschaft entstand nicht aus dem Nichts. Das Nachbarschaftliche erlebt vielmehr in den letzten Jahren ein Revival: Gerade für viele Großstädter*innen ist inzwischen das „Dörfliche“ des eigenen Viertels zum unverzichtbaren Teil des guten Leben in der Stadt geworden. Die eigenen Nachbar*innen zu kennen, gehört zum guten Ton; sich aktiv miteinander in Beziehung zu setzen, ist zum authentischen Ausdruck guter Nachbarschaft geworden. Nachbar*innen organisieren Orte der Begegnung, des nachhaltigen Produzierens und des solidarischen Austauschs von Wissen und Fertigkeiten. Es entsteht hier auch eine neue soziale Erzählung von Stadt, in der manche schon Perspektiven für gesellschaftliche Veränderungen ausmachen.

Andere dagegen befürchten vor allem Gentrifizierung und Verdrängung, weil die schöne Erzählung auch von Immobilienunternehmen und vom Stadtmarketing in Wert gesetzt wird. In den letzten Jahren sind genau dort solidarische nachbarschaftliche Strukturen gewachsen, wo Bewohner*innen sich gegen Mieterhöhungen, Räumungen und Verdrängung organisiert haben, wie das Beispiel des „Solidarischen Netzwerks von Nachbarschaft und Gewerbetreibenden in Berlin-Kreuzberg“ zeigt.

Der Hamburger Recht auf Stadt-Aktivist Niels Boeing sieht in solchen Organisationen den Ausgangspunkt für städtische Veränderung, denn: „Die Initiativen der städtischen Bewegungen waren immer dann am stärksten, wenn sie aus einer Nachbar-

schaft heraus entstanden sind.“ In seinem Beitrag illustriert er dies anhand von Erfahrungen der großen Organisationen der letzten Jahre im Stadtteil St. Pauli.

Dass die selbstorganisierte Schaffung von öffentlichen Räumen in der Nachbarschaft auch die Antwort auf dringende soziale Notwendigkeiten sein kann, zeigt das Beispiel des Navarinou-Parks in Athen: Weil es viel zu wenig Grünflächen gab, wurde vor über zehn Jahren eine Fläche besetzt und zu einem offenen selbstverwalteten Park umgestaltet. Geschaffen wurde ein öffentliches Gemeingut für alle oder wie die Aktivistin Evi im

Interview sagt: „Ein Raum der Begegnung und des Austauschs, aber auch ein handfestes Beispiel dafür, dass wir eine andere Art Leben und Nachbarschaft haben können“.

Ein Beispiel aus Chile zeigt, dass die Basis für eine erfolgreiche Organisation als „Gegenmacht“ auch sein kann, sich aus dem offiziell zugewiesenen nachbarschaftlichen Aktionsradius herauszubewegen und kollektiv neue Räume der Intervention auszuloten.

Der Soziologe Francisco Letelier beschreibt das „Barrio“ in Chile als Ort staatlicher Interventionen der postdiktatorischen Regierungen. In kleinräumlichen Politiken der Armutsbekämpfung sollen die städtischen Konflikte eher klein gehalten und kontrolliert werden. Im Interview

berichtet er von einem Projekt in der Stadt Talca, das dagegen zum Ziel hatte, Bewohner*innen und nachbarschaftliche Organisationen angrenzender Viertel zu vernetzen, um dann auf einem größeren Stadtgebiet Veränderungen durchzusetzen – mit Erfolg.

Die widerständigen Perspektiven auf Nachbarschaft auf den folgenden Seiten zeigen: Nachbarschaft kann nicht nur gelebte Gemeinschaft sein, sie kann auch ein kollektiver Stachel und eine echte Gegenmacht sein, die aus dem Kleinen heraus im Großen etwas verändert – für ein Recht auf Stadt für alle.



NACHBAR*INNEN ALLER STADTTTEILE, ORGANISIERT EUCH!

Die postmigrantische, postkapitalistische Stadt für alle wird aus dem politischen Community Organizing in Nachbarschaften entstehen. Die Corona-Krise kann dem einen entscheidenden Schub geben.

NIELS BOEING

Wie kommen wir zu einer Stadt, in der das Recht auf Stadt für alle gilt – und damit das Recht auf Wohnen, das Recht auf Straße, auf Differenz? Auf all das, was die neoliberale Stadt nur als vermarktbar Dienstleistung kennt, wodurch sie fortwährend Ausschlüsse produziert?

Diese Frage beschäftigt seit einem Jahrzehnt städtische Bewegungen in Europa, treibt immer wieder Menschen auf die Straßen und Plätze. Gegen den Mietenwahnsinn, für einen Mietstopp, für Vergesellschaftung von Wohnraum. Für eine demokratische Stadtplanung durch die Bewohner*innen der Stadt, für eine Teilhabe aller, die in der Stadt leben, ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus, ihrer Herkunft. Die unausgesprochene Vision dabei ist die postmigrantische, postkapitalistische Stadt.

Die Auseinandersetzungen darum sind in den vergangenen zehn Jahren immer vielfältiger geworden. Sie haben selbstverwaltete Orte gewonnen, idiotische Bauvorhaben gestoppt. Sie haben solidarische Hilfe für Geflüchtete organisiert. Sie haben den Diskurs über Stadtentwicklung geändert: Die Parteien des parlamentarischen Systems können sich zu den Themen, die städtische Bewegungen setzen, nicht mehr nicht verhalten. Ausblenden war gestern. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte: Gemessen an dem Einsatz der Aktivist*innen über die Jahre, sind wir von einer postmigrantischen, postkapitalistischen Stadt immer noch ziemlich weit entfernt. Das Business as usual läuft, wenn wir ehrlich sind, alles in allem weiter. Eher läuft die Chose so: Kurz vor einer Wahl legalisiert das Rathaus mal ein besetztes Projekt, oder es bläst einen umstrittenen Investorenraum ab. Und dann ist nach dem Wahltag wieder Ruhe. Die nächsten Aktivist*innen, die gegen die nicht nachlassenden Zumutungen anstürmen, holen sich eine blutige Nase. Die Parteienpolitik hat ja gerade nichts zu gewinnen.

So kommen wir noch nicht zu einer Stadt, in der das Recht auf Stadt für alle gilt. Also: Wie könnte es dann gehen? Wie müsste es zugehen?

Meine These lautet: Die postmigrantische, postkapitalistische Stadt für alle wird nur dann entstehen, wenn das Community Organizing in Nachbarschaften *politisch* wird und sich flächendeckend auf das *ganze Stadtgebiet* ausdehnt. Und: Die Initiativen der städtischen Bewegungen waren immer dann am stärksten, wenn sie aus einer Nachbarschaft heraus entstanden sind. Dort, im alltäglichen Zusammenleben, gelang es, Bewohner*innen gegen die Zumutungen der neoliberalen

DIE INITIATIVEN DER STÄDTISCHEN BEWEGUNGEN WAREN IMMER DANN AM STÄRKSTEN, WENN SIE AUS EINER NACHBARSCHAFT HERAUS ENTSTANDEN SIND.

Stadt wirksam und sichtbar zu mobilisieren. Ich halte das inzwischen, nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre, für notwendige Bedingungen.

Manuell Castells hat 1973 in „Kampf in den Städten“ am Beispiel von Paris beschrieben, wie Aktivist*innen versucht haben, Mieter*innen in innerstädtischen Wohnquartieren gegen eine drohende Abriss- und Umwandlungspolitik zu mobilisieren. Castells zeigte: Wo die Aktivist*innen nicht selbst aus den Quartieren stammten, sondern mit dem revolutionären Eifer des Mai '68 von außen dazu kamen, gelang ihnen nur eine kurzzeitige Mobilisierung. Die schaffte es, die Entmietungen und Planierarbeiten zu verzögern, aber nicht, sie zu verhindern. Nach und nach blieben die Mieter*innen, sehr häufig Arbeiter*innen und Migrant*innen, den zwischenzeitlich eingesetzten Stadtteilkomitees fern. Eine Bedingung für einen erfolgreichen Kampf war deshalb für

Castells „eine *politische Organisation* [im Original kursiv], deren aktive Mitglieder im Stadtteil wohnen und die Koordinierung und Erklärung der Kämpfe übernehmen“.¹

Diese Bedingung bestätigen verschiedene Erfahrungen aus den Recht auf Stadt-Auseinandersetzungen in Hamburg. Das möchte ich an drei Beispielen aus St. Pauli verdeutlichen, an denen ich selbst teil hatte.

Als 2009 die Bayerische Hausbau die sogenannten Esso-Häuser am Spielbudenplatz kaufte und bald klarmachte, dass sie die 107 Wohnungen sowie die vorgelagerten Läden abreißen wollte, organisierten Aktivist*innen aus dem Stadtteil gemeinsam mit den Mieter*innen Widerstand gegen die Pläne (siehe auch Común #1). Die Aktivist*innen konnten zunächst die Mieter*innen davon überzeugen, sich auf keine Einzelverhandlungen mit der neuen Eigentümer*in Bayerische Hausbau einzulassen. Die Strategie der Einzelverhandlungen seitens der Investoren hatte übrigens schon Castells in seinem Buch beschrieben.

Zugute kam den Aktivist*innen nicht nur, dass sie im selben Stadtteil lebten, teilweise sogar selbst betroffen waren, sondern auch, dass sie juristische und Kampagnen-Expertise mitbrachten. Es gab nicht nur Demonstrationen, Protest-Happenings oder spontane Versammlungen vor dem Hamburger Büro der Bayerischen Hausbau. Es gelang auch, den Protest in einen Kontext mit neoliberaler Stadtentwicklung zu setzen. Durch intelligente Plakatkampagnen mit Stadtteil-Bewohner*innen konnten sie ihre Sicht auf den Konflikt in den Medien platzieren. Sie konnten, mit einem medienwissenschaftlichen Fachbegriff gesprochen, das „Framing“ des Konflikts ändern. Und zwar in der Art und Weise, dass die Baupläne als unsozial und unzumutbar dargestellt wurden.

Als die Esso-Häuser Ende 2013 wegen einer zweifelhaft belegten Einsturzgefahr auf behördliche Anordnung evakuiert

wurden, brach der Widerstand nicht in sich zusammen. Unterstützt auch durch die Empörung über das „Gefahrengebiet“, zu dem die Polizei den Stadtteil St. Pauli kurze Zeit später, im Januar 2014, für zehn Tage erklärt hatte, setzten die Aktivist*innen für den 8. Februar 2014 eine Stadtversammlung an. Rund 500 Anwohner*innen kamen in den Ballsaal des Millerntorstadions, es bildeten sich Arbeitsgruppen, darunter eine Gruppe für eine Neuplanung des Esso-Häuser-Geländes durch den Stadtteil selbst. Aus dieser Arbeitsgruppe ging die »PlanBude« hervor: eine Planung nach der Methode der *kollektiven Wunschproduktion*, die 20 Jahre zuvor in St. Pauli erfunden worden war.

Rund 2000 St. Paulianer*innen beteiligten sich über fünf Monate an der Planung, die die PlanBude organisierte. Ergebnis: Die ursprünglichen Pläne der Bayerischen Hausbau waren vom Tisch, und stattdessen brachte die gesammelte Expertise des Stadtteils ein Konzept für das Gelände hervor, das nicht der Logik neoliberaler Bodenverwertung entsprach.

Das zweite Beispiel ist die Stadtteilversammlung selbst. Seit jener ersten im Februar 2014 haben acht weitere stattgefunden. Die Idee, dass die Bewohner*innen zusammenkommen, um sich selbstorganisiert zu besprechen, ist inzwischen im Stadtteil gesetzt. Sobald Flyer in den Hauseingängen auftauchen, dass eine neue Versammlung angesetzt ist, spricht sich dies in St. Pauli sehr schnell herum. Während einige politische Parteien diese Versammlungen immer wieder zu verunglimpfen versuchen, diese seien nicht „demokratisch legitimiert“, schert das die Bewohner*innen wenig.

Als im August 2015 über 1000 Geflüchtete in eine Messehalle am Nordrand St. Paulis einquartiert wurden, kamen in einer ersten Versammlung erneut 400 Anwohner*innen zusammen. Innerhalb von anderthalb Stunden organisierten sie eine umfangreiche Nachbarschaftshilfe für die Neuangekommenen, zu der die Behörden nicht fähig gewesen und auch nicht willens gewesen wären. Zusammen mit den Geflüchteten folgte zehn Tage später eine weitere Versammlung, an der 1200 Menschen teilnahmen – Geflüchtete und Anwohner*innen. Damit konnte der Politik eindrücklich gezeigt werden: Wir machen das selber, und wir können das besser als der Behördenapparat. Denn der beschäftigte sich vorrangig mit Schikanen und Blockaden.

Ein drittes Beispiel ist die Initiative »WOHL ODER ÜBEL«, die sich im Mai 2015 in St. Pauli gründete. Wissend, dass die städtische Gewerbeschule in der Mitte des Stadtteils drei Jahre später aufgegeben werden sollte, riefen einige Aktivist*innen ihre unmittelbare Nach-



Stadtversammlung im Ballsaal des Millerntorstadions 2014 | Foto: © Olaf Sobczak

barschaft zusammen. Daraus entstand eine proaktive Planung von einigen hundert Anwohner*innen, wie das Schulgebäude in sozialen Wohnraum für Geflüchtete und von Verdrängung bedrohte Bewohner*innen des Stadtteils umgewandelt werden könnte. In dieses Vorgehen war bereits eine Erkenntnis eingeflossen, die Castells ebenfalls 1973 formuliert hatte: „Man kämpft erst dann gegen die Probleme an, wenn sie auftauchen.“ Initiativen sollten sich nicht in Abwehrkämpfen erschöpfen, sondern in der eigenen Praxis idealerweise irgendwann auch beginnen, die Stadt anders zu formen.

Auch wenn sich in St. Pauli seit den 1980er Jahren eine kritische Masse an Widerständigkeit aufgebaut hat, die es anderswo nicht so geballt geben mag, sind diese Beispiele keine Selbstverständlichkeit. Allen dreien ist gemeinsam, dass sie nicht der Logik klassischer Bürgerinitiativen folgen. Sie kritisieren im Prozess immer explizit die neoliberale Stadtentwicklung und wollen nicht einfach „etwas

Gutes“ für den Stadtteil tun oder „etwas Schlechtes“ verhindern – sie regen dazu an, Stadt anders zu denken und dieses „Andere“ Praxis werden zu lassen. Zweitens sind sie selbst organisiert – ohne professionelle Moderator*innen oder „Quartiersmanager*innen“, erst recht ohne Einbindung von Parteien. Drittens scheuen sie, wenn nötig, die Konfrontation mit der Politik auf der Straße nicht. Und viertens verstehen sie sich als Teil einer sozialen Bewegung, in diesem Falle der Recht auf Stadt-Bewegung.

Damit handeln sie bereits unbewusst im Sinne eines „transformativen Community Organizing“, das Robert Maruschke, Aktivist und Buchautor aus Berlin, seit Jahren einfordert (siehe auch Común #2). Maruschke verweist nämlich zurecht darauf, dass auch die neoliberale Stadtentwicklung längst das Community Organizing entdeckt hat. In der neoliberalen Variante sind grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Zurichtung von Stadt, Selbstorganisation und Konfrontation



jedoch ausdrücklich nicht erwünscht, wie Maruschke am Beispiel der »Bürgerplattform Wedding/Moabit« gezeigt hat. „Die Bürgerplattformen haben somit den Schritt vom Community Organizing zum Community Development gemacht. Sie verstehen sich als Partner einer Stadtentwicklung, die Nachbarschaften entwickeln, ohne Sand im Getriebe sein zu wollen“, kritisiert Maruschke.²

Ein wirklich transformatives Community Organizing braucht indes noch weitere Zutaten als die oben beschriebenen. Um eine Nachbarschaft in ihrer Breite zu mobilisieren, ist eine klare Sprache nötig, die sich weitestgehend eines akademischen Jargons enthält. Die Sprache kann kämpferisch, aber sie darf nicht abgehoben sein. Es muss eine gemeinsame Sprache sein, die auch Bewohner*innen einschließt, die sich in der täglichen Diskriminierung, etwa durch Hartz IV oder aufgrund ihrer Herkunft daran gewöhnt haben, dass ihre Stimme nicht gehört wird.

Zudem braucht es einen eigenen, selbstverwalteten und zugleich offenen Ort, um die Mobilisierung sichtbar im Stadtteil zu verankern. Cafés und Kneipen eignen sich aufgrund des Zwangs, Getränke zu konsumieren, hierfür nicht.

Langfristig ist die entscheidende Aufgabe, die Mobilisierung in den Alltag zu tragen. Alltag heißt: gemeinsam alltägliche Probleme lösen, neue Ideen für ein anderes, solidarisches Alltagsleben auszuprobieren, bei denen es gerade nicht darum geht, sich selbst oder Immobilien „in Wert“ zu setzen. Einzelne Projekte, wie einen Investoren-Unsinn zu verhindern oder ein Gebäude anders und emanzipatorisch zu planen, sind ein notwendiger Anfang. Aber es bleiben noch exemplarische Einzelprojekte, aus denen die eigentliche Transformation erst hervorgehen wird. Henri Lefebvre schrieb bereits 1974, „dass das Alltagsleben die Ressourcen, die versteckten Reichtümer enthält, die jene Umwandlung ermöglichen“ – die Umwandlung hin zu einer neuen Gesellschaft.³

Den Alltag zu transformieren, kann nur auf der Ebene der Nachbarschaften und Stadtteile gelingen. Es ist zugleich die schwerste Aufgabe, die soziale Bewegungen meistern müssen. Sie erfordert viel Geduld, Empathie, Respekt und praktisches Handeln. Sie muss auch im ersten Anlauf Differenzen aushalten, weil das Tun und Sprechen der Bewohner*innen nicht automatisch von derselben Erfahrung, derselben Weltsicht ausgeht. Für mich ist dies die Aufgabe der 2020er Jahre für die städtischen sozialen Bewegungen. Denn auch wenn in den Beispielen aus St. Pauli schon die Richtung erkennbar ist, haben sie es nicht geschafft, den Alltag im Stadtteil zu transformieren. Von einer flächendeckende Ausdehnung des Ansatzes auch nur auf größere Teile des Hamburger Stadtgebietes kann keine Rede sein.

Die aktuelle Corona-Krise, so brutal sie für uns alle ist, könnte dieser Transformation einen entscheidenden Schub geben, weil sie uns zu einem solidarischen, lokalen Handeln zwingt. Die nachbarschaftlichen Strukturen, die in diesen Wochen entstehen, dürfen indes nicht bei der praktischen Hilfe etwa bei Einkäufen stehenbleiben. Sonst wären sie nichts weiter als eine Notstandsverwaltung, die der durchregierende Staat gerne auf die Bewohner*innen abwälzt – ganz im Sinne des Neoliberalismus, dem eine Solidarität der Not recht ist, die keine Ansprüche stellt.

Es geht also nicht um ein „Lob der Nachbarschaften“. Nachbarschaften können reaktionär sein. Dass Menschen sich zusammentun, die in denselben Straßenzügen wohnen, ist nicht von sich aus emanzipatorisch. Es geht darum, zu verstehen, dass der bürgerliche Staat nicht frontal angegriffen werden kann, sondern von unten an vielen Orten in vielen Akten der Solidarität, des gemeinsamen Widerstands und der gemeinsamen Experimente durchlöchert werden muss – und kann.

► **Niels Boeing** (nbo) ist Journalist, Autor, Reisender und seit der Gründung 2009 aktiv im Hamburger Recht auf Stadt-Netzwerk. 2015 hat er in der Edition Nautilus die Flugschrift „VON WEGEN. Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft“ veröffentlicht. > allesaufnull.net, > rechtaufstadt.net
> Kontakt: nbo@lomu.net

► Belege

- 1 Manuell Castells: „Kampf in den Städten“, VSA 2012 (Original: „Luttes urbaines et pouvoir politique“, 1973)
- 2 Thomas Wagner im Gespräch mit Robert Maruschke: „Bürgerplattformen wollen kein Sand im Getriebe sein“, junge Welt, 10.11.2012
- 3 Henri Lefebvre: „Kritik des Alltagslebens“, Band 1, Hanser 1974

„MAN MUSS NACHBARSCHAFT AUCH DURCH POSITIVE MOMENTE SCHAFFEN“

In Berlin Kreuzberg wehren sich Initiativen im »NaGe-Netz« gegen Verdrängung und erschaffen dabei auch „Nachbarschaft“ neu

INTERVIEW: MARTIN KRÄMER



Der lokale Raum als Ort des Zusammenkommens und des politischen Aktivismus hat in Berlin-Kreuzberg eine lange Tradition. Der Stadtteil ist seit einigen Jahren besonders betroffen von Verdrängungsprozessen. Im Zuge dessen sind auch neue Initiativen entstanden. Vor einigen Jahren wurde das »NaGe-Netz« gegründet – das »Solidarische Netzwerk von Nachbarschaft und Gewerbetreibenden«. Connie Wagner von der Initiative »Ora Nostra«, einer der Trägerinitiativen des Netzes, erzählt im Interview, was sich in Kreuzberg verändert hat und wie im Widerstand gegen Verdrängung neue Nachbarschaften entstehen.

Connie, du bist von der Initiative »Ora Nostra«, die Teil des »NaGe-Netzwerks« ist. Wer seid ihr?

Wir sind Menschen aus inhabergeführten und auch kollektiv geführtem Gewerbe im Einzelhandel, Handwerker*innen, Mitarbeiter von Sozialeinrichtungen und ärztlichen Versorgungseinrichtungen, Kunstschaffende im Oranienstraßenkiez. Wir machen aktive Unterstützungsarbeit für die von Verdrängung Bedrohten.

Wer ist bei euch aktiv?

Vor allem Frauen. Die Jüngste bei uns ist 45. Wir leben fast alle schon ewig in Kreuzberg. Wir waren früher schon politisch aktiv, viele waren Hausbesetzer*innen.

Die, die heute die treibenden Kräfte sind, waren eigentlich immer schon aktiv.

Wie entstand das »NaGe-Netz« und wie seid ihr organisiert?

Beim gemeinsamen Kochen der »Ora Nostra« ist die Idee aufgekommen, wir müssten uns besser mit anderen vernetzen. Das erste NaGe-Treffen war dann in einen Biergarten, damit man sich auf niedrigschwelliger Ebene kennenlernt. Wir treffen uns jetzt monatlich.

Mit der Zeit sind neue Gruppen dazugekommen. Die sind nicht immer alle dabei. Künstler*innengruppen kommen auch und stellen ihre Kunst vor. Auf den Treffen

werden auch Recherchen über Immobilienunternehmen vorgestellt, aktuell zum Beispiel von der Initiative vom Hermannplatz. Auf den Treffen beraten wir gemeinsam, was man tun kann. In der Folge machen häufig auch neue Leute bei den vorgestellten Projekten mit.

Die »Ora Nostra« ist ja als Vernetzung schon seit 2017 aktiv. Wo interveniert ihr konkret und wie ist das Verhältnis zwischen Politischem und Sozialem?

Wir sind pragmatisch orientiert und überlegen uns immer neue Möglichkeiten, um mehr Menschen mit einzubeziehen. Nicht nur durch Kundengebungen. Wir haben zum Beispiel einmal den Heinrichplatz einen Tag „besetzt“. Dort haben wir ein Wohnzimmer aufgestellt. Im Vorfeld hatten wir Kiezgeschichten in die Schaufenster im Oranienkiez gehängt und Leute dazu interviewt, was früher positiv war, wie sich ihr Leben verändert hat und was sie stört. Das haben sich die Anwohner*innen auf dem Heinrichplatz dann über Stunden angehört.

Was ist die Folge von solchen Aktivitäten? Entsteht so Nachbarschaft?

Ja, das ist konkret passiert bei einem Projekt der »nGbK« (»neue Gesellschaft für bildende Kunst« – ein Kunstverein auf der Oranienstraße; MK). Die hatten das Projekt „Leben im Dissenz“ gestartet. Die Ausgangsfrage war: Wie hat sich die Oranienstraße verändert? Die haben Leute von uns angesprochen, wir haben dann Interviews mit Anwohner*innen und Gewerbetreibenden gemacht. Die Ergebnisse wurden auf Karten eingetragen.

Es war ein großer Aufwand, aber es war auch gut, um beschreiben zu können, wie sich die Straße verändert hat, wie Fachgeschäfte verschwinden und nun allein hier 56 Trinkhallen als vor allem touristisches Angebot eröffnet wurden.

Durch die Interviews erfährt man viel mehr von den Mieter*innen als allein durch den Gang über die Straße. Es gibt in der Oranien-

straße meistens Hinterhöfe. Erst durch die Gespräche mit Bewohner*innen haben wir erfahren, wie die sich verändert haben, wer da heute Gewerbieter*in ist, wer da früher war und wie sich auch das Leben der Mieter*innen selbst verändert hat. Darüber haben wir auch Kontakt zu Menschen bekommen, die bei StartUp-Unternehmen arbeiten. Es werden ganze Etagen, die schlecht saniert sind, an StartUps vergeben. Menschen aus der halben Welt werden angeworben, die kommen dann einige Monate nach Berlin und bekommen ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft vermittelt, das sie wieder verlieren, wenn sie nicht mehr für die Firma arbeiten. Und dann gehen sie wieder weg. Wir haben mit Menschen gesprochen, die waren schon in London oder Brüssel. Sie arbeiten bis spät in die Nacht.



das auch zusammengedacht werden. Die Nachbarschaft erlebt häufig eine Verdrängung von Gewerbe und Wohnraum gleichzeitig. Wir erleben aber das Nebeneinander der Ressorts und nicht die gemeinsam gestellte Frage, wie man eine Stadt voranbringen möchte.

Danach hat sich etwas verändert. Wir hatten einige Nachbar*innen, die immer alles unterschrieben haben, was ihnen die Hausverwaltung vorlegte. Da haben wir gesagt, nein das müsst ihr nicht tun. Die Hausverwaltung hat versucht, uns einzuschüchtern. Dazu haben sie sich eine alte Frau ausgesucht, eine 98-jährige Mieterin, die sie unter Druck setzten. Sie wurde angerufen und ihr wurde gesagt: „Sie sind schon so alt, sie wollen doch nicht die Wohnung verlieren.“ Sie war aus dem Häuschen und hat ihre Nachbar*innen gefragt, ob sie die Mieterhöhung nicht doch unterschreiben sollte.

Dann haben wir uns getroffen und die Verwaltung besucht. Wir haben die aufgefordert, die Mieterhöhung zurückzunehmen und sich bei der Frau zu entschuldigen. Wir haben nicht eher Ruhe gegeben, bis sie da auch wirklich angerufen haben. Seit dieser Zeit kennen wir uns besser, der Kontakt ist geblieben.

Wir tauschen uns gemeinsam aus, wenn einzelne Mieter*innen angegriffen werden. Nun haben wir zum Beispiel alle das gleiche Laminat, weil wir uns gegenseitig geholfen haben das zu legen. Und wir haben Hoffeste gemacht – man muss Nachbarschaft auch durch positive Momente schaffen, nicht nur über Probleme. Um dahin zu kommen, braucht es wohl meistens zwei, drei Leute, die den Motor anlassen. Man muss die Leute auf ihren Ebenen abholen, dann gibt es

enorme Potenziale, man darf sie nur nicht überfordern.

Wenn wir bei Problemen einen Brief an die Verwaltung aufsetzen, dann unterschreiben jetzt alle. Das wäre früher nie vorgekommen. Die Erfahrung ist: Gemeinsam ist man stark.

Es gibt doch bestimmt auch Konflikte: Wie geht ihr damit um?

Es passiert schon, dass wir uns auch mit einer Meinung konfrontieren lassen, vor der einzelne sich fürchten oder wo sie sagen, das können wir nicht machen, dann werden wir verklagt. Das ist ok, die Menschen sind dann vielleicht bereit auf anderen Ebenen aktiv zu werden. Es müssen nicht alle das gleiche tun, man muss aber die Akzeptanz haben andere auszuhalten, die eine andere Meinung haben. Das ist eine gewisse Toleranz, die sich bei uns eingebürgert hat.

Ist Nachbarschaft deinem Eindruck nach wichtiger geworden?

Wenn man den erweiterten Begriff der Nachbarschaft nimmt, ist das wichtiger geworden. Die Vereinsamung, die immer noch da ist, hat abgenommen. Sie ist dem Gefühl gewichen, dass man sich kennt. Man hat Grundvertrauen in andere Menschen. Das hat sowas dörfliches ohne diese starre Dörflichkeit. Menschen sind interessierter aneinander geworden.

In Zeiten von Corona fragt man sich jetzt gegenseitig, ob man helfen kann. Da geben die Menschen jetzt ihre Schlüssel weiter, das hätte es früher nicht gegeben. „Ich bin nicht alleine“ ist ein übergreifendes Gefühl.

„ES MÜSSEN NICHT ALLE DAS GLEICHE TUN, MAN MUSS ABER DIE AKZEPTANZ HABEN ANDERE AUSZUHALTEN, DIE EINE ANDERE MEINUNG HABEN.“

Die können dann nicht arbeiten, wenn dann da noch eine Reparaturwerkstatt ist. Die bisherigen Mieter*innen wollen dort gerne ausziehen. Die Wohnungen werden immer häufiger umgewandelt in Ferienwohnungen. Da kommt trotz Zweckentfremdungsverbot auch das Bezirksamt nicht hinterher.

Wenn die Verwaltung nicht hinterherkommt: Was ist mit der Politik? Wie ist euer Verhältnis zur Lokalpolitik?

Wir haben so das Gefühl, dass die Politiker*innen von der Hand in den Mund leben und nicht mehr genau mitbekommen, was wirklich passiert. Einige sind gutwillig, aber sie planen nicht auf lange Sicht. So wird sich die Lage so entwickeln, dass die Stadtkerne weiter entvölkert werden.

Wirtschaft, Soziales und Kultur werden in unserem Netzwerk zusammengedacht, aber bei der Stadt betrifft das verschiedene Ressorts, die nicht eng zusammenarbeiten. In der Stadtplanung müsste

Wenn du von Nachbarschaft sprichst, worauf beziehst du dich dann?

Nachbarschaft meint für mich nicht unbedingt, dass man in einer Straße leben muss. Das kann auch auf den Kiez bezogen sein. Menschen tun sich in einem Bezirk zusammen, weil sie eine gemeinsame Thematik haben oder etwas zusammen machen. Für mich ist das mehr etwas Soziales als etwas Geographisches.

Und wie erlebst du in deiner direkten Nachbarschaft dieses Zusammentun?

Ich wohne in einem Sozialen Wohnungsbau aus den 1970er Jahren. Wir kannten uns lange gar nicht so gut, man hat sich nur gegrüßt. Das Viertel gehört einem Investmentfond. Das Unternehmen hat uns ziemlich schikaniert und alle einzeln verklagt. Wir haben uns dann zusammengeslossen, sind zusammen vor Gericht gegangen und haben gemeinsam gejubelt, wenn wir einen Prozess gemeinsam gewonnen haben.

► **Martin Krämer** ist stadtpolitischer Aktivist u.a. beim Netzwerk »Recht auf Stadt Ruhr«, Mit-Koordinator des bundesweiten »Netzwerk Mieten und Wohnen«, aktiv im Aktionsbündnis »Gemeinsam gegen Mietswahn und Verdrängung« und Teil der Común-Redaktion.

„DER NACHBARSCHAFTLICHE RAUM WIRD IN EINEN POLITISCHEN RAUM VERWANDELT“

Interview mit dem chilenischen Soziologen und Geographen Francisco Letelier über ein Projekt in Talca, in dem Bewohner*innen erfolgreich eine neue Ebene der Mitbestimmung ausloteten

INTERVIEW: KRISTIN SCHWIERZ

In Chile ist Stadtplanung dem Modell der neoliberalen Stadt – mit einem liberalisierten Bodenmarkt und einer unregulierten Immobilienwirtschaft – untergeordnet. Die ärmeren Bewohner*innen werden seit Jahrzehnten an die Ränder gedrängt: in Wohnvierteln des sozialen Wohnungsbaus, in denen sich die sozialen Probleme nur verschärfen. Stadtplanerische Programme haben hier vor allem das Ziel der Armutsbekämpfung und werden sehr kleinräumlich in den *Barrios* eingesetzt, um das Wohnumfeld zu verbessern.

Diese Viertel sind häufig isoliert, die offiziellen nachbarschaftlichen Vertretungen kaum untereinander vernetzt. Genau daran wollten zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Bewohner*innen in Talca – einer Großstadt mit 220.000 Einwohner*innen in der Region Maule, etwa 300 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago – etwas ändern. 2014 initiierten die Nichtregierungsorganisationen »SUR Corporación de Estudios Sociales« und »Surmaule« mit der »Universidad Católica del Maule« in einer mehrjährigen Kooperation das Projekt »Territorio y Acción Colectiva« (Stadtgebiet und kollektives Handeln). Es befähigte die Bewohner*innen dazu Veränderungsprozesse über ihr Wohnviertel hinaus anzustoßen. Im Herbst 2019 wurden die Erfahrungen aus dieser Arbeit, zusammen mit historischen und aktuellen Analysen zu Stadtpolitik und Nachbarschaft, in dem Buch „Lo vecinal en Chile“ (Nachbarschaft in Chile) veröffentlicht.

Francisco Letelier lebt in Talca, ist Mitautor des Buches und war einer der Koordinator*innen des Projekts. Im Interview erzählt er, warum stadtpolitische Interventionen die Ebene des Barrios verlassen müssen, welche Erfolge die Organisation über die Nachbarschaft hinaus hat und wie die historischen Massenproteste, die im Herbst 2019 in Chile begannen, den Alltag in den Nachbarschaften nachhaltig verändern.

In eurem Buch schreibst du, dass man unterscheiden muss zwischen dem gelebten Barrio und der Ideologie des Barrios. Also gibt es das Barrio als realen Bezugsraum für die Bewohner*innen, aber das Barrio als Begriff ist eine Erfindung der postdiktatorialen Regierungen?

In Chile gibt es drei Ideen des Barrios: Das Barrio als Ort des alltäglichen Lebens, in dem es Beziehungen zwischen den Menschen gibt und Raum für Kollektivität und Widerstand. Das ist das „gelebte Barrio“ (*Barrio vivido*). Dann gibt es das „verkaufte Barrio“ (*Barrio vendido*), also eine Vorstellung des Barrios, die benutzt wird, um Wohnungen auf dem Markt anzubieten – das Leben im Barrio wird dabei marketingmäßig mit Begriffen wie Ruhe, Homogenität und Sicherheit verkauft. Drittens: das geplante Barrio (*Barrio concebido*) – das Barrio als Instrument staatlicher Politik, als Dispositiv, das den Zugriff des Staates auf das Städtische erlaubt – eine Ideologie, die darauf abzielt die Vorstellung einer fragmentierten Stadt zu schaffen, wo jeder Teil nur auf sich selbst schaut und nicht auf das Ganze.

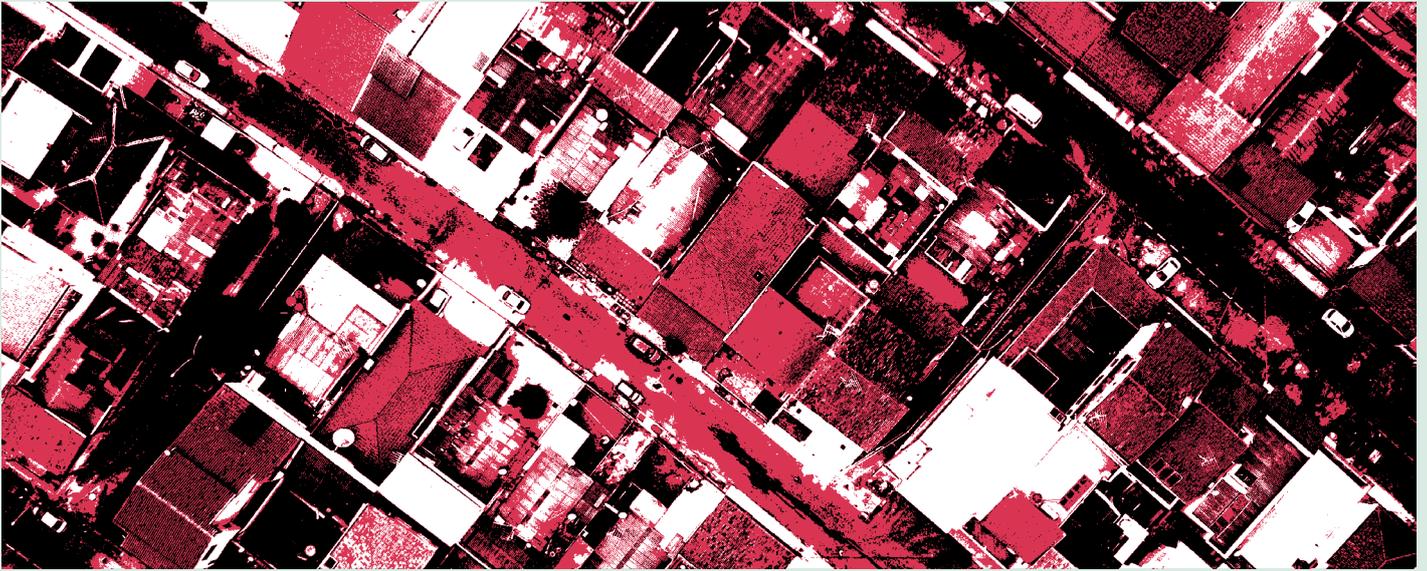
Jede der genannten Ideen des Barrios verkürzen den Blick auf das urbane, nachbarschaftliche Leben, halten es im Zaum und erschweren es den Menschen eine Verknüpfung zu den größeren städtischen Prozessen – zur Stadt – herzustellen.

Es ist nicht so, dass die postdiktatorialen Regierungen das Barrio erfunden hätten. Was sie gemacht haben, ist, ein bestimmtes Konzept des Barrios, eine Vorstellung dessen, was das nachbarschaftliche städtische Leben sein soll, durchzusetzen: geordnet, erstarrt und fragmentiert. Im Fall Chiles haben die postdiktatorialen staatlichen Politiken die Stadt in kleine Parzellen zerstückelt, jede mit jeweils eigener Nachbarschaftsorganisation. Das Alltagsleben wurde vom Politischen abgetrennt. Dadurch sind städtische Strukturen zur Durchsetzung eigener Anliegen enorm schwach.

Das Programm »Territorio y Acción Colectiva« hat ihr also aus der Kritik dieser kleinräumlichen staatlichen Politiken heraus entwickelt?

Die Idee ist aus der Suche nach einem anderen städtischen Handlungsradius entstanden. Zwischen 2002 und 2013 unterstützten wir die Ausbildung von zahlreichen Multiplikator*innen in der Stadt. Diese bildeten sich in stadtpolitischen Fragen und bürgerschaftlichem Engagement weiter und dann kamen sie zurück in ihre Barrios, in ihre *Poblaciones* – und waren allein. Sie hatten nun eine andere Sicht auf die Stadt, aber sie verfügten über keine Netzwerke, um einen Wandel städtischer Probleme zu bewirken. Es gab einfach keine Handlungsebene zwischen dem Wohnviertel und der Stadt als Ganzes. Deshalb haben





wir uns gesagt, die Stadt ist zwar wichtig, aber sie ist von der Ebene her zu hoch und die *Población* ist zu kleinräumlich, um Veränderungen zu bewirken. Also haben wir angefangen nach einer Zwischenebene zu suchen. Es kam dann die Idee auf, gemeinsam mit den Nachbarschaftsorganisationen die Schaffung eines städtischen Raums zwischen der *Población* und der Stadt auszuloten, der mehr Handlungsmacht ermöglicht.

Das Programm war also eine Art Fortbildung?

Es gab vier Komponenten: Eine Komponente der Stadtgebietsanalyse, also zu lernen auf eine andere Art und Weise auf das Stadtgebiet zu schauen, ein bisschen aus der *Población* herauszukommen und ein größeres Umfeld und die Stadt als Ganzes in den Blick zu nehmen, aber von einem bestimmten Ort aus. Dann eine assoziierende Komponente mit der Idee, die Bildung eines Netzwerks zwischen den Organisationen zu fördern, die stadträumlich vom gleichen Gebiet aus agieren und ähnliche Probleme teilen. Eine politische Komponente, die beinhaltete, eine viel ambitioniertere Agenda aufzustellen als die traditionellen nachbarschaftlichen Agenden und diese mit der Lokalregierung zu diskutieren. Und es gab eine Komponente, bei der es um politische Öffentlichkeitsarbeit ging.

Die ersten drei Jahre (2014–2016) waren sehr intensiv, mit viel Arbeit und Begleitung

vor Ort. In den letzten beiden Jahren des Programms (2017–2018) haben wir angefangen uns Stück für Stück zurückzuziehen. In mindestens zwei der drei Wohngebiete, in denen wir gearbeitet haben, ist es gelungen, Akteur*innen zusammen zu bringen und eine größere Handlungsmacht zu entwickeln, die die Nachbarschaftsorganisationen bisher nicht hatten. Mit dieser neuen Handlungsmacht wurde ein Wandel in der Handlungslogik der politisch Verantwortlichen

„DIE MEHRHEIT WAREN LEUTE – VOR ALLEM FRAUEN – DIE EINE FÜHRENDE ROLLE IN NACHBARSCHAFTS- ODER ANDEREN SOZIALEN ORGANISATIONEN INNEHABEN.“

angestoßen und Veränderungen in den Wohngebieten erzielt. Das ist in Chile ziemlich gegen den Strich!

Solche Erfahrungen reichen aber nicht, es braucht einen Wandel in der staatlichen Politik und eine Veränderung der gesetzlichen Regelungen von Beteiligungsprozessen auf dieser erweiterten Stadtgebietsebene. Deshalb haben wir die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung aufgeworfen.

Was sollte ein neues Gesetz genau regeln?

Zum einen würde es formaljuristisch nachbarschaftliche Zusammenschlüsse auf einer höheren Ebene als der *Población* oder des Barrios

ermöglichen und anerkennen – in dem Gesetzesentwurf wird das „Junta Territorial“ (Stadtgebietsvereinigung) oder „Mesa Territorial“ (Stadtgebietsausschuss) genannt. Zweitens würde es diesen dann eine Reihe an Zuständigkeiten zusprechen, sie also auch mit Handlungsmacht ausstatten. Die jetzige Gesetzgebung sieht grundsätzlich nur das Recht auf Information und Petition für Nachbarschaftsorganisationen vor. Es gibt keinerlei Mitbestimmungsrechte.

Nochmal zurück zu eurem Programm: Wer hat teilgenommen? Waren es die Teilnehmenden aus dem von dir erwähnten Multiplikator*innen-Programm, dass ihr davor gemacht habt oder auch neue Leute?

Ja, die Mehrheit waren Leute – vor allem Frauen – die eine führende Rolle in Nachbarschafts- oder anderen sozialen Organisationen innehaben. Es beteiligten sich aber auch ganz normale Nachbar*innen, die keine Funktionsträger*innen waren – einige sogar ziemlich engagiert. Sie sind auch heute noch aktiv. Tatsächlich ist es so, dass sich Leute aus den „traditionellen“ Nachbarschaftsorganisationen eher wenig

einbringen und die normalen Leute und informelleren Organisationen sich stärker engagieren.

Was war aus deiner Perspektive der größte Erfolg in dem ganzen Prozess?

Ich glaube der größte Erfolg war, sich selbst bewiesen zu haben, dass eine Erweiterung des Handlungsfeldes bewirkt, dass sich die Einflussmöglichkeiten im eigenen Wohngebiet deutlich erhöhen. Wenn ich auf die politisch Verantwortlichen mit einem breit organisierten Netzwerk zugehe, verändert das meine Verhandlungsposition. Das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die öffentliche Investitionspolitik. Gleichzeitig werden einige der Verantwortlichen es dann als „richtig“ ansehen, Forderungen oder Vorschlägen von Bürger*innen entgegenzukommen. Im Grunde ist der größte Erfolg eine räumliche Steuerungsebene, eine zivilgesellschaftliche Handlungsebene nachgewiesen zu haben, die es vorher so nicht gab.

Kannst du uns dafür konkrete Beispiele nennen?

In einem der drei Wohngebiete gab es zwei Dinge, die besonders interessant sind: Zum einen wurde ein 12.000 Quadratmeter großer Park angelegt, der quer durch das gesamte Gebiet geht und zwei Zonen verbindet: eine Zone, die neuer und ärmer ist und eine schon längere bestehende mit weniger Armut. Die Nachbar*innen haben also entschieden, dass genau hier

investiert wird. Ihr Entwurf wurde umgesetzt und der Park angelegt.

Zum anderen: Dieses Jahr startet ein Masterplan zum Stadtteilumbau als Kooperation zwischen der Universität, der »SUR Corporación«, der Stadtverwaltung und den Bewohner*innen – das gab es vorher in der Stadt noch nie und in Chile ist das sehr selten. Und es gibt dabei noch einen Sprung nach vorne, was die Logik des Stadtumbaus betrifft: Es gibt ein staatliches Förderprogramm das heißt »Quiero mi Barrio« (Ich liebe mein Barrio), das typisch ist für die Idee des „geplanten Barrios“, weil es nur in einer ganz klar umgrenzten Siedlung greift, wo dann investiert wird. Wir haben erreicht, dass zwei »Quiero mi Barrio«-Projekte gebündelt werden – in der Logik des Stadtgebiets und nicht in der Logik der Siedlung. Das

ist das erste Mal, dass zwei solcher Projekte auf einem erweiterten Gebiet angewendet werden.

Euer Buch ist inmitten der Massenmobilisierungen 2019 in Chile erschienen, wo die Menschen sich massenhaft selbst organisieren und artikulieren. In mehr als 200 Asambleas in ganz Chile – das ist eine neue Qualität der Selbstorganisation...

Das Buch ist etwas früher erschienen. Als wir es beendet haben, wussten wir tatsächlich nicht, was passieren wird. Aber im Epilog sprechen wir von der Herausforderung, die Frage der Nachbarschaft mit der Frage der Stadt und der Frage der Gesellschaft zu verknüpfen. Bis jetzt wurden die Barrios immer so betrachtet als würden sie in den großen Diskussionen wie zum Beispiel um die Renten, die Gesundheit und die Bildung nur am

Rande vorkommen. Und was nun seit Oktober 2019 in Chile geschieht – gleichzeitig mit der gesellschaftlichen „Explosion“, mit der Unzufriedenheit die sich entlädt – das ist die Politisierung des Alltags, das ist eine bestimmte Praxis der Diskussion von Themen, die früher naturalisiert wurden als Probleme die einfach da sind und die man nicht ändern kann. Das hat sich nun umgekehrt: man muss etwas verändern und man kann auch sehr wohl etwas verändern.

Es werden Begegnungen geschaffen zwischen Studierenden, politischen Akteur*innen und Nachbar*innen an ganz verschiedenen Orten in Chile – virtuose Begegnungen, die erneut den nachbarschaftlichen Raum in einen politischen Raum verwandeln, zumindest für Diskussionen und Demonstrationen. Nachbar*innen haben die Gelegenheit

ergriffen und angefangen andere Leute zu suchen, die ihnen helfen, zu verstehen, was gerade passiert – in unzähligen *Poblaciones*, *Barrios*, *Villas* in Chile, in öffentlichen Dialogrunden (*Conversatorios*), Foren, Räten (*Cabildos*), Treffen – um hier im nachbarschaftlichen Umfeld gesamtgesellschaftliche Fragen zu diskutieren. Wir wissen heute noch nicht, wohin das weitergeht und ob das von Dauer ist, wir sind ja noch mitten drin. Aber ich habe den Eindruck, dass das, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, den Prozess der Politisierung der Nachbarschaften und Barrios um Jahre vorangebracht hat.

► **Kristin Schwierz** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion



► **Illustrationen:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung von Fotos von Programa Territorio y Acción Colectiva, Kande Bonfim, Sergio Souza und el viejo Iván

HINTERGRÜNDE UND BEGRIFFE

Die staatlichen Politiken, wie sie die Autor*innen von „*Lo vecinal en Chile*“ kritisieren, haben ihren Ursprung in dem neoliberalen Modell des „sozialen“ Wohnungsbaus in Chile, das in den 80er Jahren unter der Militärdiktatur (1973–1990) installiert wurde. Der Staat vergibt dabei individualisierte Zuschüsse, die aber an Bauunternehmen gehen. Diese bauen dort, wo es am billigsten ist – an den Rändern der Stadt, zum Teil bar jeglicher städtischer Infrastruktur. Diese Politik wurde auch von den Regierungsbündnissen nach der Diktatur fortgesetzt. Während anfänglich die Politik noch auf das „Problem“ der informellen Siedlungen gerichtet war, wurden die Maßnahmen später darauf fokussiert, die Probleme in den neu geschaffenen Wohngebieten zu beseitigen – am System hat sich jedoch bis heute nichts geändert.

Der Begriff „*Postdiktatur*“ verweist darauf, dass es in Chile institutionell – zum Beispiel was die Verfassung und das gesamte ökonomische Modell betrifft – mehr Kontinuitäten als grundlegende Veränderungen beim Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie gab.

Die Abgrenzung von *Población* zu *Barrio* ist nicht trennscharf und wird im Interview z.T. synonym verwendet. Daneben gibt es in Chile als Bezeichnung auch noch *Villa* und für informelle Siedlungen *Campamentos*. *Población* ist in Chile ein sehr gängiger Begriff für die Wohnviertel von Arbeiter*innen und der ärmeren Bevölkerung.

Mit „*traditionellen*“ Nachbarschaftsvertretungen sind die „*Juntas de vecinos*“ gemeint, die schon seit den 1960er Jahren gesetzlich verankert sind.

„*Lo vecinal en Chile*“ gibts zum kostenlosen Download hier:

► sitiosur.cl/para-descargar-lo-vecinal-en-chile

Mehr Infos zum Projekt: ► tac.elci.cl

MIT DER SPRACHE DES BEISPIELS

Der nachbarschaftlich organisierte Navarinou-Park in Athen

INTERVIEW: SALLY SPYROPOULOU



Der Navarinou-Park im Athener Stadtteil Exarchia wurde im März 2009 besetzt und kürzlich zu einem großen Spielplatz umgestaltet, dem einzigen in der Umgebung. Mit Nikos und Evi, aktiven Mitgliedern des Parkplenums, sprach Sally Spyropoulou im Februar 2020 per Skype.

Beschreibt bitte den Platz etwas, damit wir uns ein Bild machen können.

NIKOS: Der Park hat eine Gesamtfläche von 1470 qm. Die Fläche war ungenutzt, bevor sie besetzt wurde. Zuvor war sie ein gebührenpflichtiger Parkplatz. Das Grundstück war im Besitz der griechischen Ingenieurskammer. Damals hieß es, dass sie hier Büros bauen wollte. Die Stadt Athen hat sehr wenige Grünflächen und Freiräume. Wir alle hier leiden darunter. Und so haben wir, die Bewohner*innen und

Kollektive im Viertel, überlegt und beschlossen, diesen Raum zu besetzen und selbst zu gestalten.

Wie sieht es dort aus? Stehen darauf Bäume?

NIKOS: Ja, hauptsächlich Bäume. Wir haben auch einen kleinen Garten, wo wir Gemüse und Blumen anpflanzen, aber im Wesentlichen ist der Park ein Grünraum. Auf einer Seite gibt es einen kleinen Hügel mit einer Tribüne, den wir als Theater- und Veranstaltungsfläche nutzen. Wir haben auch einen Container, den wir für unser Material und für den Speise- und Getränkeverkauf bei Versammlungen und Festen nutzen. Es gibt einen kleinen Spielplatz für Kleinkinder und auf der übrigen Fläche stehen Spielgeräte für ältere Kinder.

Wer hat den Spielplatz gebaut?

NIKOS: Wir, die Mitglieder des Plenums, die den Park seit

all den Jahren betreiben und unterhalten. Zur Finanzierung organisierten wir eine Kampagne mit Verzehrgutscheinen und Onlinewerbung, die in Athen und im In- und Ausland viele Menschen erreicht hat. Und wir hatten auch Glück, denn das Material bekamen wir von einem Spielplatz, der gerade aufgelöst wurde. Die Spielgeräte transportierten wir hierher, reparierten sie und stellten sie auf.

Ihr macht alles ehrenamtlich. Was gibt Euch der Park, dass ihr so viel Zeit und Kreativität für diesen Raum aufbringt?

NIKOS: Du hast das magische Wort verwendet: Kreativität. Am ersten Tag war es für mich ein leerer, asphaltierter Platz. Wenn du ihn dann aufgräbst und Erde darauf gibst und siehst, wie die Bäumchen, die du gesetzt hast, allmählich aus dem leblosen Zement wachsen, ist das für mich

etwas Magisches. Es ist das Kreativste und Schöpferischste, was man tun kann.

EVI: Es stimmt, dass alle, die in diesem Projekt mitmachen, viele Stunden ihrer wenigen Freizeit einbringen. Für mich ist der Park ein Begegnungsraum, in dem man aus seinem Einzelleben, aus der Routine Arbeit-Wohnung-Konsum-Fernsehen herauskommt. Der Park hilft uns dabei, auch die Dinge, die über uns selbst hinausgehen, wie die Gesellschaft und das Viertel, in einem sozialen und politischen Kontext zu sehen. Der Park ist ein Raum der Begegnung und des Austauschs, aber auch ein handfestes Beispiel dafür, dass wir eine andere Art Alltag, eine andere Art Leben und Nachbarschaft haben können.

Macht ihr auch Veranstaltungen?

NIKOS: Ja, wir machen Kinderfeste mit Musik, Theater und anderen Aktionen. Wir organisieren auch politische Diskussionen und ein Open-Air-Kino im Sommer.

EVI: Zu den Kinderfesten laden wir die Eltern und alle ein, die mit der Zubereitung von Speisen oder der Organisation von Kinderaktionen beitragen möchten. So können sich Personen einbringen, die nicht in unserem Plenum aktiv sind.

Ist der Eintritt frei?

NIKOS: Immer. Außer es gibt einen besonderen Grund, etwa wenn eine Gruppe zu Gast ist, die das Geld benötigt. Dann geht eine Dose für einen freiwilligen Beitrag rum.

Beruht der Betrieb des Parks auf irgendeiner Art von Rechtsform?

NIKOS: Es gibt keine Rechtsform. Wir sind ein offenes Plenum mit politischem Charakter.



EVI: Wir möchten, dass der Park ein öffentlicher Raum ist, im Sinne des offenen, gemeinsamen Raums für alle.

Wie stellt ihr den Schutz der Kinder sicher?

NIKOS: Es gab immer schon Kinder hier. Am Anfang haben wir einen kleinen Spielplatz gebaut, der sich allmählich mit Kindern aller Altersgruppen füllte. Es gibt keinen anderen Spielplatz in der Nähe. Deshalb gestalteten wir den gesamten Park zu einem großen Spielplatz um. Dafür war es notwendig, den Raum einzuzäunen, sodass die Kinder sicher spielen und nicht auf die Straße laufen können. Das bedeutet nicht, dass wir keine Probleme haben oder hatten. Manche sahen den Raum als „No Man's Land“, wo jeder tun kann, was er will. Doch gemeinsam schafften wir es, antisoziale Verhaltensweisen, die der Funktion als Spielplatz entgegenstehen, einzuschränken. Schließlich ist der Park selbstorganisiert und alles, was hier geschieht, beruht auf der Kraft der Menschen hier in der Nachbarschaft. Das einzige, was wir einfordern, ist der gegenseitige Respekt unter denen, die den Raum nutzen. Es war sehr viel Arbeit, aber heute sind wir auf einem sehr guten Niveau.

Die Nutzung durch Kinder und Eltern verdrängt von selbst viele antisoziale Verhaltensweisen. Das ist eine unmittelbare Folge unserer Entscheidung, den Park zu einem Spielplatz umzugestalten und wir freuen uns sehr darüber. Der Park bietet in diesem Augenblick ein nahezu magisches Bild.

EVI: Indem man ein positives Beispiel gibt und die Commons schützt, stärkt man sie. Nicht indem man den Park überwacht oder entscheidet, wer hinein darf. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

NIKOS: Wir haben auch gute Kontakte zu politischen Gruppen in der Umgebung, die uns unterstützen, wenn wir mit einem extremen Verhalten konfrontiert werden. Dies war in der Vergangenheit auch schon der Fall.

DER PARK IST KEINE WARE

Ist der Park auch für die breite Nachbarschaft im Stadtteil attraktiv?

EVI: Ja. Die Eltern bringen ihre Kinder hierher. Sie sehen diesen selbstorganisierten Raum, sozialisieren sich und beginnen, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Außerdem besuchen die benachbarten Schulen den Garten. Sie sensibilisieren sich und beginnen darüber nachzudenken, wie notwendig Grünflächen und Freiräume in der Nachbarschaft sind. Wir wollen es schaffen, dass der Park nicht nur für eine kleine Gruppe da ist, sondern dass die Nachbarschaft sich als Teil von ihm begreift. Damit entsteht die Möglichkeit für eine praktische Erfahrung der Begegnung, Selbstorganisation und Ko-Kreation.

Ihr meint die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, dass ich etwas kreativ erschaffen kann, und ein unmittelbares Ergebnis sehe?

NIKOS: Genau.

Welche Bedeutung haben für euch offene, gemeinsame Räume?

NIKOS: Wenn wir sagen, dass ein Raum ein offener, öffentlicher Raum ist, dann ist „öffentlich“ (δημόσιος, dem Demos eigen) ein altgriechisches Konzept, das mit dem Volk und der Gesellschaft zu tun hat. Der Park ist ein Common und offen für die gesamte Gesellschaft.

AIRBNB, DROGENHANDEL UND POLIZEIKONTROLLEN

Ihr seid im Zentrum von Athen, in Exarchia, und wie in allen urbanen Zentren drohen auch hier Privatisierungen des öffentlichen Raums. Wie geht ihr damit um?

NIKOS: Tatsächlich gehört es zu den Absichten der neuen Regierung, die selbstorganisierten und besetzten Projekte zu schwächen. Ihr Ziel ist die Verwertung des städtischen Raums unter Anwendung privatwirtschaftlicher Kriterien und betrifft Behörden, Wohnungen und den öffentlichen Raum. Daher versucht sie uns unter Druck zu setzen.

Oft kommt es gerade dort zu steigenden Mieten und Gentrifizierung, wo sich Künstler*innen und Subkulturen ansiedeln. Könnt ihr diesen Prozess auch in Exarchia feststellen?

NIKOS: Es ist genau das Gegenteil, denn hier in Exarchia haben wir eine gemeinsame Geschichte. Es gibt hier viele politische Kollektive, die eine antistaatliche und anti-kapitalistische Ausrichtung haben. In der Regierungslogik müssen diese Projekte erst geschwächt werden, bevor anschließend Verdrängung und Aufwertung folgen können.

Ist dies der Grund dafür, dass die neue Regierung von Premier Mitsotakis, wie man hört, eine Strategie der „politischen Kriminalität“ und nicht der allgemeinen Kriminalität, wie etwa des Drogenhandels, verfolgt?

NIKOS: Ja. Erst einmal zeigt die Tatsache, dass die Regierung den sehr harten Begriff „politische Kriminalität“ für die besetzten Projekte benutzt hat, klar ihre politische Zielrichtung. Sie fühlen sich wirklich von allem, was politisch und kollektiv ist, gestört.

Ist dieser Druck auch im Park spürbar?

NIKOS: Im Moment haben wir im Park keine derartigen Vorkommnisse, sieht man einmal davon ab, dass ab und zu Polizisten auftauchen. Aber ganz allgemein gibt es Druck auf die Nachbarschaft. Es sind nicht nur Polizeiübergriffe und die Belagerung durch Polizei-spezialeinheiten und MAT-Sondereinsatzkommandos. Es ist hauptsächlich der Drogenhandel. Sie tun so, als versuchten sie, die Drogenhändler zu jagen, aber tatsächlich haben sie diese nur weiter in Richtung des Exarchia-Platzes getrieben, um die Nachbarschaft zu verängstigen und das Viertel abzuwerten. Und dann, wenn für sie die passende Gelegenheit da ist, kommen sie und machen alles platt. Die Drogenhändler erledigen die Drecksarbeit für die Regierung und das Kapital hinter ihr und danach folgen Gentrifizierung und Airbnb.

EVI: Wenn der öffentliche Raum von antisozialen Personen in Beschlag genommen wird, haben die Leute Angst,



aus dem Haus zu gehen. Die Gesamtsituation kann als Spiel auf drei Ebenen beschrieben werden: unmittelbare Polizeigewalt, Drogenmafia und Wirtschaft. Die Gebäude werden verkauft, die Wohnungen stehen zunehmend leer, die Leute ziehen weg und es kommen Tourist*innen und Besucher*innen, denen die Nachbarschaft und das Viertel egal sind. Sie konsumieren nur und halten sich nur vorübergehend hier auf.

Ein weiteres Szenario ist, dass der Staat, wenn er klug ist, den Park und den Spielplatz nicht zerschlägt, sondern übernimmt. Natürlich wird er ihn dann nicht unter den Bedingungen von kollektiver Selbstorganisation betreiben.

NIKOS: Damit eignet er sich den Park als Produkt eines kollektiven, kreativen Prozesses an und zeigt sich so von der netten Seite.

DIE „PROBLEMLÖSER“ DER KRISE?

Ihr kennt die Diskussion über die „Big Society“, ein Gesellschaftsmodell, das die konservative Regierung David Cameron in Großbritannien (2010–2016) vertrat. Es beinhaltete, dass staatliche Dienstleitungen, zum Beispiel für den Bildungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich, auf NGOs und sozial engagierte Akteure übertragen werden. Habt ihr darüber nachgedacht, ob ihr auch „Problemlöser“ des Staats in der Krise seid?

NIKOS: Das trifft im Fall des Parks nicht zu. Er ist eine Besetzung, die weder mit der Kommune noch mit dem

Staat zusammenarbeitet. Im neoliberalen Verständnis, das weniger Staat zur Befriedigung menschlicher und sozialer Bedürfnisse will, übernehmen die NGOs diese Arbeit. Doch solange die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse eine konstitutionelle und politische Pflicht des Staats ist, denn dafür erhebt er Steuern, kann man nicht jedweden kollektiven Versuch, den zahllosen existierenden Nöten zu begegnen, vorwerfen, anstelle des Staats einzuspringen.

Tatsächlich gibt es soziale Initiativen, zum Beispiel im Gesundheits- oder Ernährungsbereich, die auf den ersten Blick den Anschein haben, als fingen sie die fehlende Präsenz des Staats auf. Doch diese Basisgruppen handeln anders als der Staat: politisch und unmittelbar demokratisch. Die Leute, die sich in diesen Projekten engagieren, um zum Beispiel den Geflüchteten auf Lésvos zu helfen – ich war dort selbst mit dem Aufbau der Strukturen in Skála Sykamniá beteiligt – tun dies, weil sie sehen, dass der Staat sich nicht kümmert. Aber uns ist es nicht egal, weder als Person noch als Bürger*in.

EVI: Die selbstorganisierten Projekte verteidigen den Sozialstaat, sie ersetzen ihn nicht, vorausgesetzt sie bewegen sich in einem richtigen politischen Kontext – also im Widerspruch zum existierenden Staat, der räuberisch, autoritär und machtorientiert ist – und befürworten eine menschlichere Gesellschaft mit demokratischeren Strukturen, die den Vielen zugutekommt und nicht nur den Wenigen. Und zu einer

menschlicheren Gesellschaft gelangen wir durch praktische Beispiele.

SOLIDARISCHE NACHBARSCHAFT

Was ist das Geheimnis der Solidarität?

NIKOS: Für mich gibt es kein Geheimnis. Die Solidarität wohnt dem Menschen inne. Das gilt sowohl für Zeiten der Not als auch für Zeiten, in denen es eine kollektive Vision und eine breitere Erhebung eines Gesellschaftsteils gibt, der Dinge tun möchte und auf die Straße geht. Dann hat die Bewegung eine große Wucht und ihr Gelingen unglaubliche Überschreitungen. Vielleicht ist dies das Geheimnis: wenn sich die Solidarität artikuliert, drückt sie die besondere Dynamik aus, die in der Gesellschaft vorhanden ist, wenn diese eine Vision hat, einen Traum, für den sie arbeitet und dessen Realisierung sie anstrebt.

Wie startet man eine nachhaltige, solidarische Nachbarschaft?

NIKOS: Das geht, wenn es ein mehr oder weniger sichtbares Bedürfnis gibt, das die Nachbarschaft artikuliert und aufgreift. Wie auf persönlicher ist es auch auf gesellschaftlicher Ebene so, dass gleichzeitig ein Bedürfnis und eine Vision vorhanden sein müssen, damit eine neue Konstellation entsteht.

EVI: Ich möchte ergänzen, dass es für die Solidarität notwendig ist, dass wir eine gemeinsame Sprache finden, dass wir die Dinge genau betrachten und unsere Grundbedürfnisse in einer einfachen

Sprache ausdrücken. Ein großes Problem ist die Desorientierung und die Spaltung in verschiedene „Lager“.

NIKOS: Entscheidend ist auch, dass man Dinge realisiert, um mehr Menschen zu inspirieren und den Prozess der Ko-Kreativität und Partizipation zu fördern.

Im Zentrum von Athen leben viele Geflüchtete und Menschen, die kein Griechisch sprechen. Wie können sie teilnehmen?

EVI: Wir drucken Texte und Plakate in verschiedenen Sprachen, die in unserem Viertel gesprochen werden. Wir haben Plena auch schon in Englisch oder mit Übersetzung abgehalten. Mit „einfacher Sprache“ meine ich den politischen und ideologischen Anteil eines Wortes. Weil die Wörter für verschiedene Menschen verschiedene Bedeutungen haben, ist es gut, die Dinge einfach zu sagen, um sich zu verstehen.

NIKOS: Weil es in einem offenen und öffentlichen Raum viele praktische Probleme gibt, versuchen wir mit der Sprache des Beispiels zu sprechen. Alles, was wir machen, erklären wir. Und ich finde, wir haben das hier gut gemacht.

- Nikos gehört zu den Gründungsmitgliedern des Parko Navarinou. ► Evi ist erst seit Kurzem dabei.
- ▷ parkingparko.espivblogs.net
- Sally Spyropoulou ist in der Griechenlandsolidarität aktiv. Sie trägt mit interkultureller Kommunikation dazu bei nationale Grenzen zu überwinden.
- Fotos: © Navarinou-Park-Kollektiv

DIE REVOLUTION DER STÄDTE

Murray Bookchins Theorie des neuen Munizipalismus

JANIKA KUGE



Städte sind Schauplätze gesellschaftlicher Widersprüche: Sie sind Orte der Emanzipation und der Unterdrückung, Orte der Ausbeutung und des Widerstands. Sie sind auch Orte möglicher Transformation. Der Munizipalismus, auch libertärer Kommunalismus, setzt die Stadt, das Dorf oder das Wohnviertel zentral für diese Transformation. Immer mehr internationale politische Bewegungen berufen sich aktuell auf diesen Ansatz.

Munizipalismus ist ein politischer und aktivistischer Ansatz mit Fokus auf die lokale Ebene. Besonders im Nachgang der Finanzkrise 2007 hat das Konzept für viele linke Strömungen wieder an Bedeutung gewonnen. Gerade im europäischen Süden verloren staatliche Institutionen ihre Glaubwürdigkeit und wurden von Sozialen Bewegungen kritisiert. Statt sich auf die politischen Institutionen zu verlassen, bauten Bewegungen ihre eigenen auf, die ihren Wohnort emanzipatorisch „von unten“ verändern wollen. In manchen

Orten feierte das Konzept der Graswurzelbewegungen beeindruckende Erfolge. Zum Beispiel in Bern, wo auf Druck der Gruppe »Wir alle sind Bern« ein kommunaler Ausweis als alternatives Dokument eingeführt werden soll. Er würde Menschen ohne Papiere schützen. Oder in Barcelona, wo die populäre Plattform »Barcelona en Comú« ihre Einwohner*innen in politische Entscheidungen direkt einbindet. Oder im Dorf Riace an der kalabrischen Küste, wo zumindest über einige Jahre hinweg Geflüchtete ein Zuhause finden konnten und dabei geholfen haben, das fast menschenleere Dorf wiederzubeleben. Auch die demokratische Föderation Rojava mit ihren freien, selbstverwalteten Kantonen gilt als munizipalistisch. Neben den großen, populäreren Beispielen gibt es im Alltag vieler Städte zahlreiche weitere: Gruppen, die sich gegen Austerität, Gentrifizierung und Zwangsräumungen wehren und für eine andere Art von Gemeinwesen in ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrem Viertel einstehen.

Ähnlich wie das „Recht auf Stadt“ bezieht sich der Munizipalismus auf den Wohnort, auf den konkreten Raum, in dem die Menschen zusammenleben. Dieses Zusammenleben wird nach Bookchin zum Ausgangspunkt, um eine politische Agenda zu entwickeln, die den Staat als politische Organisationsform durch einen radikal-demokratischen Föderalismus ablöst.

Murray Bookchin war US-amerikanischer Theoretiker der politischen Ökologie und des undogmatischen Anarchismus. Als er die Ideen zum Munizipalismus in den 1980ern entwickelte, befand sich die USA gerade im Nachgang einer massiven Wirtschaftskrise. Der Lokalfokus wurde nicht erst von Bookchin erfunden, sondern beruht auf einer langen Theorie-tradition, die die Stadt ins Zentrum gesellschaftlichen Wandels rückt: So ist etwa bei Hannah Arendt die Stadt zentral für gesellschaftlichen Fortschritt. Sie hebt die historische Rolle von Städten hervor, nennt die altgriechischen Stadtstaaten

und deren direktes Demokratiemodell. Auch im europäischen Mittelalter wurde die Stadt als politische Einheit gesehen, in der andere Regeln galten als für das Umland. So bezeichnete „Stadtluft macht frei“ die Regel, dass Leibeigene in der Stadt zu Freiheit kommen konnten. Föderalismus und eine dezentrale Organisation ermöglichten den Städten damals eine andere Form von Souveränität und Eigenständigkeit, die auch heute wieder attraktiv erscheint.

Während die politischen Verhältnisse sich stark gewandelt haben, bleibt die Stadt eine Einheit, die überschaubar und dadurch gut zu organisieren ist. Das Konzept des Munizipalismus knüpft daran an und stellt die Stadt als den logischen Ort für den Wandel ins Zentrum: Im Gegensatz zum abstrakten und schwer zu überblickenden Staat ist sie ein konkreter, alltäglicher Ort. Gleichzeitig ist die Stadt der Ort, an dem die Widersprüche am stärksten zutage treten, denen die Einwohner*innen in ihrem Alltag begegnen. Ob in Form der Verteuerung von Wohnungen, einer schlechten Versorgungsinfrastruktur, Umweltverschmutzung oder Arbeitslosigkeit. Um diesen Widersprüchen zu begegnen, organisieren sich die Einwohner*innen in politischen Gruppen. Diese Selbstorganisation im Wohnumfeld stellt nach Bookchin eine gänzlich andere Gesellschaftsform in Aussicht, indem Hierarchien und marktlogische Entscheidungen infrage gestellt werden und ein Schritt in Richtung einer direkten Demokratie gegangen wird.

Die bereits existierende Vielzahl lokaler Proteste gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung sieht Bookchin als Initialgruppen für die Revolution der Städte. Anstatt abstrakten Zielen widmen sich die Gruppen pragmatischer Politik und konkreten Erfolgen. Undogmatische Praxis und die Vielfalt der Proteste sind wichtig für einen Zusammenhang, in dem konkrete Utopien entwickelt werden können. Anstatt die Proteste in die Form EINER richtigen Praxis zu zwingen, sollen sie in ihrer Vielheit nebeneinander existieren. Die Selbstorganisation als Grundprinzip soll die Institutionen demokratisieren. Auf diese Weise könnte die Stadtregierung nicht mehr nur Adressatin politischer Forderungen sein, sondern Teil der Sozialen Bewegungen werden. Zentral dabei ist es, ein horizontales Verhältnis zwischen den Bewegungen und der Regierung zu schaffen: „Die unmittelbare Absicht des libertären Munizipalismus ist es, die öffentliche Sphäre als Gegenentwurf zu einer zentralistischen Verstaatlichung stark zu machen und ein Maximum an Demokratie zu ermöglichen; Institutionen zu schaffen, die den Bürger*innen zu politischer Macht verhelfen“, so Bookchin 1987. Dazu sollen sich in den Städten Versammlungen gründen, in denen nach

dem Mehrheitsprinzip über alle relevanten Dinge direkt abgestimmt wird. Diese Versammlungen freier Individuen sollen wiederum in einem größeren konföderierten Zusammenhang organisiert sein, der langfristig die existierenden Institutionen ersetzt. Professionelle Macht, also die der Berufspolitiker*innen, soll durch populäre Macht, also dezentral und persönlich, abgelöst werden. Damit wäre laut Bookchin die Revolution ein Prozess, der aus den bereits vorhandenen Strukturen hervorgeht, anstatt von „oben“ diktiert zu werden. Vom Protest gegen bestehende Institutionen kann so eine sozio-politische Transformation geschaffen werden, die ein würdiges und ökologisch verträgliches Leben für alle ermöglichen soll.

Gerade vor dem Hintergrund aktueller massiver Einschnitte in Demokratie und Menschenrechte, sei es durch die zunehmende Abschottung Europas oder die Wahlerfolge rechter Parteien, scheint diese bewusste Kleinschrittigkeit des Munizipalismus attraktiv und wesentlich realistischer als ein großer, plötzlicher Umbruch oder gar staatliche Reformen,

IM GEGENSATZ ZUM ABSTRAKTEM UND SCHWER ZU ÜBERBLICKENDEN STAAT IST DIE STADT EIN KONKRETER, ALLTÄGLICHER ORT.

die direkte Mitsprache ermöglichen. Die Vorstellung einer direkten Demokratie der „99 Prozent gegen die 1 Prozent“, wie es im Manifest von »Barcelona en Comú« lautet, klingt verheißungsvoll.

Allerdings müssen auch einige Kritikpunkte durchdacht werden. Erstens ist die Vorstellung von undogmatischer Praxis für breite Bündnisse kaum geschützt gegen konservative und anti-emanzipatorische Ideen. Die Gefahr einer Vereinnahmung des Projekts durch rechte Gruppen ist mit Sicherheit gegeben. Ohne Knock-out-Kriterien und die Grundlegung von gemeinsamen antirassistischen und antisexistischen Prinzipien wird auch das inklusivste Projekt scheitern.

Zweitens kann es leicht passieren, dass die Kämpfe sehr partikular und kleinteilig werden und das gemeinsame Ziel aus den Augen gerät. Daher ist es unbedingt nötig, nicht „im kleinen Rahmen“ zu verbleiben, wie Beppe Caccia meint, sondern immer in der und an der Vernetzung der Proteste zu arbeiten.

Drittens wurde im Fall Barcelonas auch oft angemerkt, dass gerade auf administrativer Ebene Probleme bei der Implementierung auftreten können. So vergeht zum Beispiel viel Zeit, bis in der Verwaltung Beschlüsse praktisch umgesetzt werden. Wo die lokale Verwaltung nur wenige

gesetzgebende Kompetenzen hat, kann es schwer werden, sich gegen Verordnungen und Gesetze von „höherer Ebene“ zu wehren. Allein in der jüngeren Vergangenheit lassen sich viele und vielfältige Beispiele finden, bei denen die lokalen Bemühungen von höherer Ebene geschwächt oder gar verunmöglicht wurden. So scheiterte Ende 2019 in Baden-Württemberg der Appell einiger Städte zur direkten Aufnahme von Geflüchteten aus Moria am „Nein“ der Landesebene.

Viertens kann es geschehen, dass eine Wahl gewonnen wird, die Macht aber an anderen Stellen konzentriert bleibt. Eine linke Bewegung im Rathaus macht nicht automatisch linke Politik, wie am Beispiel des Scheiterns der Plattform »Ahora Madrid« zu sehen ist. Ein Wahlgewinn darf auf keinen Fall die Bewegung ablösen. Munizipalismus heißt nicht regiert zu werden, sondern gemeinsam zu entscheiden. Dazu dürfen Stadtregierung und Bewegung den Kontakt zueinander nicht verlieren.

Dass einige Bewegungen scheitern, heißt nicht, dass der Munizipalismus nicht funktioniert. Oftmals werden Theorien für ein Praxismodell als untauglich befunden, weil sie nicht verallgemeinerbar erscheinen oder nicht alle Probleme auf einmal lösen – meist sogar neue Probleme mit sich bringen. Theorie „schematisiert“ die Realität notwendigerweise und gibt sie als Ausschnitt wieder. Praxis fällt im Vergleich zur Theorie immer etwas „unsauber“ aus. Sie ist auf viel Kreativität und Flexibilität der Bewegungen angewiesen. Ein Munizipalismus in diesem Sinne ist das, was Bookchin vorschwebte: solidarisch, prozesshaft und horizontal; kein One-size-fits-all-Konzept, sondern ein emanzipatorischer Werkzeugkasten. Die Revolution der Städte kommt – wenn wir uns intensiv dafür einsetzen.

► **Janika Kuge** ist Aktivistin für Solidarity Cities in Freiburg und forscht zu Sanctuary Cities in den USA.

► Zum Weiterlesen

► Bookchin, Murray (2016): Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, Münster: Unrast.

► Caccia, Beppe (2016): Ein Europa der Kommunen. Von Bürgerplattformen zu rebellischen Städten, in: „Klasse verbinden“ – LuXemburg 2/2016, S. 68 ff.

► Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus, in: sub/urban 5(3), S. 174–155.

► Romvári, Stefan (2019): Aus der Bewegung ins Rathaus. Was bleibt nach vier Jahren Neuem Munizipalismus in Madrid?, in: Común #2

► **Fotocollage:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung von Fotos von Debbie Bookchin und Matteo Modica.

WER HAT DIE EXPERTISE FÜR UNSERE STÄDTE?

Unternehmensberatungen wie McKinsey oder Roland Berger beraten das „Unternehmen Stadt“

ANNE VOGELPOHL



Wenn Städte wie Unternehmen organisiert und somit auf Wachstum und Wettbewerb ausgerichtet werden, dann liegt es nahe, Unternehmensberatungen für die Zukunft der Stadtpolitik zurate zu ziehen. So ist es zumindest in der Vergangenheit immer wieder gewesen: Die großen, global tätigen Unternehmensberatungen wie zum Beispiel McKinsey & Co oder Roland Berger Strategy Consultants haben Ideen für Städte wie Dortmund, Berlin oder Essen entwickelt, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Warum spielen Expertisen eine zunehmende Rolle in der Stadtpolitik? Denn auch linke Initiativen suchen Rat bei Aktivist*innen aus anderen Städten oder bei kritischen Wissenschaftler*innen. Es hängt also von der jeweiligen Vorstellung ab, was eine Stadt sein soll, wer als „Expert*in“ für die Stadt gilt: Die Stadt als Infrastrukturmaschine braucht Stadtplaner*innen, die Stadt als Unternehmen braucht Consultants, die Stadt als Gemeinwesen braucht eine aktive Stadtgesellschaft. Im Folgenden nehme ich die Rolle von Unternehmensberatungen genauer in den Blick und leite daraus Gedanken zur Rolle von anderen Beratungsagenturen in der Stadtentwicklung ab.

WAS WOLLEN DIE STÄDTE?

In einer Zeit, in der global um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gewetteifert wird, ist Stadtpolitik oft vor allem auf Investitions- und Bevölkerungswachstum ausgerichtet. Einzelne Städte können sich dem kaum entziehen. Das Wissen, wie dieser Wettbewerb funktioniert und was darin Erfolg verspricht, scheint Gold wert zu sein. Christine Resch (2005) spricht deswegen sogar vom „Berater-Kapitalismus“: Wissen ist ein wichtiges Produktionsmittel und Berater*innen können es vermitteln.

Der Bedarf an Wissen über Wachstumchancen zu kommen, entsteht besonders stark in einer Krisensituation – dann, wenn das Wachstum ganz offenbar bedroht ist. Ich habe das in sechs Städten in Deutschland untersucht: In Dortmund wurde McKinsey zurate gezogen, als ThyssenKrupp ein wichtiges Stahlwerk und anhängige Zulieferbetriebe schlossen; in Essen wurde Roland Berger mit der Organisation von Zukunftsideen für die Stadt beauftragt, als die kommunalen Schulden auf Rekordniveau im deutschlandweiten Vergleich stiegen und konkrete politische Lösungen nicht ersichtlich waren.

Konkrete politische Lösungen erscheinen heute allerdings leicht verfügbar. Denn mit fast allem gibt es irgendwo auf der Welt bereits Erfahrungen – man muss diese „Best Practices“ nur kennen. Was wollen also die Regierungen der Städte? Sie wollen schnelle, global informierte

Antworten auf Wachstumskrisen. Global agierende Unternehmensberatungen scheinen dieses Wissen schnell zur Verfügung stellen zu können.

WAS WOLLEN DIE BERATUNGS-UNTERNEHMEN?

Unternehmensberatungen sind für ihre hohen Tagessätze bekannt. Warum beraten Sie Politik und öffentliche Einrichtungen, wo sie ein verhältnismäßig geringes und manchmal sogar gar kein Honorar erhalten? Stadtpolitik und Stadtentwicklung ist kein Markt, den Firmen wie McKinsey oder Roland Berger für sich entwickeln möchten. Zwei andere Gründe sind zentral, um deren Engagement in Städten zu verstehen (mehr zu den Machttechniken der Etablierung neuer Netzwerke, eines neuen Vokabulars oder neuer Methoden siehe Vogelpohl, 2018).

Erstens machen große Beratungsfirmen regelmäßig „pro bono“ (also nicht bezahlte) Projekte zu aktuellen gesellschaftlichen Themen. Solche Projekte und weniger lukrative Aufträge dienen der Netzworkebildung. Lokale Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft werden sowohl in die Analyse zum Beispiel durch Interviews eingebunden als auch in die Präsentation der Ergebnisse, zum Beispiel auf größeren Diskussionsveranstaltungen. Die Ideen zur Stadtentwicklung sind so eher Vehikel der Kontaktabahnung als Kernanliegen der Unternehmensberatungen.

Zweitens nimmt die vorgeschlagene Stadtentwicklungspolitik die Form einer mittel- bis langfristig angelegten Wirtschaftsförderpolitik an. Eine florierende Wirtschaft verspricht wiederum neue Beratungsaufträge. Oftmals werden Wirtschaftskluster gerade in den Branchen als besonders zukunftsträchtig benannt, in denen die Firma selbst einen Beratungsschwerpunkt hat. Nicht Stadtentwicklung selbst, sondern einzelne Branchen sind der Markt, den die Beratungsfirmen mit ihren Empfehlungen beflügeln können.

WANN WIRD'S PROBLEMATISCH?

Als typisch „städtisch“ werden oft Differenzen, Vielfalt, aber auch Konflikte genannt. Konflikte sind notwendigerweise Teil einer vielfältigen, in Teilen ungleichen Gesellschaft. Nun gibt es (mindestens) drei Wege für Beratungen, damit in der Stadtentwicklung umzugehen: Entweder arbeiten sie nur mit Eliten zusammen und verhelfen so den Mächtigen, ihre Interessen möglichst weit zu sichern, oder Beratung unterstützt die Findung eines Konsenses (der Macht oft verschleiert) oder Beratung setzt sich zum Ziel, in Auseinandersetzung mit Differenz zu gehen, die gesellschaftliche Ungleichheit

so sichtbar zu machen und konfliktbasierte Entscheidungen zu unterstützen.

Theoretisch können Expertisen alle drei Varianten umsetzen. Die Frage, welcher der drei Wege eingeschlagen wird, ist letztlich der Lackmuster für die Rolle, die Expert*innen in der Stadtentwicklung einnehmen: Ziehen Expert*innen diverse Standpunkte mit ein? Machen sie auf ungleiche Voraussetzungen und Machtverhältnisse aufmerksam? Sind sie in der Lage, komplexe Zusammenhänge zu sehen und zu thematisieren?

Kritik an einer Expertise geleiteten Stadtpolitik ist dann gerechtfertigt, wenn jene zu sehr vereinfacht – sowohl in Bezug auf Inhalte als auch in Bezug auf Prozesse. Stadtpolitik kann nie nur in Wirtschaftspolitik, Klimapolitik, Verkehrspolitik oder Sozialpolitik aufgehen. Viele, auch widersprüchliche Aspekte gleichzeitig zu thematisieren, ist kompliziert, aber unerlässlich. Genauso wichtig ist es, viele Personengruppen und gerade jene mit wenig gesellschaftlicher Macht einzubeziehen. Ansonsten drohen Expertisen anti-demokratische Tendenzen zu beflügeln, die Beteiligung nur als Hindernis sehen (vgl. Raco et al., 2016).

URBANISTA, EMPIRICA, STEG & CO

Am häufigsten werden städtische Regierungen und Ämter zu Fragen der Stadtentwicklung nicht von Wirtschafts- und Marktexpert*innen beraten, sondern von Stadtplanungsagenturen. Dazu gehören beispielsweise »Urbanista«, »empirica«, »steg« oder »Urban Catalyst«. Begriffe wie Beteiligung oder Vielfalt sind fest in deren Sprache und Konzepten verankert, während sie für Unternehmensberatungen Fremdwörter sind. Ist die Expertise von Fachagenturen für städtische Fragen nun völlig unproblematisch?

Die oben genannten Fragen zur Offenheit gegenüber komplexen Inhalten und Prozessen sind selbstverständlich auch bei diesen Agenturen zu stellen. Diese Offenheit lässt sich leider auch hier oft nicht erkennen. Zukunftsentwürfe von Städten und Stadtteilen sind in der Regel mit harmonischen, glatten Bildern illustriert; inhaltlich ist von Digitalisierung, Smart Cities oder Green Cities die Rede. Themen wie Armut, Alter, Drogenkonsum, Prostitution oder Wohnungslosigkeit scheinen auch hier nicht zur Zukunft der Stadt zu gehören – obwohl es all dies noch weiter geben wird. Und während wahrscheinlich keine der Agenturen Beteiligung offensiv in Frage stellen würde, sagte ein Gesellschafter der »steg« im Januar 2020 über ein Projekt in Hamburg-St. Pauli: „Ich beobachte eine Unkultur, gegen alles und jedes zu sein“ (Hamburger Abendblatt, 16.01.2020). Faktisch wird Beteiligung also als Problem und nicht als Chance oder selbstverständliche Aufgabe gesehen.

Während ich die Unternehmensberatungen genauer erforscht habe, kann ich an dieser Stelle zum Vorgehen der Fachagenturen nur spekulieren. Über zwei Gründe für die eingeschränkte Offenheit der Fachagenturen für Städte würde ich vorschlagen nachzudenken: Erstens ist auch für diese Agenturen der zeitliche Aufwand für echte Partizipation, die nicht nur zuhört, sondern durch Ideen der Bewohner*innen geformt ist, zu groß; zweitens sind sie von öffentlichen Aufträgen abhängig und als Auftragsarbeit ist Expertise nicht neutral, sondern von spezifischen Erwartungen der Auftraggeber*innen beeinflusst – Widersprüche und Machtumverteilung jedoch lassen sich wahrscheinlich schlecht verkaufen.

VERWEIGERN ODER KOOPERIEREN?

Expert*innen werden in der nächsten Zeit weiterhin gewichtige Rollen in der Stadtentwicklung spielen. Das kann mit progressiven stadtpolitischen Interventionen sogar fruchtbar zusammenspielen, wenn anerkannt wird, dass es nicht die eine Expertise geben kann und Bewohner*innen auch, vielleicht sogar geeignetere Expert*innen sind; wenn Transparenz bezüglich der thematischen Ausrichtung hergestellt wird und eine thematische Offenheit bestehen bleibt; wenn zum Hinterfragen und Weiterdenken von konkreten Empfehlungen durch Expert*innen ermutigt wird. Wenn dies alles nicht funktioniert (zum Beispiel weil Diskussionsveranstaltungen ganz offensichtlich eher überzeugen statt öffnen sollen oder weil nur in geschlossenen Zirkeln verhandelt wird), muss letztlich wohl doch die Zusammenarbeit verweigert und diese Art der Expertise abgelehnt werden.

► **Dr. Anne Vogelpohl** ist Geographin und vertritt eine Professur für Sozialwissenschaften in der Sozialen Arbeit an der HAW Hamburg. Sie beschäftigt sich mit Stadtpolitik in Hinblick auf Beratung, Wohnen sowie Arbeit und nutzt feministische Methodologien.

► Literatur

► Raco, Mike, Emma Street und Sonia Freire-Trigo (2016): *The New Localism, Anti-Political Development Machines, and the Role of Planning Consultants: Lessons from London's South Bank*. In: *Territory, Politics, Governance*, 4, 216-240.

► Resch, Christine (2005): *Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

► Vogelpohl, Anne (2018): *Eliten unter sich. Wie Unternehmensberatungen ihre Macht über Städte entfalten in: sub'urban*, 6, 223-230.

► **Illustration:** Rainer Midlaszewski, auf Basis eines Fotos von Rasande Tysker.

MIT SICHERHEIT? WAFFENVERBOTSZONE IM LEIPZIGER OSTEN

Ein Stadtteil zwischen Kriminalisierung, sozialen Problemen und gelebter Solidarität.

LINA HURLIN

Im November 2018 standen sie auf einmal da, diese gelben Schilder. „Waffen verboten!“ steht darauf und vier durchgestrichene Symbole – eine Pistole, ein Pfefferspray, ein Klappmesser und ein Baseballschläger. Die Schilder grenzen ein Gebiet im Leipziger Osten rund um die Eisenbahnstraße ein und legitimieren die Polizei, in diesem Bereich verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen. Waffen dürfen dort nicht mehr mitgeführt werden, wobei in der Auflistung auch zum Beispiel Tierabwehrspray und Taschenmesser auftauchen. Krönender Abschluss der Liste ist allerdings „und andere Dinge“, gefolgt von der Anmerkung, dass es sich hierbei nicht um eine abschließende Auflistung handelt. Die Beurteilung, ob ein Schraubendreher oder kleines Küchenmesser als Waffe eingeordnet wird, obliegt also den kontrollierenden Polizist*innen. Kritische Stimmen sprechen hier von polizeilicher Willkür.

Die Eisenbahnstraße, dank einer schlechten Reportage eines noch schlechteren Fernsehsenders auch als „gefährlichste Straße Deutschlands“ bekannt, führt durch die beiden Stadtteile Volkmarisdorf und Neustadt-Neuschönefeld und liegt östlich des Leipziger Hauptbahnhofs. Die Komplexität des menschlichen Zusammenseins zeigt sich hier plakativ in einem Wust aus sozialen Herausforderungen wie Armut, schlechten Bildungschancen, Drogen, der (rassistischen) Stigmatisierung als kriminell und gefährlich aber auch einem lebhaften und positiven öffentlichen Miteinander. Nicht zu vergessen in der Aufzählung ist die immer bedrohlichere Gentrifizierung und die Angst vor der Verdrängung.

Dieser Artikel soll den Wust ein bisschen sortieren und die Kriminalisierung des Stadtteils, die mit der Einführung der Waffenverbotszone ihren Höhepunkt erreichte, kontextualisieren. Um nicht bei Analysen zu verharren, werden am Ende Gegenstrategien und bestehende Initiativen vorgestellt.



DER STADTTEIL UND SEINE BEWOHNER*INNEN

Die meisten Gebäude im Stadtteil stammen aus der Gründerzeit und prägen das ehemalige Arbeiterviertel. In der DDR kamen die damals begehrten Plattenbauten hinzu und führten dazu, dass die Gründerzeithäuser den Armen und Alten überlassen wurden und kaum mehr instand gehalten wurden. Mit dem Fall der Mauer und einem allgemeinen Wegzug in „den Westen“ brach die Ära des Leerstands an. Ganze Straßenzüge standen leer, die Häuser verfielen.

Erst seit einigen Jahren bekommt der Leipziger Osten starke Aufmerksamkeit von Stadtpolitik und Investor*innen. Die günstigen Miet- und Kaufpreise bei der innenstadtnahen Lage zogen in den 2000er Jahren vor allem Migrant*innen in den Stadtteil, die Geschäfte eröffneten, Häuser kauften, sanierten und bewohnten. Der inzwischen sehr belebte Stadtteil zog auch viele Menschen an, die in den letzten fünf bis zehn Jahren nach Leipzig geflüchtet sind, was ihm den Beinamen „Ankommensstadtteil“ und den für Leipziger Verhältnisse mit über 40 Prozent hohen Anteil an Migrant*innen einbrachte. Parallel zu dieser Entwicklung fand,

ausgelöst durch Sanierung und Aufwertung des Leipziger Hauptbahnhofs, eine geplante Verdrängung der Drogenszene in den Stadtteil statt. Die damals noch leeren Häuser boten einen optimalen Rückzugsort für Handel, Konsum und Unterschlupf. Doch der Leerstand wurde weniger, die Rückzugsorte schwanden – nach und nach verlegten sich Drogenhandel und -konsum in den öffentlichen Raum und werden nun als ein Hauptproblem im Stadtteil wahrgenommen. Mangelnde Perspektiven, jahrelanges Ausharren in Asylbewerber-Unterkünften und die Aussicht auf schnelles Geld bringen vermehrt Geflüchtete dazu, sich in dem Drogen-sektor zu bewegen und zu handeln.

Insgesamt ist der Stadtteil überdurchschnittlich jung (sieben bis acht Jahre jünger als der Rest von Leipzig), mit einem Drittel Sozialhilfeempfänger*innen überdurchschnittlich arm und schneidet auch bei den Bildungschancen sehr viel schlechter ab als der Rest der Stadt. Es gibt also einen Haufen Probleme, mit denen sich der Stadtteil und seine Bewohner*innen herumschlagen.

An dieser Stelle sollen aber auch die positiven Aspekte des Stadtteils beleuchtet werden: Es gibt eine große und wachsende Anzahl an Projekten, Initiativen, Vereinen, die sich für ein gutes Miteinander einsetzen, die Kulturlandschaft durch Theater oder Feste bereichern, sich sozial engagieren und Unterstützungen anbieten. So viel zu einem groben Umriss des Stadtteils. Was dann passierte, ist absurd.

DIE WAFFENVERBOTSZONE

Im November 2018 wurde die Waffenverbotszone feierlich eröffnet. Oberbürgermeister Burkhard Jung enthüllte zusammen mit dem Polizeipräsidenten und dem Innenminister Sachsens symbolisch eines der neuen Schilder – eine Geste, die man sonst von Denkmälern kennt. Die Idee kam aus der Landespolitik, die das Pilotprojekt der ersten Waffenverbotszone in Sachsen umsetzen wollte und dazu noch einen passenden Ort brauchte. Der Oberbürgermeister beugte sich anscheinend dem Druck und schlug die Eisenbahnstraße vor. Warum auch nicht? Ein Image als kriminell und gefährlich hat sie durch rassistische Medienberichte ja schon. Ein Blick in die Kriminalstatistik der sächsischen Polizei hätte verraten, dass die besagten Stadtteile gar nicht gefährlicher sind als der Rest. Es werden dort nicht mehr Straftaten begangen als in anderen Stadtteilen, selbst wenn man von der Innenstadt, dem Ort mit der größten Zahl an Straftaten, absieht. Scheinbar unbeeindruckt von den polizeilichen Daten wurde die Waffenverbotszone auf den Leipziger Osten festgelegt und der Stadtteil mit Verbotsschildern eingerahmt. Die Polizeipräsenz hat sich seitdem erhöht.



Elsastraße, Leipzig | Foto: © Unofficial Pictures | **Das Duo Unofficial Pictures** erzählen persönliches/politisches durch Film und Foto. In ihrer Zeitung »Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße« untersuchen sie die Verhältnisse in den Vierteln rund um die Eisenbahnstraße im Osten von Leipzig. ► unofficial.pictures

Die Bewohner*innen beschwerten sich insbesondere über Polizeiautos, die im Schritttempo durch den Stadtteilpark »Rabet«, der an die Eisenbahnstraße grenzt, fahren. In den ersten fünf Monaten kontrollierte die Polizei aufgrund der Waffenverbotszone 1.319 Menschen. Die Funde waren lächerlich gering. Lediglich 58 Verstöße wurden festgestellt, darunter vor allem Messer, aber auch Glasschaber, Schraubendreher, Werkzeuge, Scheren und Pfefferspray. Polizeisprecher Andreas Loepki interpretiert diese Zahlen so, dass die Waffenverbotszone ja super laufe, da nun alle ihre Waffen zu Hause ließen und der Leipziger Osten viel sicherer würde. Eine vollständige Evaluierung seitens der Polizei steht allerdings noch aus und soll auf Druck des Stadtrates nun auch unter Einbeziehung der Bürger*innen stattfinden. Klar ist jedoch, politisch wurden hier die Probleme des Stadtteils nicht angegangen, sondern verschärft. Viele, insbesondere (vermeintlich) migrantische junge Männer – die Hauptzielgruppe der Kontrollen – berichten von Angst vor Kontrollen. Andere trauen sich nicht mehr in den Stadtteil. Die jahrelange Arbeit von Kulturschaffenden und sozial Engagierten, die dem alten Stigma entgegenwirken, wird ignoriert.

WASTUN?

Wie immer gibt es aber die Frage, was aus aktivistischer Perspektive und als Bewohner*in des Stadtteils getan werden kann. Neben lautstarkem Protest, der zur Eröffnung und zum Einjährigen des Kontrollbereichs stattfand, gibt es noch andere Möglichkeiten dem Ganzen nicht nur zuzusehen. Wichtige Arbeit leistet bei diesem Thema die Initiative »CopWatchi«, die neben Informations- und Aufklärungsarbeit auch Workshops dazu anbietet, wie man sich als außenstehende Person bei Kontrollen verhalten kann. Sofern die Person, die gerade kontrolliert wird, möchte, gibt es das Recht auf Beistand, von dem Gebrauch gemacht werden kann. Es gibt Berichte von Fällen, wo sich das Eingreifen positiv auf die Kontrolle der betroffenen Person ausgewirkt hat. In erster Linie zeigt es aber den Betroffenen auch, dass nicht weggeschaut wird und sie nicht alleine sein müssen.

Ebenso wichtig ist es natürlich, weiter andere Bilder des Stadtteils zu produzieren, als das einer Ansammlung krimineller und devianter Personen. Ein Beispiel dafür ist das dokumentarische Fotografieprojekt von »Unofficial Pictures«, das

die Eisenbahnstraße in Form von Fotos und Interviews aus anderen Perspektiven zeigt. Die jahrelange, oft zähe und anstrengende Arbeit der zahlreichen Beratungsstellen, Jugendtreffs und antirassistischen Organisationen muss weitergeführt und bestärkt werden. Der Stadtteil braucht Menschen und Organisationen, die sich der tatsächlichen Probleme annehmen, anstatt neue zu schaffen.

Auch die Evaluierung der Waffenverbotszone durch die Polizeihochschule, die noch stattfinden muss und mit der Auflage versehen wurde, dass auch Bürger*innen mit einbezogen werden, gilt es kritisch zu begleiten und darauf hinzuwirken, dass Menschen wieder ohne Angst vor ständigem Racial Profiling und Kontrollen durch den Leipziger Osten laufen können. Wie immer also: Schaut hin, mischt euch ein und seid solidarisch!

► **Lina Hurlin** ist aktiv in der Recht-auf-Stadt Bewegung, vorrangig in Leipzig. Mit einem besonderen Interesse für den öffentlichen Raum, lag das Thema quasi vor der Tür und bot den Grundstoff für ihre Masterarbeit in Urbanistik an der Bauhaus-Univ. Weimar.

WISSEN ANEIGNEN, MEHR WERDEN, DRUCK AUFBAUEN

Mieter*innenorganisation in Jena

INTERVIEW: JAN GOEBEL

Die bundesweiten Strategiediskussionen innerhalb der Recht auf Stadt-Bewegung schlagen sich auch in Jena in einer Neujustierung stadtpolitischer Kämpfe nieder. Verschiedene Initiativen orientieren sich stärker an langfristig angelegter Basisorganisation. Im Interview ziehen zwei Aktivist*innen Zwischenbilanz: Tamara von der »Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena«, bei der sich Mieter*innen des teilprivatisierten Wohnungsunternehmens »jenawohnen« organisieren und Sebastian von der »Initiative für eine demokratische Genossenschaft«, einem Zusammenschluss von Nutzer*innen der »Jenaer Baugenossenschaft«.

Seit 2014 ist in Jena in punkto Recht auf Stadt einiges los. Es gab Tanzdemos, Hausbesetzungen und zuletzt die Thüringer Mietparade. Was hat sich durch eure Initiativen verändert?

TAMARA: Bisher wurde vor allem versucht, Leute zu mobilisieren und zu vernetzen, die schon politisch aktiv und links eingestellt sind. Ich denke, der Hauptunterschied ist, dass wir mit unserer Stadtteilarbeit zur Zeit versuchen, Leute anzusprechen, die eher unpolitisch oder zumindest nicht in Parteien oder linken Gruppen eingebunden sind. Und Menschen, die zu uns kommen, weil sie zum Beispiel selbst Stress mit ihrem Vermieter haben, laden wir ein, sich mit uns zu organisieren.

SEBASTIAN: Ich würde auch sagen, dass wir uns vor allem darin unterscheiden, mit



wem wir zusammen arbeiten und wen wir konkret erreichen wollen. In unserem Fall ist das die im Hinblick auf Alter, Beschäftigungsverhältnis und Lebenssituation relativ heterogene Mitgliederstruktur der Jenaer Baugenossenschaft. Ein weiterer Unterschied ist, dass wir uns mit beiden Initiativen innerhalb konkreter Wohnungsunternehmen organisieren, wodurch sich Forderungen besser bündeln lassen und es bereits konkrete politische Handlungsmöglichkeiten gibt. Außerdem mobilisieren wir nicht bloß auf ein Ereignis hin, sondern versuchen auch langfristig mit Leuten zusammenzuarbeiten, haben also einen ganz anderen Planungshorizont als klassische Bündnis-Demonstrationen.

Wann und wie hat dieser langfristig angelegte Prozess denn begonnen?

SEBASTIAN: Ursprüngliche Auslöser waren sehr einfache Themen im Mietalltag, wie fehlende Gestaltungsmöglichkeiten in den eigenen Hinterhöfen. Aus der Auseinandersetzung um solche Dinge hat sich ein kleines nachbarschaftliches Netzwerk gebildet, das angefangen hat, auch allgemein über Unzufriedenheiten gegenüber dem aktuellen Kurs der Genossenschaft zu diskutieren. Das ist etwa drei Jahre her. Richtig durchsetzungsstark sind wir aber erst 2019 geworden, als Mietererhöhungen angekündigt wurden. Das hat auch bei vielen anderen Nutzer*innen das Fass zum Überlaufen

gebracht. Wir haben dann mehrere Treffen mit bis zu 70 Leuten organisiert und dort gemeinsam drei zentrale Kernforderungen entwickelt: ein Mietmoratorium, die Senkung des relativ hohen Leerstandes und die Verbesserung von Mitbestimmungsmöglichkeiten.

TAMARA: Die Ankündigung von Mieterhöhungen war bei uns auch ausschlaggebend. Anfang 2018 gab es einen Zeitungsartikel, in dem gesagt wurde, dass »jenawohnen« – mit etwa 14000 Wohneinheiten Jenas größter Vermieter – die Mieten an den Mietspiegel anpassen will. Ich und meine beiden Mitbewohner haben daraufhin überall in der Nachbarschaft Flyer verteilt und zu einem Mietertreffen eingeladen. Da kamen dann auch bei

uns 60 bis 70 Leute und es gab eine Menge Unverständnis, warum sich »jenawohnen« am Mietspiegel orientiert, obwohl es mehrheitlich in städtischer Hand ist.

Als Bürgerinitiative fordert ihr deshalb die vollständige Rekommunalisierung. Wie weit seid ihr diesem Ziel bisher gekommen?

TAMARA: Also meine Zwischenbilanz ist ziemlich durchwachsen. Wir waren auf jeden Fall erfolgreich dabei, in Jena dieses Thema zu setzen. Die Forderung nach Rekommunalisierung war phasenweise, vor allem 2018/2019, in aller Munde. Die 15 Prozent-Kappungsgrenze für die Erhöhung von Bestandsmieten wurde sogar umgesetzt. Unser Kernziel, die Rekommunalisierung und Demokratisierung der »jenawohnen« durch ein Bürgerbegehren umzusetzen, ist aber vorerst an der Stadtverwaltung gescheitert. Unser Antrag wurde dort offiziell aus formaljuristischen Gründen abgelehnt. Aber für uns ist offensichtlich, dass es politische Gründe waren, denn wir haben uns mit der Mehrheit im Stadtrat und dem FDP-Oberbürgermeister ziemlich große Feinde gemacht.

Wie sieht es bei der Genossenschaftsinitiative aus, hattet ihr Erfolg mit der Durchsetzung eurer Forderungen?

SEBASTIAN: Unser Ziel war es, die gemeinsam entwickelten Forderungen auf der Mitgliederversammlung zu diskutieren und über Beschlüsse umzusetzen. Unsere Punkte wurden aber nicht in die Tagesordnung aufgenommen, obwohl wir die dafür laut Satzung notwendigen Unterschriften von zehn Prozent der Mitglieder innerhalb kürzester Zeit gesammelt hatten. Die Begründung des damaligen Aufsichtsrats war, dass unsere Punkte inhaltlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliederversammlung gehörten. Diese Auffassung teilen wir nicht, schließlich ist sie das zentrale Entscheidungsorgan, in dem alle Mitglieder eine Stimme haben. Unser zweites zentrales Ziel, nämlich zwei Mitglieder unserer Initiative in den fünfköpfigen Aufsichtsrat zu wählen, haben wir aber tatsächlich erreicht.

Kommen wir von der Ebene eurer politischen Forderungen nochmal zur sogenannten Basisarbeit zurück. Was habt ihr damit für Erfahrungen gemacht?

SEBASTIAN: Die ersten Kontakterfahrungen mit einer breiteren Basis haben wir bei den Mitgliederversammlungen vor zwei und drei Jahren gemacht. Diese Begegnungen sind relativ unglücklich gelaufen. Wir haben dort eher den Eindruck von Störenfrieden erweckt. Uns wurde kaum Redezeit eingeräumt und wir haben aus einer sehr starken Minderheitenposition heraus agiert. Das hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, eigene Kommunikationsräume zu haben. Für die Initiative ist es daher total

Was sind denn die Ziele von Basisorganisation? Und was braucht es, um damit erfolgreich zu sein?

TAMARA: Ich würde sagen, bei Basisorganisation geht es darum, kleine Kämpfe zu führen, neue Mitstreiter*innen zu gewinnen und langsam politischen Druck aufzubauen. Wir sind im Stadtteil aber natürlich auch auf Menschen getroffen, die ganz andere Vorstellungen von politischer Organisation haben. Und das kann man dann natürlich nicht einfach übergehen, auch wenn man es strategisch nicht sinnvoll findet. Manche wollen sich zum Beispiel viel stärker an den Medien und an parlamentarischer Politik orientieren. Das Problem

„DER ZUSPRUCH WAR ABER OFT IM SINNE EINES ‚JAJA MACHT MAL‘. MAN KRIEGT ALSO EIN SCHULTERKLOPFEN MIT AUF DEN WEG, ABER LÄUFT ALLEINE WEITER. UND DAS IST NATÜRLICH NICHT DAS ZIEL EINER BASISORGANISIERUNG.“

entscheidend gewesen, dass im letzten Jahr bei uns mitten im Viertel ein gut erreichbarer selbstorganisierter Stadtteil eröffnet hat.

TAMARA: Unsere ersten Kontaktaufnahmen mit der Nachbarschaft liefen relativ problemlos. Ich würde sagen, dass man sich da als Aktivist*in oft zu viele Sorgen macht. Klar fällt man eventuell auf, weil man jung oder politisch gebildet ist, aber man wird trotzdem ernst genommen. Und so zu tun, als ob man es nicht ist, das nehmen einem die Leute eh nicht ab. Beim Flyer verteilen und an unseren Infoständen gab es eigentlich hauptsächlich positive Reaktionen.

SEBASTIAN: Die Erfahrung haben wir auch oft gemacht. Mit günstigen Mieten, weniger Leerstand und mehr Mitbestimmung macht man sich eben erstmal Freunde. Der Zuspruch war aber oft im Sinne eines »Jaja macht mal«. Man kriegt also ein Schulterklopfen mit auf den Weg, aber läuft alleine weiter. Und das ist natürlich nicht das Ziel einer Basisorganisation.

daran ist: Man hört auf, eigene Politik zu machen. Statt dieses Interview zu führen, hätte ich ja zum Beispiel auch mit zwei Nachbarn sprechen können.

SEBASTIAN: Wir haben festgestellt, dass Basisorganisation in Genossenschaften viel betriebswirtschaftliches Wissen erfordert. Man muss mit dem Zahlenwerk umgehen können, wenn zum Beispiel auf der jährlichen Mitgliederversammlung der Geschäftsbericht abgesehen werden soll. Deshalb haben wir einen kleinen Workshop zu betrieblichem Rechnungswesen bei Genossenschaften gemacht. Da ging es auch darum, sich die Angst vor dem Wissen der großen Entscheider zu nehmen und festzustellen, dass das alles kein Hexenwerk ist. Wir haben aber auf jeden Fall sehr krass zu spüren bekommen, dass das wohnungswirtschaftliche Wissen erstmal in den Händen der herrschenden Klasse akkumuliert ist.

TAMARA: Man darf sich in der ganzen Detailarbeit an Sachfragen aber auch nicht zu sehr verrennen. Wir müssen

trotzdem am Aufbau von breiten Mobilisierungen dran bleiben.

Was nehmt ihr euch für die kommende Zeit vor?

TAMARA: Wir müssen es auf jeden Fall noch besser schaffen, Leute in unsere politische Organisation einzubinden, die bisher noch nie ehrenamtlich oder aktivistisch gearbeitet haben. Wie genau es bei uns weitergeht, ist aber unklar. Wir schaffen es zur Zeit leider nicht, gemeinsam ein neues konkretes Projekt zu finden. Aber gut ist, dass es uns trotz des gescheiterten Bürgerbegehrens als Initiative überhaupt noch gibt. Wir machen nach wie vor regelmäßig Treffen und einige Leute aus der Nachbarschaft, die wir gewinnen konnten, sind immer noch dabei.

SEBASTIAN: Wir befinden uns momentan auch in einer Art Konsolidierungsphase. Aber vielleicht müssen wir einfach lernen, dass das bei so einer langfristigen politischen Arbeit dazu gehört. Auf große Mobilisierungen, wo man viel Zulauf und Aufmerksamkeit kriegt, folgen Phasen, wie jetzt, in denen man eher kleinschrittig agiert und versucht, ansprechbar zu bleiben. In Zukunft wird dann viel davon abhängen, dass wir es zusammen mit unseren Vertretern im Aufsichtsrat schaffen, für spürbare Verbesserungen zu sorgen. Dafür müssen wir auch auf den kommenden Mitgliederversammlungen weiter Druck machen.

► **Jan Goebel** ist seit 2014 in der Gruppe »Recht auf Stadt Jena« (rechttaufstadtjena.noblogs.org) aktiv und derzeit am Aufbau eines selbstorganisierten Stadtteilladens beteiligt (magdelstube.de).

► **Mehr Infos**
Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena
► sozialeswohneninjena.de
Initiative für eine demokratische Genossenschaft
► zukunftwohnen.home.blog

► **Foto:** © Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena

DAS „ROTE WIEN“ SELBER MACHEN

Ein gemeinsames »habiTAT« als Mietshäuser Syndikat in Österreich

RAINER HACKAUF

Auch in Österreich ist es ein Dauerthema: steigende Mieten in und um die Ballungsräume. Das »habiTAT« gibt darauf seit etwas mehr als fünf Jahren eine politische Antwort. Mittlerweile gibt es auch zwei Projekte im »Roten Wien«. Durch Vergesellschaftung werden auch hier Wohnhäuser dem Immobilienmarkt entzogen und in Gemeineigentum überführt.

Die Grundidee dafür ist in Freiburg in der Hausbesetzerszene der 1980er Jahre entstanden. Im Mittelpunkt stand die Idee, Häuser kollektiv zu verwalten und unabhängig vom Immobilienmarkt langfristig abzusichern. Selbstbestimmtes Wohnen sollte so für alle möglich sein. Heute gibt es rund 150 Objekte, die im Dachverbund des Mietshäuser Syndikats zusammengeschlossen sind. Der Anspruch dahinter: Wohnraum ist keine Ware, sondern Menschenrecht.

DAS SYNDIKATS MODELL KURZ VORGESTELLT

Das »habiTAT«, wie das Mietshäuser Syndikat in Österreich heißt, wurde vor über fünf Jahren von dem Hausprojekt »Willy*Fred«¹ in Linz gegründet. Zur Zeit gibt es fünf Objekte im gemeinsamen Verbund. Wie in Deutschland werden auch in Österreich Häuser mit einem speziellen Rechtsmodell aus dem Immobilienmarkt freigekauft, um zukünftige Spekulation zu verhindern.

Im Zentrum des Modells steht dabei eine Gesellschaft mit begrenzter Haftung (GmbH) als Grundstückseigentümerin. An dieser sind zwei Gesellschafter beteiligt: einerseits der Dachverbund, andererseits der jeweilige Hausverein. Diese Konstruktion ist notwendig, um dem Hausverein ein hundertprozentiges Nutzungsrecht einzuräumen. Der Dachverbund mit all seinen Mitgliedern bekommt jedoch ein Mitspracherecht beim Verkauf der Immobilie und kann dagegen Einspruch erheben.

LIEBER 1000 FREUND*INNEN IM RÜCKEN, ALS EINE BANK IM NACKEN

Finanziert werden die Immobilien dabei aus einer Mischung aus Bankkredit und Direktkrediten. Direktkredite sind Darlehen von privaten Personen, die dafür einen Zinssatz zwischen null und zwei Prozent selbst wählen können. Dabei können diese jederzeit wieder gekündigt werden. Eine Win-Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Geldgeber*innen bekommen so mehr Zinsen als beim Sparbuch. Zusätzlich wissen sie, was mit ihrem Geld finanziert wird, statt das Geld einer Bank zu überlassen. Wohnprojekte können wiederum Bankzinsen minimieren.

Durch diese spezielle Form des Crowdfundings wird es möglich, Immobilien unabhängig von den finanziellen Eigenmitteln der an einem Hausprojekt beteiligten Personen zu kaufen. Die Nutzung wird somit komplett vom Eigentum der Immobilie getrennt. Nutzer*innen sind weder Eigentümer*innen noch Miteigentümer*innen einer Immobilie. Geldgeber*innen haben wiederum kein Mitspracherecht bei der Nutzung. Das Eigentum ist im Netzwerk verteilt („neutralisiert“) bzw. vergesellschaftet.

BAUGRUPPEN-BOOM IN ÖSTERREICH

Nach einer langen Pause kam es in den letzten Jahren zu einem regelrechten Baugruppen-Boom in Österreich. Dabei ist das Syndikats-Modell nur eines unter zahlreichen anderen Modellen, das in den letzten Jahren zur Anwendung kommt. Denn Baugruppe ist nicht gleich Baugruppe. Viele der aktuellen Projekte funktionieren auf Basis von Privateigentum oder sind an genossenschaftliche Modelle angelehnt. Das spiegelt sich hier auch in der sozialen Zusammensetzung

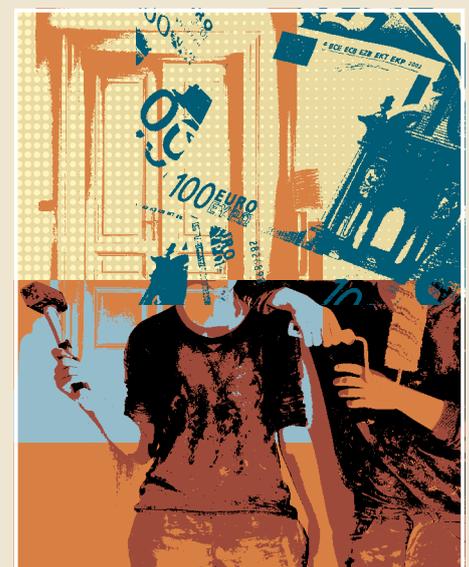
der Bewohner*innen wieder, die oft einen hohen Bildungsabschluss haben und finanziell gut abgesichert sind.

Doch es gibt auch eine Vielfalt alternativer Modelle. »Die Wohnprojekte-Genossenschaft« etwa ist bewusst einen anderen Weg gegangen. Selbstverwaltete Wohngruppen können mit Unterstützung der Genossenschaft, die auch als Bauträger auftritt, ihr Wohnprojekt realisieren. Das zusammen mit den Bewohner*innen gebaute Objekt bleibt jedoch im Besitz der Genossenschaft. Die Bewohner*innen sind dort zwar Mitglieder, ihr Haus mieten sie jedoch über einen Verein von der Genossenschaft nur an. Auch hier wird versucht Wohneigentum von der Nutzung zu trennen. Eigenmittel der Bewohner*innen sind dennoch vonnöten.

Andere Projekte funktionieren nach dem Modell des »Vermögenspools«. Der Pool setzt auf eine spezielle Art des Crowdfundings. Geldgeber*innen haben zwar kein Nutzungsrecht, werden jedoch zur Absicherung ins Grundbuch aufgenommen. Das macht die Rückzahlung eines Darlehens jedoch weniger flexibel als etwa beim »habiTAT«.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DES MODELLS »HABITAT«

In Bezug auf Größe und Form ist das Syndikats-Modell sehr flexibel, wie anhand der bestehenden »habiTAT«-Projekte in Österreich sichtbar wird. Während das Hausprojekt »Willy*Fred« ein Altbaumietshaus dem freiem Wohnungsmarkt entzogen hat, wurde etwa durch das Projekt »SchloR – Schöner leben ohne Rendite« gleich ein 3100 m² großes Gewerbegrundstück in Wien Simmering freigekauft, um dort ein Werkstätten-, Wohn- und Kulturzentrum zu errichten. Das Projekt »Bikes and Rails« hingegen hat neu gebaut und bezieht dieses Jahr ein gemeinschaftliches Wohnheim auf einem Pachtgrundstück der Stadt Wien.





Diese Vielfalt an Baugruppenmodellen ist zwar bemerkenswert, allerdings ist das Mietshäuser Syndikat in Deutschland, was die Größenordnung von Projekten betrifft, schon weiter. Während in Freiburg Syndikats-Häuser in Zusammenarbeit mit der Stadt gebaut werden, um leistbaren Wohnraum jenseits des Marktes zu schaffen, ist man davon etwa im sogenannten »Roten Wien« noch weit entfernt.

KOLLEKTIVES WOHNEN IM „ROTEN WIEN“

Wien wird international gerne als Vorbild für kommunalen Wohnbau herangezogen: 43 Prozent der knapp 700.000 Wohnungen sind hier im direkten Besitz der Gemeinde oder einem anderen Träger des sozialen Wohnbaus. Doch die rasanten Mietsteigerungen werden dabei gerne verschwiegen. So hat eine Studie einer privaten Immobilienfirma im letzten Jahr ergeben, dass 43 Prozent der Wiener*innen mehr als 40 Prozent des monatlichen Haushalts-Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Während bei dem hohen Anteil an geförderten Wohnungen rasante Mietsteigerungen verhindert werden, explodieren diese dafür am freien Wohnungsmarkt.

Dabei wäre die Kombination aus Selbstverwaltung von Mietshäusern und finanzieller Unabhängigkeit durch kommunale Unterstützung auch für Wien ein interessantes Zukunftsmodell. Was

leistbaren und ökologischen Wohnraum für die Mehrheit der Bevölkerung angeht, würde dies an das sozialistische Projekt des »Roten Wiens« der Zwischenkriegszeit anschließen. Allerdings waren die Selbstverwaltung durch die Bewohner*innen oder gar kollektives Wohnen in der Tradition des sogenannten Austromarxismus kaum Thema – orientierte man sich doch am Konzept der bürgerlichen Kleinfamilie und entsprechenden Wohnformen, während Organisation und Kontrolle des täglichen Lebens Aufgabe »der Partei« war. Dies änderte sich auch nach 1945 nur langsam. Beispielhafte Wohnprojekte wie der Megablock »Alt Erlaa« waren durch die rote Stadtverwaltung in ihren Eigen-dynamiken kaum mehr zu kontrollieren.² Ohne SPÖ-Parteibuch gab es überdies bis in die 1980er Jahre keine Gemeindevohnung. Nichtösterreicher*innen blieb der Zugang dazu durch die regierenden Sozialdemokrat*innen überhaupt bis 2006 verwehrt.³

WEGE AUS DER KRISE DES WOHNENS

Die aktuelle Wohnungskrise ist eine Folge verfehelter sozialdemokratischer Bau- und Bodenpolitik in Wien. Während die Gemeinde die eigene Bautätigkeit bald nach der Jahrtausendwende komplett eingestellt hat, kam es in der Folge der globalen Finanzkrise auch in Wien zu

einem rasanten Anstieg der Bodenpreise. Diesem Anstieg sah man lange weitgehend tatenlos zu. Erst im März 2019 wurde schließlich eine neue Flächenwidmung beschlossen. Überall, wo Flächen in Wohngebiet umgewandelt werden, sind nun zwei Drittel für den sozialen Wohnbau vorgesehen. Wie sich diese neue Regelung auswirkt, bleibt noch abzuwarten.

Die Bodenpreise sind zur Zeit auch das größte Hindernis für Projekte wie das »habiTAT«. So ist es nicht nur in Wien extrem schwierig, ein bestehendes Mietshaus zu kaufen. Auch an finanzierbare Baugrundstücke zu kommen ist kaum möglich. Dies ist aber keine Besonderheit des Syndikats-Modells, betrifft dies doch den sozialen Wohnbau als Ganzes. Denn auch zu den aktuell geltenden Förderbedingungen des sozialen Wohnbaus besteht kaum eine Chance Grundstücke kaufen zu können. Hier könnte die Stadt sowohl beim Kauf als auch beim Bau mit billigen Krediten unter die Arme greifen. Letztendlich braucht es aber auch in Wien eine politische Diskussion um den Zugriff auf Grundstücke und Immobilien, wie sie in Berlin etwa durch die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« angestoßen wurde.

Dass Genossenschaften und Baugruppen in dieser Frage im selben Boot sitzen, hätte das Potenzial gemeinsam zu intervenieren und Druck auf die rot-grün regierte Stadt aufzubauen. Zumal im Herbst 2020 in Wien gewählt wird.

► **Rainer Hackauf** ist Redakteur beim linken mosaik Blog (► mosaik-blog.at). Als Rechtauf-Stadt Aktivist ist er Teil des selbstverwalteten Zentrums »Schlor – Schöner leben ohne Rendite« (► schlor.org) und Mitinitiator des Bureaus für Selbstorganisation (► selbstorganisation.at).

► **habiTAT**: ► habitat.servus.at

► Anmerkungen

- 1 Der Name Willy-Fred soll an eine ab 1943 unter diesem Namen bekannte Partisan*innengruppe im Salzkammergut erinnern. Die Namen Willy und Fred waren dabei kollektive Decknamen der Gruppenmitglieder.
- 2 Alle sollen »Wohnen wie die Reichen«. Hintergründe zum wichtigsten Experiment des sozialen Wohnbaus in Wien nach 1945, »Alt Erlaa«, finden sich im Interview mit dem Architekten Harry Glück: ► [youtube.com/watch?v=kWAhZgM6qpw](https://www.youtube.com/watch?v=kWAhZgM6qpw)
- 3 Die sogenannte »Inländer-Bevorzugung« ist in vielen Bereichen bis heute Teil des sozialdemokratischen Projekts in Österreich. So dürfen Drittstaatsangehörige etwa erst seit 2001 Betriebsrät*innen wählen. Bis heute gibt es für viele Drittstaatsangehörige Beschränkungen beim Zugang zum freien Arbeitsmarkt.

► **Illustrationen**: Rainer Midlaszewski

SCHAFFT MEHR URBANE UNORDNUNG!

Kämpfe für ein Recht auf Stadt in Düsseldorf

AGENTUR FÜR URBANE UNORDNUNG

Wir sind die Agentur für urbane Unordnung. Wir treten an, die herrschende Ordnung der Stadt in Bewegung zu bringen. Mit diesen zwei Sätzen gingen wir im Januar 2019 an die Öffentlichkeit. Wir veröffentlichten unser Mikro-Manifest, das eine Einladung an alle ist, die sich eine rebellische, gerechte, lebenswerte und solidarische Stadt für alle wünschen. Wir sind ein Zusammenschluss verschiedener Akteur*innen aus dem politischen und kulturellen Kontext, wir sind in Gruppen und losen Zusammenhängen organisiert oder auch einfach nur interessierte Einzelpersonen, die alle denselben Gedanken haben: In Düsseldorf stimmt etwas nicht. In Düsseldorf agiert die Ordnung ungerecht und gewaltvoll gegenüber den Schwächsten, macht Wohnen zum Wettbewerb und ordnet die letzten

kreativen, verrückten und alternativen Nischen in Grund und Boden.

Mitverantwortlich für die Sicherung dieser Ordnung sind die dutzenden und aberdutzenden Medien- und Werbeagenturen, die in Düsseldorf nur so aus dem Boden sprießen und wachsen. Der Widerstand hiergegen mündete in die Gründung einer Agentur, die diese Ordnung ordentlich durcheinanderwirbelt, um damit die Stadt zurückzuerobern.

Dass der Prozess bis zur Zurückeroberung ein langer Weg wird und dass wir für unser Vorhaben den Rest der Stadtbevölkerung ins Boot holen müssen, ist uns allen bewusst. Unser Mikro-Manifest veröffentlichten wir deshalb auch in Form eines Videos auf unseren Social Media Kanälen, um weitere Menschen zu erreichen. Nach der Veröffentlichung

folgte eine Reihe von Vorträgen und Filmen zu verschiedenen Recht auf Stadt-Themen.

Die Informationsreihe, die gleichzeitig als Mobilisierung für unsere erste Demo am 30. April 2019 gedacht war, sollte uns eine Einschätzung davon vermitteln, wie viele Menschen unter dem Motto „Für eine rebellische Stadt“ auf die Straße gehen würden. Zur Demo kamen dann über achthundert Menschen, darunter Aktivist*innen, Politiker*innen und Künstler*innen – Menschen, die die hier herrschende Ordnung für nicht gerecht halten und dagegen etwas unternehmen wollen.

Nach einer Phase der Neuorganisation begannen wir mit der Planung und Umsetzung neuer Aktionen. Zudem konnten wir eine bessere Vernetzung mit der



Die Demonstration „Für eine rebellische Stadt“ im April 2019 | Foto: Agentur für Urbane Unordnung

Düsseldorfer Kulturszene und dem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum erreichen. Wir diskutierten auf Veranstaltungen mit der Stadtgesellschaft und untereinander. Für den internationalen „Housing Action Day“ 2020 war eigentlich ein investorenkritischer Spaziergang geplant sowie am 30. April erneut eine Demo „Für eine rebellische Stadt“ – beides muss nun leider verschoben werden.

Unser Manifest ging vor dreizehn Monaten an die Öffentlichkeit, aber wir sind immer noch erst am Beginn unserer Unordnungsreise. Es war schließlich keine Frage oder Überlegung am Ende des Mikro-Manifests, sondern ein Versprechen: „Wir nehmen uns die Stadt zurück. Stück für Stück.“

HIER SIND DIE BAGGER LOS

»Planwerkstatt 378 – Handeln: Stadt denken« heißt es auf der Kiefernstraße im Stadtteil Flingern Süd. Bekannt wurde die Kiefernstraße durch die erfolgreiche Hausbesetzung in den 80er-Jahren, die in einem legalen Mietverhältnis mit der Stadt endete. Am nördlichen Teil der Straße wurde ein Grundstück an die »Cube Real Estate GmbH« verkauft, die hier ein Hotel sowie Mikro-Apartments hochziehen wollte. Der starke öffentliche Protest und das Einmischen in das Bauvorhaben durch politische und kulturelle Aktionen von Anwohner*innen und Freund*innen der Kiefernstraße hatte jedoch Erfolg: Nach längerem Zögern stimmte die »Cube Real Estate GmbH« dem Planungsprozess mit Bürger*innenbeteiligung zu.

In der »Planwerkstatt 378« wurden die Wünsche und Forderungen des Viertels an den geplanten Neubau zusammengetragen und ausgewertet. Die Themen Stadtplanung, Mobilität, Nachhaltigkeit, Freiraum, Integration, Architektur und Wirtschaftlichkeit wurden im Dialog mit Anwohner*innen, Fachleuten und dem Investor besprochen.

Ziel des Beteiligungsverfahrens ist es, einen kooperativen Plan für das Baugrundstück zu erstellen, welcher der Bezirksvertretung vorgelegt werden kann. Unklar bleibt jedoch, ob in diesem Verfahren alle Widersprüche ausgeräumt werden können. So schätzte der Investor auf Nachfrage einer Besucherin bei der Planungsveranstaltung im Februar 2020 etwa den Quadratmeterpreis für den nicht geförderten Wohnraum auf rund sechzehn Euro netto kalt. Sollte diese Einschätzung zutreffen, lässt sich auch hier feststellen, dass es sich um Wohnungen handeln wird, welche für die allermeisten Bürger*innen nicht bezahlbar sein werden.

Unabhängig davon, dass also voraussichtlich nicht in allen strittigen Fragen Einvernehmen erzielt werden kann, bietet sich in der »Planwerkstatt 378« für die

Menschen aus dem Quartier aber eine tatsächliche Möglichkeit, das Bauprojekt mitzugestalten.

Anders dagegen lief es mit einem der bekanntesten subkulturellen Orte in Düsseldorf: Das »Brause Areal«, eine alte Tankstelle, wurde durch den Investor »PROJECT Immobilien Wohnen AG« aufgekauft und den Gewerbemiet*innen sowie den Vereinsräumen des Kulturvereins »Metzgerei Schnitzel« – der »Brause« – gekündigt. Findige Aktivist*innen fanden zwar politisches Gehör bei der Beantragung von Denkmalschutz. Doch der Investor schaffte es, durch legale Schlupflöcher, mit dem Abriss des Gebäudes noch während des laufenden Denkmalschutzverfahrens zu beginnen. Nur durch den Protest von Aktivist*innen und die Stilllegung und Versiegelung der Baustelle durch informierte Stadtämter konnte ein Komplettabriss verhindert werden.

Derzeit verfolgen wir mit Spannung, wie sich das Verfahren auch mit möglichen Konsequenzen für den Investor weiterentwickeln wird.

ÜBERALL SPEKULATION...

Im vergangenen Jahr musste sich das Düsseldorfer »Bündnis für bezahlbaren Wohnraum« mit einem besonders dreisten Fall von vermutlich vorgetäuschten Eigenbedarfskündigungen auseinandersetzen.

Ein familiär geführtes Immobilienunternehmen hatte nachweislich in mindestens drei verschiedenen Mehrfamilienhäusern in Düsseldorf Eigenbedarf für dieselben drei bis vier Familienangehörigen angemeldet und den Mieter*innen der entsprechenden Immobilien gekündigt. Auffallen sind die Machenschaften des Unternehmens erst durch die Vernetzung der Mieter*innen in der Kampagne »#(h)ausverkauft«, die auf Entmietungen und Luxussanierungen aufmerksam macht.

In einem der drei Fälle kam die Vernetzung und die Aufdeckung der Entmietungsstrategie für die Mieter*innen zu spät – sie waren bereits ausgezogen. Während der Kernsanierung der Immobilie warben dort zeitweise Plakate für neu entstehende exklusive Loftwohnungen.

Für die anderen Mieter*innen blieb nur die Möglichkeit, sich in langwierige und aufwendige juristische Verfahren zu begeben und öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Nach der wirksamen öffentlichen Unterstützung der betroffenen Mieter*innen durch das Bündnis beauftragte das Familienunternehmen einen bekannten Medienanwalt kurzerhand damit, alle Medien, Mieter*innen und Unterstützer*innen abzumahnern, die ihre Verdrängungsstrategie öffentlich machten.

Die Drohkulisse des Immobilienunternehmens durch die Anwaltskanzlei

Höcker ging leider zum Teil auf: Viele Medienhäuser unterzeichneten Unterlassungserklärungen zu den veröffentlichten Berichterstattungen über das Unternehmen. In den Unterlassungserklärung ging es nicht um Gegendarstellungen oder Dementi, sondern Berichterstattung sollte verhindert und alle Menschen, die sich zum Sachverhalt äußerten, sollten zum Schweigen gebracht werden.

Ein Sender wehrt sich derzeit vor dem Amtsgericht Köln gegen die Unterlassungserklärung. Die Unterstützer*innen aus dem »Bündnis für bezahlbaren Wohnraum« und die betroffenen Mieter*innen haben die Unterlassungserklärungen nicht unterzeichnet.

...ODER WARUM EIN BÜRGER-BEGEHREN FÜR MILIEUSCHUTZ-GEBIETE INITIIERT WIRD

In Düsseldorf steigen die Mieten in verschiedenen Stadtteilen ins Unermessliche, bezahlbarer Wohnraum bleibt eine Mangelware. Das liegt nicht nur an der steigenden Nachfrage nach Wohnraum in einer hoch verdichteten Stadt, sondern insbesondere an den aggressiven Modernisierungsstrategien der Immobilienunternehmen, die Bestandswohnungen betreffen und somit zum weiteren Verlust von bezahlbaren Wohnungen führen.

Deshalb hat sich ein breites Bündnis aus 36 Organisationen, Verbänden, Orten, Initiativen, Parteien und Netzwerken zusammengetan, um das Bürgerbegehren „Wohnen bleiben im Viertel“ zu initiieren. Ziel ist, dass für 13 Düsseldorfer Wohngebiete eine Milieuschutzsatzung beschlossen wird, die Modernisierungen genehmigungspflichtig macht und der Stadt ein Vorkaufsrecht bei Immobilienverkäufen sichert.

Insgesamt werden 16.000 Unterschriften benötigt, um einen Bürgerentscheid zu erzwingen. Zeitlicher Rahmen für die Sammlung der Unterschriften sollte die Kommunalwahl im September sein, um die zehn Prozent aller Wahlberechtigten abzudecken, die abstimmen müssen, damit der Bürgerentscheid gültig ist. Auch hier bleibt offen, ob die Corona-Krise die Sammlung der Unterschriften verzögert.

► **Agentur für urbane Unordnung**
► agentur-fuer-urbane-unordnung.de

► **Weitere Infos**

Bürgerbegehren: ► wohnen-bleiben-im-viertel.de

Planwerkstatt: ► kiefern.org/handeln-stadt-denken-die-planwerkstatt

Bündnis: ► [facebook.com/BuendnisBezahlbarerWohnraum](https://www.facebook.com/BuendnisBezahlbarerWohnraum)

Brause: ► metzgereischnitzel.de



KEIN GRUND ZUR OHNMACHT: »BERLIN VS. AMAZON«

Amazon plant, sich im höchsten Haus Berlins niederzulassen. Der Protest scheint vorprogrammiert – und ist nach dem Erfolg gegen Google stärker und breiter aufgestellt

KOORDINATION BERLIN VS. AMAZON

Ende September 2019 wurde der Baubeginn des Projekts »Edge Eastside Tower« im Berliner Stadtteil Friedrichshain angekündigt. Ungefähr gleichzeitig wurde bekannt, dass Amazon dessen Hauptmieter werden soll. Das nunmehr „Amazon-Tower“ genannte Hochhaus wird nach seiner geplanten Fertigstellung im Jahre 2023 das höchste der Stadt sein. Dort sollen 3.400 Entwickler*innen des Konzerns arbeiten. Die Kritik dagegen ließ nicht auf sich warten: unter dem Motto „Berlin vs. Amazon“ hat sich ein breites Bündnis formiert, aus dem ein Teil der Akteur*innen bereits einen erfolgreichen Protest gegen Google zeichnen konnte.

PROTEST BAHNT SICH AN

Den Anfang machten zwei Zusammenhänge: Die Kampagne »Make Amazon Pay« als auch die Nachbarschaftsinitiative »Bizim Kiez« kommentierten die geplante Ansiedlung von Amazon kritisch auf ihren Social Media Kanälen. »Make Amazon Pay« widmet sich unter anderem der Sichtbarmachung und Unterstützung der Streiks von Angestellten in Amazon-Warenlagern. Seit 2013 setzt sie das Unternehmen regelmäßig unter Druck und prangert öffentlich die schlechten Arbeitsbedingungen an. Der Zusammenschluss kam nicht von ungefähr: Beide Gruppierungen waren schon vorher gegen Technologie-Großkonzerne (Big-Tech) aktiv: »Bizim Kiez« war Teil des Bündnisses »No Google Campus« gegen die geplante Ansiedlung eines »Google Campus for Start-ups« in Kreuzberg (siehe „Gegen den Google Campus“, Común #2). Bei Protesten gegen Google, wie jetzt auch bei Amazon, richtet sich die Kritik gegen den sogenannten Web-Tech-Urbanismus, also die Umgestaltung der Städte nach den Bedürfnissen der Big-Tech Konzerne. Es geht um Prozesse der Gentrifizierung, Verdrängung, Überwachung und die Privatisierung städtischer Infrastrukturen.

»Bizim Kiez« und »Make Amazon Pay« fanden schnell zusammen und organisierten den Protest gegen das Bauvorhaben und dessen Auswirkungen gemeinsam. Die Presse hatte dies auch erwartet: Noch während ihrer ersten Vernetzungsgespräche erreichten sowohl »Bizim Kiez« als auch »Make Amazon Pay« Anfragen nach Stellungnahmen zum Amazon-Tower. Das Bündnis wuchs zügig: Die basisgewerkschaftliche Organisationsgruppe für Arbeiter*innen im Big-Tech-Bereich »Tech Workers Coalition« (TWC) und die »Arbeits- und Koordinierungsstelle Gemeinwohl« (AKS Gemeinwohl), die sich für Selbstorganisation von Mieter*innen in Kreuzberg einsetzen, stießen hinzu. So bildeten im Oktober 2019, knapp einen Monat nach der Bekanntgabe des Amazon-Tower-Projekts, bereits vier aktive Gruppen die Koordination »Berlin vs. Amazon«.

Mit der „Koordination“ wurde ein Organisationsansatz für das Bündnis gewählt, in dem sowohl Gruppen bzw. deren Vertreter*innen als auch Einzelpersonen zusammenkommen können, um den Protest flexibel und inklusiv zu gestalten. So hat sich die Zusammensetzung von »Berlin vs. Amazon« deutlich diversifiziert: Nachbar*innen aus den Kiezen rund um die Warschauer Straße, die an der Baustelle des Towers vorbeiführt, Künstler*innen vom benachbarten Kunst- und Kulturensemble des Friedrichshainer »RAW«-Geländes, Tech-Aktivist*innen und Menschen, die an der Schnittstelle zwischen Gentrifizierung, digitalem Kapitalismus und Arbeitskämpfen forschend oder organisierend tätig sind, nehmen an den regelmäßigen Treffen teil.

Sowohl die Aufmerksamkeit der Presse als auch der schnelle und intensive Organisationsgrad der Proteste zeigt, dass die Verzahnung der Kritik am digitalen Kapitalismus mit den politischen Konflikten gegen den Ausverkauf der Stadt Früchte zu tragen beginnt. Schließlich lag die erfolgreiche Mobilisierung

gegen den Google-Campus in Kreuzberg nicht lang zurück und verhalf der Berliner Mieter*innenbewegung zu Selbstbewusstsein und international zu einem widerständigen Ruf.

Auffällig ist, dass auch innerhalb der Berliner Regierung keine einheitliche Position zum Tower herrscht. So wollte der Berliner Baustadtrat die Bauherren des Towers bereits verklagen, weil deren Entwürfe nicht den städtischen Vorgaben entsprächen, während der Senat diese Schritte deutlich ablehnt – schon allein, weil Berlin die finanziellen Mittel für einen Rechtsstreit mit einem Großinvestor fehlen und potenzielle weitere Investor*innen nicht abgeschreckt werden sollen. Selbst das Baukollegium der Stadt ist sich uneins, was die Unterstützung des Prestigeprojekts angeht.

WARUM AMAZON KEIN GUTER NACHBAR IST

Warum ist der Gegenwind gegen Amazon so deutlich – und wichtig? Gegen den mächtigen Konzern lässt sich einige Kritik in Anschlag bringen: Angefangen von der Überwachung von Nutzer*innen oder das grenzenlose und ungefragte Sammeln persönlicher Daten über das Wegkonkurrieren des Einzelhandels bis zur Steuerflucht, der Belieferung von Militär- und Abschiebeinstitutionen und Gentrifizierung in den städtischen und suburbanen Bürostandorten. Eine Besprechung aller Problembereiche würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Exemplarisch sollen hier zwei genannt werden, die mit dem umsatzstärksten Geschäftsfeld von Amazon, dem Verkauf und Versand von Produkten, verbunden sind: die Arbeitsbedingungen in der hauseigenen logistischen Infrastruktur und ein sozial wie ökologisch unverträgliches Konsumverhalten, das durch die Ausweitung des Onlineversands massiv befördert wird.

„DIGITALER TAYLORISMUS“

Amazon hat zur Bewältigung des logistischen Aufwands seines Warenversands ein rigides Arbeitsregime errichtet, welches, in Anlehnung an eine ähnliche Prozesssteuerung und Standardisierung von Arbeit im späten 19. Jahrhundert, „digitaler Taylorismus“ genannt wird. Zentral ist dabei die Zerteilung des Arbeitsablaufs in aller kleinste Handgriffe, die von den Arbeiter*innen mechanisch ausgeführt werden. Diese werden – das ist im Gegensatz zum 19. Jahrhundert neu – durch modernste digitale Technik und Robotisierung vermessen, standardisiert und überwacht. So entstehen bis auf die Sekunde genaue Durchschnittszeiten für jeden erdenklichen Handgriff, was zu einem enormen Druck auf die Beschäftigten, insbesondere in den fabrikartigen, euphemistisch „Fulfillment Center“ (FC) genannten, riesigen Warenlagern führt. Die Frequenz an digitalen Befehlen – teilweise wird alle 30 Sekunden eine neue Bestellung zur Bearbeitung angezeigt – reduziert die Beschäftigten nach Eigenaussage zum Anhängsel der Maschine: Sie werden durch diesen enormen Druck gefühlt selbst zu Robotern. Ein Lagerarbeiter in Bad Hersfeld hat das 2013 so formuliert: „Amazon möchte, dass ihre Mitarbeiter ihr Gehirn ablegen, bevor sie das Lager betreten“. Verstöße gegen Anweisungen werden sanktioniert, Strafmaßnahmen auf ganze Schichten verteilt, sodass der Druck auf die Beschäftigten steigt und ein Keil zwischen sie getrieben wird. Dieses strenge Regime hinterlässt Spuren: Die Gewerkschaft ver.di kritisiert bei Amazon überdurchschnittlich hohe Krankheitszahlen.

UMWELTSCHÄDIGENDER KONSUMISMUS

Dieses Arbeitsregime folgt der Logik, die Zeitspanne zwischen dem Klick der Kund*innen auf „Kaufen“ und dem Klingeln des Paketdienstes an der Tür so weit wie möglich zu verringern. Das geht nicht nur auf Kosten der Belegschaft, sondern auch der Umwelt. Auf der Seite der Konsument*innen führt die stetig wachsende Bequemlichkeit des Konsums zu einem Verhalten, das nicht nur das Einkaufen online immer beliebter macht, sondern

auch den Umgang mit den bestellten Waren verändert. Eine Umfrage von Greenpeace aus dem Jahr 2018 zeigt nicht nur, dass 77 Prozent der Befragten innerhalb eines Jahres durchschnittlich 16 Bekleidungsstücke online bestellt hatten, sondern auch, dass fast jede zweite Bestellung wieder zurückgeschickt wird. Greenpeace folgert hieraus einen Gewöhnungseffekt an die Schnelligkeit des Warenversands, welcher das Kaufverhalten bestimmt. Dass bei Amazon-Standorten in Deutschland nach Recherchen des ZDF und der Wirtschaftswoche etwa 30 Prozent der Retouren verramscht,



gelegentlich gependet und häufig einfach vernichtet werden, ist einem Großteil der Kund*innen nicht nur nicht bewusst – die meisten wollen dieses Szenario gar nicht glauben.

Auch der ökologische Schaden, der durch die Menge an Verpackungsmaterial für den Onlinehandel entsteht, ist riesig. Abgesehen von den CO₂-Emissionen durch den Transport seiner Warenlieferungen produziert der Onlinehandel auch den Löwenanteil an stetig steigenden Mengen an Verpackungsmüll aus Papier und Karton. 2016 machten diese Materialien knapp 45% des Verpackungsmülls in Deutschland aus – insgesamt 8.1 Millionen Tonnen.

FIGHT THE TOWER!

Ein auf digitale Unterwerfung gerichtetes, strenges Arbeitsregime und das Anheizen eines unsozialen und umweltschädigenden Konsumismus lassen sich als zwei Seiten derselben Münze betrachten: Amazons Fulfillment Centers beschäftigen, abseits der Aufmerksamkeit der Stadtgesellschaften, ein neues Logistik-Proletariat, das wachsende

Konsumbedürfnisse befriedigt, selbst aber am Existenzminimum kratzt und immer stärker ausgebeutet wird. Am Beispiel der Amazon-Lieferketten lässt sich eine gesellschaftliche Differenz beobachten, welche sich auch innerhalb des Konzerns als Asymmetrie der Privilegien innerhalb der Belegschaft zeigt: Die Arbeitsrealität der Arbeiter*innen in den Fulfillment Centers im Umland der Großstädte und die der Software-Developer*innen und Machine-Learning-Spezialist*innen an Standorten wie dem Berliner Tower unterscheidet sich drastisch. Im Kampf gegen die Ausbeutung sind sie dennoch vonein-

ander abhängig. Soziale Spaltung und fehlende Solidarität zwischen den beiden „Klassen“ scheinen vorprogrammiert. Solidarische Zusammenarbeit wird daher eine der zentralen Herausforderungen, aber auch Voraussetzungen für »Berlin vs. Amazon« sein.

»Berlin vs. Amazon« setzt sich der Ausbeutung des Logistik-Proletariats und der fortschreitenden Raumnahme des digitalen Kapitalismus in den Städten entgegen. Technologie und Stadtentwicklung gehören in die Hand der Gesellschaft, fordert das Bündnis. Statt der Akkumulation von

Kapital sollen hier menschliche Bedürfnisse und die Qualität des Zusammenlebens in den Mittelpunkt rücken. »Berlin vs. Amazon« steht noch am Anfang, aber ist international in bester Gesellschaft. Das zeigten etwa die erfolgreichen Proteste einer Koalition aus Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Nachbar*innen in New York gegen das Headquarter von Amazon im Februar 2019. Es gibt keinen Grund zur Ohnmacht.

► Infos zur Kampagne
▷ berlinvsamazon.com

► Weitere Informationen
▷ makeamazonpay.org
▷ techworkersberlin.com
▷ aks.gemeinwohl.berlin
▷ bizim-kiez.de
▷ transnational-strike.info

► Illustration: **Nhung Bui**
E-Mail: nhung.bui.phuong@web.de
Instagram: [buinunu](https://www.instagram.com/buinunu)

NE DA(VI)MO BEOGRAD

FEARLESS CITIES AUF SERBISCH

Aus der Bewegung gegen ein Stadtentwicklungsprojekt wurde eine Plattform, die in der serbischen Hauptstadt für Demokratisierung kämpft

NORMA TIEDEMANN

Munizipalismus? Mit dem Begriff könne man hier nicht arbeiten, es gibt kein Wort im Serbischen, das auf die lokale Verankerung durch *municipio* wie im Spanischen Bezug nähme. Aber der Erfolg munizipalistischer Wahlplattformen in Europa sei ein wichtiger Legitimitätsfaktor für ihre eigenen Versuche städtischer Selbstorganisation. So erklärte es einer der Aktiven¹ an einem heißen Apriltag 2018, als ich die serbische Hauptstadt Belgrad besuchte, um die Protestbewegungen kennenzulernen, die sich dem weltweiten „Fearless Cities“-Netzwerk zugehörig fühlen.

Die „Fearless Cities“ nahmen ihren Anfang 2017 als internationale Konferenz in Barcelona. Auf dieser tauschten sich Aktive aus ca. 100 Städten darüber

aus, wie die lokale Ebene eine Basis zur Überwindung sozialer und politischer Krisen werden könnte. Zwei Jahre zuvor war die Wohnraumaktivistin Ada Colau mit ihrer munizipalistischen Plattform »Barcelona en Comú« zur Bürgermeisterin der katalanischen Hauptstadt gewählt worden. Demokratisierung der Institutionen, Förderung solidarischer Ökonomien, Lösung der Wohnraumkrise, Feminisierung der Politik stand auf den Fahnen der Aktivist*innen, die sich von den Straßen in die Rathäuser gespült sahen.

Es war auch Ada Colau die »Ne Da(vi)mo Beograd« (in etwa: „Lasst uns Belgrad nicht ertränken“) unterstützte, als sich die Gruppe im März 2018 ins – mit allerhand Manipulationen geführte – Rennen um Sitze im Kommunalparlament der 2-Millio-

nen-Stadt begaben. Sie scheiterten an der fünf-Prozent-Hürde, konnten jedoch 29.000 Wähler*innen (3,4 Prozent) überzeugen. „Es war eine immense Leistung von einem Haufen unbekannter Leute. Man konnte sehen, dass sich das Projekt komplett von allen anderen Parteien unterschied“ erzählt die Aktivistin Ksenija rückblickend.

Und da der munizipalistische Geist, der seit einigen Jahren durch urbane Bewegungen schwebt, sein primäres Ziel nicht in Wahlerfolgen sieht, macht »Ne Da(vi)mo Beograd« auf anderen Terrains weiter: Die Aktivist*innen organisieren Proteste, Versammlungen, führen juristische Auseinandersetzungen und vernetzen sich überregional. Wie wurde jedoch aus einem Stirnrnzeln über ein



Blick über das Stadtzentrum von Belgrad zur Baustelle der »Residenz Belgrade Waterfront« am Ufer der Sava (2017) | Foto: S. Stajic

abstruses Stadtentwicklungsprojekt 2016 eine der massivsten Protestbewegungen des Landes seit langem, und im Anschluss eine municipalistische Plattform?

Serbien ist ein Nachfolgestaat der »Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien«. Durch eine frühe Weltmarktintegration war Jugoslawien stets von den Krisen im kapitalistischen Ausland betroffen. So erhielt die Föderation 1981 den größten Kredit überhaupt vom Internationalen Währungsfonds – inklusive der obligatorischen Kürzung sozialer Leistungen, etwa der Renten. Im Zuge der wirtschaftlichen Nöte gewannen extrem nationalistische Politiker*innen an Aufwind, die Föderation zerfiel Anfang der 1990er Jahre und die Bürgerkriege ließen autoritäre Regime zurück. Die Milošević-Regierung wurde erst 2000 durch Massenproteste gestürzt.

Die Zeit bis 2008 kann als Phase vorsichtiger Normalisierung gelten. Nach der Weltwirtschaftskrise erwies sich der

fragile Aufwärtstrend aber als Illusion. Serbien war schon zuvor das Land mit der höchsten sozialen Ungleichheit in Europa. Die erneuten Verwerfungen durch die Krise erzeugten jedoch Widerstand in der Bevölkerung, etwa in Belgrad 2009/2010, wo Universitätsfakultäten besetzt wurden. Zugleich zeichnete sich auch ein Verfall demokratischer Institutionen ab: Seit 2012 konzentriert sich die Macht bei Staatsoberhaupt Aleksandar Vučić. Er war früher Teil der ultranationalistischen »Radikalen Partei« Serbiens, seit 2012 ist er an der Regierung beteiligt. Das Parlament wird durch Tricks der Regierungsmehrheit faktisch ausgehebelt, die staatliche Presse gelenkt, die Medienlandschaft ist extrem einseitig.

Diese Regierung hatte es sich in den Sinn gesetzt ihre Hauptstadt durch einen Komplettumbau rund um den alten Bahnhof mit autokratischem Glanz zu versehen. 2014 wurde das Prestigeprojekt »Belgrade Waterfront« zwischen dem

serbischen Staat und dem Investor »Eagle Hills« (Abu Dhabi) vereinbart: Alle vorherigen Infrastrukturen sollten Luxus-Apartments, Shoppingmalls und Bürogebäuden weichen – in einer Stadt mit einem Mindestlohn von durchschnittlich 270 Euro pro Monat. »Ich arbeitete damals in einem Architekturbüro und sah in der Zeitung was passierte. Es gab das Gerücht, dass es sich um ein Fake-Projekt handelt, nur für den Wahlkampf erdacht. Aber als die lokalen und nationalen Regierungsvertreter anfangen die Bebauungspläne zu ändern, wurde ich wütend« erklärt Ksenija ihr Engagement. Eine Gruppe von Menschen mit verschiedenen aktivistischen Hintergründen organisierte Proteste gegen das megalomane Projekt: »Mehr als 30 Personen aus der Zivilgesellschaft und der Kulturszene waren darin involviert, Architekt*innen, Politikwissenschaftler*innen und so weiter. Es war nie geplant eine Bewegung ins Leben zu rufen, ein Schritt folgte dem anderen« erzählt Mitbegründer Radomir. Sie nannten die Initiative »Ne Da(vi)mo Beograd«. Noch an die Möglichkeiten rechtsstaatlicher Institutionen glaubend, versuchten sie offizielle Beschwerden gegen die Stadtentwicklungspläne einzureichen, luden Belgrader*innen ein um sich darüber auszutauschen, wie die Belgrade-



Werbetafel und Modell zum Großprojekt »Belgrade Waterfront« (2015) | Fotos: Elisa Liepsch

„2000 EINWÄNDE GEGEN DEN RAUMORDNUNGSPLAN WURDEN AN DIE AUTORITÄTEN GEGENDET – OHNE EFFEKT.“

Waterfront-Pläne im Widerspruch zu einer sozial inklusiven und demokratischen Stadtplanung stehen. Die Aktivistin Natalja resümiert: »2000 Einwände gegen den Raumordnungsplan wurden an die Autoritäten gesendet – ohne Effekt. Es gab eine öffentliche Diskussion, wir argumentierten sieben Stunden lang, aber es wurde buchstäblich verweigert, verweigert, verweigert«. Schlussendlich gaben sie ihren Appell an die Beachtung bestehender Gesetze auf. In einer offiziellen Anhörung der Stadt starteten sie die »Operation Rettungsring«, störten mit aufblasbarem Strandspielzeug das Transparenztheater. »Wir benahmen uns wie Narren. Wir riefen, sangen, warfen Bälle durch den Saal und sie lasen einfach weiter. Wir rechneten damit, dass sie uns rauswerfen, aber sie taten es nicht. Und dann merkst du: Es gibt nichts was du tun kannst, sie ignorieren dich einfach,« erinnert sich Ksenija.

Die Proteste explodierten im April 2016 als eine Gruppe Vermummter, mit hoher Sicherheit durch die Regierung beauftragt, nachts mit Baseballschlägern die Hütten von am Gleis lebenden Arbeiter-



Die gelbe Ente war das zentrale Symbol der Proteste gegen das Projekt »Belgrade Waterfront«
Fotos: BalkansCat und nedavimobeograd.wordpress.com

*innen demolierte, die den Bauarbeiten noch im Weg standen. Der brutale Zwischenfall brachte über 20.000 Menschen auf die Straße, so viele wie bei den Protesten gegen Milošević. Doch die außerparlamentarischen Bewegungen erzeugen keinen Widerhall in den Staatsapparaten. Radomir erklärt die Entscheidung, sich an den Wahlen als eigene Liste zu beteiligen: „Der Staat lässt dich hängen, du versuchst die Probleme an das Rechtssystem zu adressieren, aber die Institutionen lassen dich hängen. Du übst Druck aus, aber du siehst wie korrupt sie sind und sie verstecken es nicht einmal – es ist so offensichtlich und am Ende weißt du gar nicht mehr was du tun sollst, außer dich am Wahlprozess zu beteiligen.“

Druck ausüben, juristische Kämpfe aufnehmen und den Blick auf repräsentative Institutionen legen – diese politische Praxis charakterisiert auch heute »Ne Da

„DU ÜBST DRUCK AUS, ABER DU SIEHST WIE KORRUPT SIE SIND UND SIE VERSTECKEN ES NICHT EINMAL.“

(vi)mo Beograd«. Nach den Wahlen 2018 bauten die Initiative außerdem Verbindungen zu anderen sozialen Kämpfen auf. Die Belgrader Gruppe vernetzte sich mit überregionalen Protesten gegen Zwangsräumungen, Luftverschmutzung, Umweltzerstörung oder den lebensbedrohlichen Mangel an Arbeitssicherheit auf den städtischen Baustellen. Serbienweit haben sie ein Netzwerk lokaler Initiativen aufgebaut, die sich gegen die Plünderung öffentlichen Raumes im Interesse privater Akteure wehren. Natalja

erzählt: „Wir versuchten all diese lokalen Gruppen zu besuchen und sie zu ermutigen. Und das bedeutet viel, auch wenn es nur einen Protest gibt, wir gehen hin und reden mit ihnen.“ Im Juli 2019 waren sie Gastgeber*innen der internationalen „Fearless Cities“ Konferenz, bei der Aktive aus Bosnien, Mazedonien, Albanien, Montenegro und Kroatien zusammenkamen um sich über die Perspektiven urbaner Bewegungen austauschten.

»Ne Da(vi)mo Beograd« ist vor allem in Sozialen Netzwerken präsent. Erreichen können sie auf diesem Wege jedoch nur eine bestimmte Szene, unterstreicht Natalja: „Wir reden mit der Blase.“ Eine Massenbewegung sind sie nicht. Vergleichsweise wenig Menschen stemmen viel Arbeit – der Aufbau von Nachbarschaftsgruppen klappt schlecht. Trotzdem schaffen sie es punktuell immer wieder den Unmut in Straßenpräsenz zu kanalisieren und für ihr Ziel einer demokratischen, bedürfnisorientierten Stadt zu mobilisieren.

Bald sind wieder kommunale und nationale Wahlen in Serbien. Teile der Opposition, auch »Ne Da(vi)mo Beograd«, rufen zum Boykott auf: In Anbetracht der schwindenden Pressefreiheit und der Machtkonzentration der aktuellen Regierung glauben sie nicht an ein legitimes Ergebnis. Serbien ist in Aufruhr: Der Opposition trauen nur wenige etwas zu, Ohnmachtserfahrungen herrschen vor und wer kann verlässt das Land. Viele flüchten sich in Nationalismus oder autoritäre Vorstellungen. „Die Menschen glauben nicht an Politik, Sie wurde zu einem völlig fremden Konzept. Politik ist etwas von dem ich mich fernhalten sollte – in so einem Klima ist es bereits eine Herausforderung über die Dinge zu sprechen, die wir adressieren wollen. Wir wollten den Diskurs zurück zu den Menschen bringen und sagen: Alles was du im Leben tust, ist eine politische Entscheidung!“ bringt Natalja die Situation zum Ausdruck. Politische Alternativen wie »Ne Da(vi)mo Beograd« sind somit ein wichtiger Hoffnungsschimmer für das Offenhalten einer möglichen besseren Zukunft.

► **Norma Tiedemann** war lange im Rechtsauf-Stadt-Kontext unterwegs, ist heute aufgrund ihres Arbeitsplatzes vor allem mit einer Kampagne für gute Arbeit in der Wissenschaft beschäftigt. Sie schreibt ihre Doktorarbeit zu autoritärer Staatlichkeit und neuen Munizipalisten in Südosteuropa.

► **Anmerkungen**

1 Der Text beruht auf Recherchen und Interviews im Rahmen der Doktorarbeit. In diesem Falle stammen die Zitate aus Gesprächen mit vier (teils ehemals) Aktiven der Initiative.

TOOLBOX

KOLLEKTIVES KRITISCHES KARTIEREN

Methodenbeispiele zum Nachmachen
für die politische Praxis

KOLLEKTIV ORANGOTANGO

Kollektives Kartieren ist ein Werkzeug, um einen gemeinsamen, kritischen Blick auf einen bestimmten Raum zu werfen. Der kollektive Gestaltungsprozess kann uns dabei helfen, uns zu organisieren, zu vernetzen und emanzipatorische Strategien zu entwickeln. Diese Toolbox enthält Kartierungsbeispiele, die in stadtpolitischen Kämpfen angewandt werden können. Die hier umrissenen Methoden sind aus langjährigen Beschäftigungen mit kritischer und kollektiver Kartographie in unterschiedlichen aktivistischen Kontexten entstanden. Keine Methode ist universell. Passt diese Vorschläge auf euren Kontext an und entwickelt sie weiter!



1 KOLLEKTIVE KARTIERUNG ALS GRUPPENREFLEXION

Ihr seid in einer Stadtteilinitiative oder einem Recht auf Stadt-Netzwerk aktiv und wollt eure politische Praxis gemeinsam reflektieren, strategische Infos teilen, sichtbar machen, welche Freiräume schon erkämpft wurden oder welche Missstände noch überwunden werden müssen? Dann organisiert euch, um diesen Dialog in einem kollektiven Kartierungsprozess zu führen!

VORBEREITUNG

- Bereitet eine Kartengrundlage vor, die nur die nötigsten Informationen, wie wichtige Straßen, Parks, Gewässer, zentrale Gebäude etc. enthält. Bedenkt bei der Wahl des Kartenausschnitts, dass wenn bestimmte Stadtteile nicht abgebildet sind, auch die Personen und Gruppen ausgeschlossen bleiben, die dort aktiv sind. Ein breiter Rand kann nützlich sein, für Notizen und Legende. Die Kartengrundlage kann digital entstehen (zum Beispiel mit Onlinetools wie mapbox.com oder maps.stamen.org) oder von Hand gezeichnet werden.

- Überlegt im Voraus, in welche Kategorien sich euer Thema gliedern lässt und wie diese graphisch darzustellen sind. Ihr könnt bereits bestehende Icons verwenden oder selbst Icons entwickeln (siehe zum Beispiel: thenounproject.com, iconoclasistas.net, orangotango.info), die euer Thema noch besser fassen. Und ihr könnt Bestehendes aufgreifen, abwandeln und mit eigenen Ideen erweitern.
- Fotos, Flyer und andere visuelle Elemente können collagenartig in die Kartierung integriert werden. Bittet Beteiligte, zum Thema passende Fotos, Erinnerungen, Zeitungsartikel u.ä. mitzubringen.

MATERIAL

- Stifte, Scheren, Klebestifte, Schmierpapier, transparentes farbiges Papier, Moderationskarten, Post-its, Kreppband...
- Falls ihr nicht nur „platt“ auf dem Papier kartieren wollt, bieten sich zusätzlich Pappen, Drähte, Knete als Material an
- eventuell Tisch, Stellwand oder ähnliches
- Verpflegung für einen Prozess, der gerne länger dauert als geplant

ABLAUF

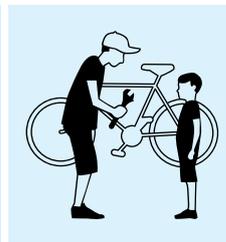
- Gerade wenn sich noch nicht alle Beteiligten kennen, bieten Aufstellungskartierungen einen guten Einstieg. Dabei wird der Boden zur Karte. Der Kartenausschnitt wird entsprechend des Aktionsradius der Gruppe gewählt. Nun positionieren sich alle auf der Karte anhand von Fragen, die von einer anleitenden Person formuliert werden: Wo gestalten wir Stadt mit? Wo eignen wir uns öffentlichen Raum an? Aber auch: In welchem Stadtteil fühlen wir uns unwohl? Wo fehlen Freiräume? Nach jeder Aufstellung erklären alle, wo sie auf der Karte stehen und was ihre Beziehung zu diesem Ort prägt.
- Nach diesem Einstieg leitet die Gruppe, die den Prozess vorbereitet hat, ins Thema über und erklärt das geplante Vorgehen. Es bietet sich an in Kleingruppen vorzuarbeiten, Kategorien zu definieren, die für euer Thema ausschlaggebend sind (je nach Anlass der Kartierung: Verdrängung, Repression, aber auch Wohnprojekte, kulturelle Zentren, Orte, die von bestimmten Gruppen genutzt werden...) und eventuell Icons für diese zu entwerfen.

- ▶ Wenn Einigkeit über die Kategorien und deren Darstellung als Icons besteht, können diese auf der Karte angebracht werden. Die Informationen, die ihr auf der Karte markiert, können Gebiete (Flächen), Verbindungen zwischen Orten (Linien) oder einzelne Orte (Punkte) betreffen. Wenn die relevanten Infos nicht auf die Karte selbst passen, könnt ihr sie als Infokästen oder Grafiken auf dem Kartenrand anbringen und mit Linien oder durch Nummerierung zuordnen.

- ▶ Nicht die Kartierungsmethode, sondern das Interesse und die Bedürfnisse der Gruppe prägen den Prozess. Vielleicht ist der zu kartierende Inhalt gar nicht in vereinheitlichende Kategorien zu fassen und kann nur durch ausführliche Darstellung der einzelnen Gegebenheiten kartiert werden... Icons in die Tonne! Zuhören, mitschreiben/-zeichnen!

- ▶ Achtung! Kartiert vorsichtig und respektvoll. Vielleicht möchten bestimmte Gruppen gar nicht durch eine Karte sichtbar gemacht und damit womöglich dem Zugriff durch Repressionsorgane oder Investor*innen ausgesetzt werden. Informationen auf Karten sind machtvoll und können missbraucht werden. Deshalb sollte für kritische, solidarische Kartographie immer gelten: Mensch entscheidet selbst, ob er*sie kartiert werden will! ‚Gut gemeint‘ gilt nicht. Stattdessen frühzeitig mit Leuten reden und (spätestens) vor Veröffentlichung Feedback und Konsens einholen. Checkt hierzu auch den „Leitfaden für solidarisches Kartieren“ von »platz-da!?« (platzda.blogspot.eu).

- ▶ Was passiert nach dem Kartierungsprozess mit eurer Karte? Vielleicht hebt ihr sie auf, um den Reflexionsprozess fortzuführen; vielleicht bearbeitet ihr die Karte nach, layoutet und druckt sie sogar oder veröffentlicht sie als Onlinekarte. Viel wahrscheinlicher ist, dass der Wert der Kartierung im kollektiven Prozess lag und ihr die Karte selbst gar nicht mehr braucht...



2 KARTIERUNGSINTERVENTION IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Ihr arbeitet mit eurer Gruppe zu stadtpolitischen Fragen und wollt wissen, wie andere Bewohner*innen diese erleben? Kartiert eure(n) Stadt(teil) mit Passant*innen im öffentlichen Raum!

VORBEREITUNG

- ▶ Bastelt eine Kartengrundlage, die zum Kartieren einlädt! Sie sollte stark vereinfacht sein und wichtige Orientierungspunkte enthalten, so dass alle sich in ihr wiederfinden. Große Karten erregen Interesse und bieten Platz für vielseitige Partizipation. Kartengrundlagen aus Papier lassen sich unkompliziert drucken und sind einfach zu gestalten, ob mit Stiften, Stickern oder als Collage. Kartengrundlagen aus Stoff dagegen lassen sich hervorragend transportieren, sind wasserfest und schön anzufassen. Projiziert einfach eine digitale Karte auf ein altes Bettlaken und malt die Projektion nach – schon habt ihr eure Stoffkarte. Neben Permanentmarkern lässt sich auf Stoffkarten auch mit bunten Schnüren und Bändern ‚zeichnen‘. Icons können aufgenäht oder mit Nadeln angeheftet werden.
- ▶ Entwerft Icons, die euer Thema abbilden. Nehmt außerdem Material mit, um vor Ort neue Icons mit jenen Inhalten zu machen, die ihr vorab nicht auf dem Schirm hattet. Laminierte Icons sind stabil, wasserfest und lassen sich hervorragend anstecken.
- ▶ Klärt, wie ihr Passant*innen ansprechen und mit welchen Fragen ihr sie zum Kartieren einladen wollt.

MATERIAL

- ▶ Tisch, Stellwand, Stifte, Schere, Kleber, Papier, Klebeband, Schnur

ABLAUF

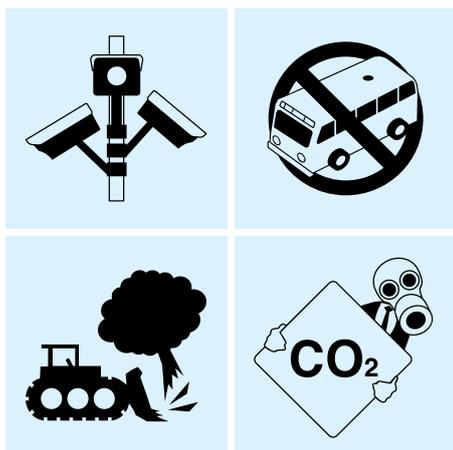
- ▶ Ihr kartiert kollektiv mit Menschen, die ihr nicht kennt. Bemüht euch also, nicht die Karte zu produzieren, die ihr

erwartet! Fragt möglichst offen, um Erfahrungen der Raumnutzer*innen nicht in eure Kategorien zu quetschen. Fragt nach subjektiven Wahrnehmungen und Emotionen im Raum – die Stadt ist nicht nur aus Beton, sondern aus menschlichem Erleben. Oft ergeben sich daraus eben jene Infos, die ihr nicht sowieso schon wusstet.

- ▶ Mehr Raum für subjektive Erfahrungen als Icons bieten Post-its, auf denen Passant*innen eigene Zeichnungen oder Texte schreiben können. Oder aber ihr ergänzt die analoge Kartierung durch Audio- oder Videoaufnahmen.
- ▶ Wichtiger als die Karte sind Begegnungen, die am Rande der Kartierung stattfinden. Erklärt Interessierten, wie ihr nach der Kartierung weitermacht und wie sie selbst aktiv werden können!
- ▶ Diese Methode lässt sich optimal während einer Demonstration, einem Straßenfest oder einer anderen Veranstaltung im öffentlichen Raum durchführen.

INPUT „KOLLEKTIVE KRITISCHE KARTOGRAPHIE“

Kartographie wird seit Jahrhunderten vor allem von mächtigen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Institutionen betrieben, um deren Interessen zu vertreten. Diese dominanten Karten kennen wir aus Schule und Uni, von gängigen Papierkarten oder Karten-Apps. Damit prägen sie unseren Blick auf die Welt und unsere Vorstellung davon, wie Karten auszusehen haben. Eine Einführung in die kritische Kartographie zu Beginn des Kartierungsprozesses hilft, dominante Karten zu hinterfragen und Beispiele kritischer Kartographie kennenzulernen. Das Aufzeigen einiger Praktiken, in denen kollektive Kartierungen weltweit praktiziert werden, regt die Arbeit an der eigenen Karte inhaltlich und gestalterisch an. Anregungen für einen Input zu kollektivem kritischem Kartieren findet ihr auf notanatl.org und orangotango.info.





3 STADT ALS KARTE, KARTE ALS SPIELFELD

Ihr wollt euch öffentlichen Raum aneignen, um spielerisch zu erproben, wie ihr euren Stadtteil zu dem macht, in dem ihr leben wollt? Macht den öffentlichen Raum zu einer begehbaren Karte und zum Spielfeld für stadtpolitische Visionen!

VORBEREITUNG

- ▶ Die Kartengrundlage für diese Kartierung kann ein Straßenabschnitt, ein Weg im Park oder eine Bushaltestelle sein und ist daher mit viel Bedacht zu wählen. Neben Oberflächenbeschaffenheit und ‚Inventar‘, solltet ihr vorab wissen, wer diesen Raum gewöhnlich nutzt und mit welcher Beteiligung und welchen Reaktionen ihr demnach rechnen könnt. Nicht zuletzt wählt ihr den Ort der Kartierung nach der Bedeutung, die dieser an sich für das zu kartierende Thema trägt.
- ▶ Wie für andere Kartierungen könnt ihr auch hier Icons vorbereiten, zum Beispiel aus Pappe, Pappmaché, Stoff oder Holz.
- ▶ Bereitet einige Markierungen vor, die wichtige Orte in eurem Stadtteil darstellen. Neben gemalten Symbolen könnt ihr dafür auch 3D-Gebäude aus Pappkartons nachbauen. Diese werden Ko-Kartierenden helfen, sich mit der Karte zu identifizieren und sich ‚im Stadtteil‘ zu orientieren.

MATERIALIEN

- ▶ Zum Malen auf dem Boden: Kreide, Kreidespray oder andere Farben. Auch mit (bunten) Klebebändern lässt sich auf den meisten Oberflächen gut ‚zeich-

nen‘. Alternativ könnt ihr Linien mit Schnüren, Bändern, oder Seilen legen.

- ▶ Wichtige Flächen, wie Parks oder Plätze, lassen sich zum Beispiel durch Stoffe besonders hervorheben.
- ▶ Wenn ihr Beteiligten die Möglichkeit geben wollt, den Stadtteil auch baulich (dreidimensional) umzugestalten, bieten sich Pappkartons (plus Klebeband und Teppichmesser) als Material an. Um die ‚Gebäude‘ auch farblich zu gestalten, sind Sprühdosen besonders geeignet.
- ▶ Außerdem kann alles, was ihr vor Ort findet, zum Material für die Kartierung werden...

ABLAUF

- ▶ Nachdem ihr den gewählten Ort durch eure Markierungen und auf den Boden gezeichnete wichtige Straßen, Plätze usw. zur Kartengrundlage des Stadtteils gemacht habt, begebt ihr euch zunächst selbst in die Karte, geht eure täglichen Wege gemeinsam nach, besucht Lieblingsorte und nehmt euch gegenseitig an die Orte im Stadtteil mit, die ihr gerne verändern wollt.
- ▶ Nun macht ihr euch daran, den Stadtteil umzugestalten. Malt auf, was ihr gerne ändern würdet, baut was noch fehlt, bewegt die vorhandene bauliche Substanz nach Belieben.
- ▶ Ladet interessierte Passant*innen ein, euch durch den Stadtteil zu führen und ihre Erfahrungen und Wünsche zu teilen und natürlich auch Änderungen vorzunehmen... Da dabei kaum alle Ideen in der Karte festgehalten werden, macht es Sinn, Vorschläge und Visionen zu protokollieren.

KRITISCHE KARTEN

Diese Toolbox schlägt nur einzelne Methoden kollektiver Kartographie vor. Kritische Karten können, müssen aber nicht, einem kollektiven Entstehungsprozess entspringen. Oft entstehen sie als ‚kartographische Auftragsarbeiten‘ für aktivistische Gruppen oder Bewegungen. Als solche können sie Sichtbarkeit für Missstände und unterrepräsentierte Kämpfe erzeugen und aufzeigen, wo Freiräume erkämpft und Alternativen heute schon gelebt werden. Sie können der Orientierung dienen, indem sie uns zeigen, wo wir alternative Strukturen nutzen und uns selbst engagieren können und können andere Sichtweisen auf unsere Territorien und Welt darstellen. Eine Sammlung kritischer Karten aus fünf Kontinenten findet ihr auf notanatl.org.

MATERIALITÄT VON KARTEN

Onlinekarten sind ein praktisches Werkzeug der Vernetzung und des Informationsaustauschs, wenn sie sorgfältig erstellt sind und kontinuierlich gepflegt werden. Analoge Karten dagegen werden meist automatisch als Papierkarten gedacht. Dabei eignen sich andere Materialien oft viel besser, unsere Gefühle, Erfahrungen oder Anliegen darzustellen. Auf Holz- oder Korkplatten lassen sich Inhalte flexibel anpinnen; auf Häuserwänden werden sie von der ganzen Stadt gesehen; mit Stoffkarten können wir uns sogar einwickeln oder zudecken... Fahrt mit der Hand über ein Material, zerrt oder riecht daran, um festzustellen, ob es das richtige ist, um euer Thema zu tragen. Brecht mit handwerklichen und ästhetischen Normen der traditionellen Kartographie! Zerschneidet Karten und baut sie neu zusammen...

- ▶ **Das kollektiv orangotango** entsteht seit 2008 im freundschaftlichen Umfeld kritischer Geograph*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen. Neben Beteiligungen an kollektiven Kartierungen, Kunstinterventionen im öffentlichen Raum und Bildungsprozessen gestaltet es mit »Not-an-Atlas« ([▷ notanatl.org](http://notanatl.org)) eine globale Plattform kritischer Kartographie. [▷ orangotango.info](http://orangotango.info)
- ▶ **Alle Illustrationen und Piktogramme** wurden dem »Manual of Collective Mapping« des argentinischen Duos »Iconoclasistas« entnommen. »Iconoclasistas« sind Julia Risler und Pablo Ares. Sie gestalten Workshops und Grafiken zum Thema kollektives Kartieren. [▷ iconoclasistas.net](http://iconoclasistas.net)

REZENSIONEN

KEINE ENTEIGNUNG IST AUCH KEINE LÖSUNG



Arbeit führt zu Eigentum. Eigentum ist ein Anreiz, effizient zu arbeiten. Effizientes Arbeiten führt zu Wachstum und Wirtschaftswachstum wiederum bedeutet Wohlstand für alle. Das sind – in aller Oberflächlichkeit – die Formel und das Versprechen des Privateigentums, auf dessen scheinbarer Erfüllung Entwicklung und Fortschritt beruhen. In Sabine Nuss' Buch „Keine Enteignung ist auch keine Lösung“ stehen dieses Versprechen, seine Entstehung sowie sein ideologischer Gehalt im Mittelpunkt. Es geht um

die Frage, warum es sich dabei um ein „vergiftetes Versprechen“ handelt. Sabine Nuss knüpft mit diesem Text an die Enteignungs-Debatte rund um die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« und die Urheberrechtsreform an. Sie selbst ist jedoch nicht erst jetzt auf diesen Buzzword-Zug aufgesprungen, sondern hat bereits Anfang der 2000er-Jahre zum Thema Privateigentum im digitalen Kapitalismus promoviert. Zu einer Zeit also, als das Thema „Enteignung“ im deutschen Diskurs kaum hätte ferner sein können.

Wie kam es zu den zahlreichen und andauernden Privatisierungsprozessen der vergangenen Jahrzehnte? Wie ist der Eindruck entstanden, die Überführung von Staats- in Privateigentum sei der einzig richtige Weg, der angeblichen „Beamten-Bummelei“ ein Ende zu setzen? Und ist diese Alternativlosigkeit historisch haltbar? Mit einem Ritt durch verschiedene historisch-spezifische Eigentumsformen und -verständnisse landen wir am Ende – ganz im marxischen Sinne – bei der Mutter aller Enteignungen: der „ursprünglichen Akkumulation“. Damit erreichen wir einen zentralen Punkt in Nuss' Argumentation: Das Privateigentum, wie wir es heute kennen, existiert erst seit der Etablierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Zum einen wird an dieser Stelle nachvollziehbar der Zusammenhang zwischen Privateigentum an Produktionsmitteln, Mehrwertproduktion und Lohnabhängigkeit dargestellt. Zum anderen schließt sich hier der Kreis: Es wird deutlich, warum das Privateigentum, nicht zuletzt zur Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ideologisch auf sein eigenes Versprechen angewiesen ist.

Privateigentümer*innen haben – mit geringen Einschränkungen – das Recht, über die Nutzung und Nichtnutzung ihres Eigentums zu entscheiden. Die exklusive Verfügungsmacht über Produktionsmittel enthält auch die Freiheit, sich bei dessen Nutzung nicht an realen Bedürfnissen zu orientieren, sondern primär Profitinteressen zu verfolgen. Hier tut sich das Spannungs-

feld zwischen dem Versprechen des Privateigentums und seiner Kritik auf: Angesichts sozialer Ungleichheit und der Überausbeutung von menschlichen und natürlichen Ressourcen wird erkennbar, dass damit drastische Nachteile verbunden sind.

Anstatt im Modus der Konkurrenz die eigene Lebensgrundlage zu zerstören, bräuchte es einen globalen Prozess, in dem die Produzent*innen selbst über den Einsatz der Produktionsmittel verfügen und kooperativ und gemeinwohlorientiert wirtschaften. Als würde die Autorin den Kritikern dieser utopischen Vorstellung vorauslaufen, stellt sie uns – das Fernziel der „großen Wiederaneignung“ stets vor Augen – die weitaus machbarere „kleine Wideraneignung“ in Aussicht: Inseln der Selbstbestimmung und des alternativen Wirtschaftens (zum Beispiel Genossenschaften). Als erstes Ziel der Wiederaneignungen sollen dabei die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen, um diese der marktwirtschaftlichen Verwertungslogik zu entziehen und Lernräume für die Selbstermächtigung über die Produktionsmittel zu öffnen.

Zu Recht ist Enteignung erneut zu einer zentralen Forderung linker Politik geworden. Sicherlich wird sie auch getragen von der sozialistischen Aussicht, die sie verspricht.

Dieses Buch ist eine gute Grundlage für alle, die abseits romantisierender Vorstellungen eine Debatte über die reale Notwendigkeit von Enteignungs- und Rekommunalisierungsprozessen führen und sich dafür mit einem tieferen Verständnis über das Privateigentum rüsten wollen. Deutlich wird aber auch: Keine Enteignung ist auch keine Lösung – Enteignung aber auch keine einfache. So bleiben die Visionen für die kooperative Ökonomie eher vage. Dies ist sicherlich dem Mangel an gesellschaftlichen Erfahrungen geschuldet, macht Gegner*innen und Skeptiker*innen die Kritik an ihrer Umsetzbarkeit aber auch allzu leicht. Eine weitere Schwierigkeit ist die Zuspitzung vom Privateigentum zum Privateigentum an Produktionsmitteln. Hier fällt auch der Transfer zu den Beispielen Wohnraum und Urheberrecht nicht immer leicht, da es sich bei beiden nicht um ein klassisches Verhältnis zwischen Produktionsmitteln und Produzent*innen handelt. Dem Zweck, mit deutlicher Kritik versehen die (Privat-)eigentumsideologie zu offenbaren, werden jedoch sowohl die Beispiele als auch das Buch an sich allemal gerecht.

► **Sabine Nuss: Keine Enteignung ist auch keine Lösung**, Dietz Verlag Berlin, 2019, 135 Seiten, 12 Euro

► **Rezension: Kristina Heller** studiert Soziologie an der Uni Jena und ist Mitglied einer Mietergemeinschaft in Leipzig.

UMKÄMPFTES WOHNEN. NEUE SOLIDARITÄT IN DEN STÄDTEN



Der von dem Journalisten Peter Nowak und dem Filmemacher Matthias Coers herausgegebene Band „Umkämpftes Wohnen. Neue Solidarität in den Städten“ vereint Berichte über Solidarität aus zehn europäischen Städten, die in den Jahren 2015 bis 2019 entstanden sind. „Das Spektrum der zu Wort kommenden Initiativen reicht von Nachbarschaftsinitiativen, die bei Fragen des Wohnens unterstützen, über Gruppen, die im Feld Jobcenter- oder Lohnarbeits-Solidarität aktiv

sind, einige mit explizitem Fokus auf die Situation von Frauen*, bis hin zu Zusammenhängen, die strategisch einen transformatorischen Organisationsprozess vorantreiben“, heißt es in der Einleitung.

Auffällig ist der ungewöhnliche Charakter der Texte. Interviews und Selbstbeschreibungen wechseln sich ab, eine Mischung aus Bilanzierung, Reflexion und Selbstvergewisserung der Befragten bietet Abwechslung, auch wenn sich beim Lesen mitunter das Gefühl einer gewissen Redundanz einschleicht. Es sind sehr ähnliche Fragen, Themen und Probleme, von denen die meist recht jungen Initiativen berichten. Die zentrale Figur ist das solidarische Netzwerk im Stadtteil; die wiederkehrenden Themen sind Arbeit, Jobcenter und Miete. Die Probleme betreffen das Verhältnis von organisierten Aktivist*innen und den sogenannten „normalen Leuten“, die oft beschworene aber selten realisierte Verbindung der unterschiedlichen Kämpfe, die Mühen der Basisarbeit sowie den Widerspruch zwischen kleinen Erfolgen und transformatorischen Großentwürfen. Das sind altbekannte Themen, aber was ist das Neue an der neuen Solidarität?

„Der Zerfall einer Arbeiter*innenkultur und ihres Milieus, das sicherlich nicht idealisiert werden sollte, bedeutete u.a. den Wegfall einer solidarischen Kultur“, schreibt Nowak. Diese Entwicklung ging an der Linken nicht spurlos vorbei. „Seitdem sich der Großteil der radikalen Linken von Arbeitskämpfen entkoppelt hat und ohne gesellschaftlich verankerte Bewegung agiert, sind Events die vorherrschende Form der eigenen Politik geworden“, meint die Antifa »Kritik und Klassenkampf« aus Frankfurt am Main. Nicht zuletzt hieraus resultiert die „Unzufriedenheit mit bestehenden Ansätzen politischer Organisation“, wie die Initiative »Solidarisches Gallus« (ebenfalls aus Frankfurt), ergänzt. „Was uns dabei insbesondere gestört hat, ist die oftmals vorgenommene Trennung zwischen Alltag und politischem Aktivismus“.

Die Kritik oder zumindest Skepsis gegenüber identitätspolitischen Praktiken, wie sie sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten – mal subkulturell, mal sektiererisch oder

akademisch elitistisch – in Teilen der Linken durchgesetzt haben, zieht sich als roter Faden durch das Buch. Hieraus resultiert auch die äußerst reservierte Haltung gegenüber dem hergebrachten Repertoire von Kampagnen, Großevents und einer diskursorientierten Symbolpolitik. Zurück ins wirkliche Leben, und zwar auf dem Wege der organisierten Solidarität im Alltag: So könnte man die Stoßrichtung zusammenfassen. Und das ist in der Tat eine recht neue Entwicklung.

Konkret erstreckt sich die geschilderte Praxis der solidarischen Netzwerke von der Begleitung zum Jobcenter über die Verhinderung von Zwangsräumungen bis hin zur „kollektiven Beratung“. Über Letztere berichtet zum Beispiel die die Erwerbsloseninitiative »BASTA!« aus Berlin: „Diese gemeinsamen Runden fördern das Bewusstsein über das Unrecht und die verschiedenen Formen von Unterdrückung, es untergräbt die Einzelfallrhetorik“. Die Formulierung, es ginge der Initiative „explizit nur um Ausgebeutete und Unterdrückte, die sich aktiv gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen“, mag exklusiv klingen, letztlich handelt es sich aber um eine Absage an Servientimentalität und Stellvertreterpolitik und einen Appell an die Wiederbelebung der etwas aus der Mode geratenen Idee der Hilfe zur Selbsthilfe.

Dass die Texte teils schon einige Jahre alt sind, kann man bemängeln, fällt aber nicht allzu schwer ins Gewicht. Was zählt, ist die zum Tragen kommende Erzählung. Und für diese ist das Buch ein interessantes Zeugnis. Mitunter werden Bezüge auch zu vergangenen Organisationsansätzen hergestellt, etwa zur Arbeitsfeldorientierung des »Sozialistischen Büros« oder der Bündnispolitik des »Kommunistischen Bunds«. Andernorts werden die Erfahrungen neuerer Versuche wie den »Solidarity Networks« in den USA, allen voran Seattle, als Bezugspunkte genannt. Neben den Beiträgen zu elf in Deutschland ansässigen Initiativen gesellen sich fünf weitere aus Athen, Mailand, Poznan und Barcelona. Das Buch stellt in seiner Breite ein lesenswertes Zeitdokument der Neukonsolidierung einer an Klassenpolitik und Basisarbeit orientierten Linken dar.

► **Peter Nowak/Matthias Coers (Hrsg.): Umkämpftes Wohnen. Neue Solidarität in den Städten**, Edition Assemblage, Münster 2020, 144 Seiten, 10 Euro

► **Rezension: Philipp Mattern** ist aktiv in der Berliner MieterGemeinschaft e.V. und Herausgeber des Sammelbandes „Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute“, der 2018 bei Bertz + Fischer erschien.

IMPRESSUM

COMÚN – MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

2. Jahrgang / 2020 / Ausgabe Nr. 3 (Mai 2020)

info@comun-magazin.org

www.comun-magazin.org

Herausgeber

multitude e.V.

Zeiseweg 9

22765 Hamburg

V.i.S.d.P.: Kristin Schwierz

Redaktion: Cri Gutmiedl, Martin Krämer, Janika Kuge, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz

Korrektur: Sil Bader, Jörg „Otto“ Kohlscheen, Johanna Tönsing

Satz und Gestaltung: Rainer Midlaszewski

Autor*innen/Beitragende: Agentur für urbane Unordnung, ausspekuliert München, Haus- und Wagenrat Leipzig e.V., Niels Boeing, Jan Goebel, Rainer Hackauf, Kristina Heller, Lina Hurlin, kollektiv orangotango, Martin Krämer, Janika Kuge, Lea Lewitan, Sonja Lüddecke, Philip Mattern, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz, Konstantin Sergiou, Sally Spyropoulou, Norma Tiedemann, Anne Vogelpohl

Illustrationen: Nhung Bui, Jonas Heidebrecht, Rainer Midlaszewski, Christoph Schäfer

Druck: Klimaneutral gedruckt von S+G Druck GmbH & Co. KG (Ahorn), auf Enviro Top (Recyclingpapier aus 100% Altpapier, CO2 neutral hergestellt)

Alle Inhalte sind, soweit nicht anders angegeben, lizenziert



unter CC-BY-SA-NC 4.0

SPENDEN FÜR DAS MAGAZIN

Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck „Spende Común-Magazin“ an: multitude e.V.,
GLS Bank DE72 4306 0967 1162 4935 00

